

Die Haftung des Arbeitnehmers
gegenüber einem anderen Arbeitnehmer
aus schuldhafter Schadenszufügung

von

MÜNIR EKONOMI

München 1962



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555213_0060

DIE HAFTUNG DES ARBEITNEHMERS GEGENÜBER EINEM ANDEREN
ARBEITNEHMER AUS SCHULDHAFTER SCHADENSZUFÜGUNG

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

M ü n i r E k o n o m i

aus Istanbul/Türkei

- 1962 -



Referent: Prof. Dr. Dr. h.c. R. Dietz

Korreferent: Priv.-Doz. Dr. W. Zöllner

Tag der mündlichen Prüfung: 29. 11. 1962

Inhaltsverzeichnis

Literaturnachweis	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Vorwort	XVII

1. Kapitel

Das Haftungsproblem bei einem schuldhaft verursachten Schaden eines Arbeitskollegen

§ 1 Die Haftung nach bürgerlichem Recht	1
I. Die unerlaubte Handlung	1
II. Mitwirkendes Verschulden des geschädigten Arbeitnehmers	3
§ 2 Die Haftung nach bürgerlichem Recht im Verhältnis zum Sozialversicherungsrecht	5
I. Schadenersatz aus Sozialversicherung	5
II. Rückgriffsansprüche der Sozialversicherungsträger gegen den Schädiger gemäß § 1542 RVO	6
1. Der Übergang der Schadenersatzansprüche des Geschädigten auf den Versicherungsträger	6
2. Umfang des Rechtsüberganges	7
§ 3 Ausschluß der Schadenshaftung	11
I. Durch § 899 RVO	11
II. Durch Art. 8 des Finanzvertrages v. 26.5.1952	14

2. Kapitel

Die Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander bei schadensgeneigter Arbeit

<u>1. Teil</u> Entwicklung und Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung	17
---	----

§ 1	Überblick und geschichtliche Entwicklung	17
	I. Die Problematik der Haftungsbeschränkung	17
	II. Ausdehnung der Haftungsbeschränkung	21
§ 2	Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung	24
	I. Die sogenannte schadensgeneigte Arbeit	24
	1. Begriff und Wesen der schadensgeneigten Arbeit	25
	2. Vorliegen einer schadensgeneigten Arbeit	28
	II. Maßgeblicher Verschuldensgrad	30
§ 3	Geltungsbereich der Haftungsbeschränkung	32
	I. Persönlicher Geltungsbereich	32
	II. Räumlicher Geltungsbereich	33
	<u>2. Teil</u> Rechtsgrundlagen der Haftungsbeschränkung	36
§ 1	Normenkonflikt und Lösungsmöglichkeiten	36
§ 2	Lösung im Anschluß an den Beschluß des GS des BAG	38
	I. Rechtspolitische Begründung	39
	II. Rechtsdogmatische Begründung	42
	1. Keine Gesetzesanalogie	42
	2. Betriebsrisiko als vorpositiver Zurechnungsgrund	44
	3. Betriebsverbundenheit der Arbeitnehmer	47
§ 3	Die Rechtsprechung des BGH	50
§ 4	Gegenüberstellung und Kritik der neueren Lösungsversuche	52
	I. Leugnung der Problematik	52
	II. Haftungsbeschränkung nach § 708 BGB	54
	III. Ausdehnung der § 898, 899 RVO	56
	IV. Billigkeitshaftung analog § 829 BGB	58
	V. Abschluß einer privaten Haftpflichtversicherung	60
	VI. Arbeitsrechtliche Wertung des Fahrlässigkeitsbegriffes	62
	VII. Die Treuepflicht des Arbeitnehmers	65
	VIII. Innerbetrieblicher Schadensausgleich im Rahmen der Bestimmungen der RVO	68
§ 5	Ergebnis	72

- III -

3. Teil Inhalt und Umfang des Schadensausgleiches bei
einer Haftungsbeschränkung 74

- § 1 Ausgleichsansprüche 74
 I. Ersatzleistung bei Personenschäden 74
 II. Ersatzansprüche wegen Sachschadens 78
§ 2 Ersatzansprüche durch die Teilnahme am allgemeinen
Verkehr 80

4. Teil Ausschluß der Haftungsbeschränkung bei Verlet-
zung eines Strafgefangenen oder eines nur vor-
übergehend Beschäftigten in einem Betrieb 82

3. Kapitel

Einfluß einer Haftpflichtversicherung auf
die Haftung des Arbeitnehmers gegenüber einem
Arbeitskollegen

- § 1 Die Problematik 84
§ 2 Die Rechtsprechung des BAG, des BGH und anderer Gerichte 85
 I. Haftungsbeeinflussender Gegenstand 85
 II. Die Begründung der Schadensersatzpflicht 87
 III. Umfang der Schadensersatzpflicht 88
§ 3 Zustimmung in der Literatur 89
§ 4 Stellungnahme zu dieser Rechtsprechung 90
 I. Zumutbarkeitsbegriff 90
 II. Auswirkungen einer Haftpflichtversicherung 93

4. Kapitel

Die Haftung des Arbeitnehmers gegenüber
einem Arbeitskollegen nach dem Entwurf
zum Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz

- § 1 Überblick über den Entwurf dieses Gesetzes 95
§ 2 Die Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinan-
der nach dem Entwurf 96

I. Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung	96
1. Betriebsangehörigkeit der Arbeitnehmer	96
2. Verschuldensgrad des Arbeitnehmers	96
3. Schadensverursachung bei einer "betrieblichen Tätigkeit"	98
II. Die Haftung des Arbeitnehmers für Unfälle bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr	100
III. Der Einfluß einer Haftpflichtversicherung auf die Haftung	102
Zusammenfassung	103

Literaturnachweis

- Andrée: Neuordnung der gesetzlichen Unfallversicherung, BB 1958, 1269.
- Andresen: Haftung bei Mitnahme eines Arbeitskollegen zur Arbeitsstelle in einem betriebseigenen Fahrzeug, BB 1960, 177.
- Asanger: Zur Frage der Anwendung der §§ 898, 899 RVO bei Kraftfahrzeugunfällen, SozVers 1956, 243.
- Bobrowski-Gaul: Das Arbeitsrecht im Betrieb, 3. Aufl. 1959.
- Böhmer: Zur Frage der Schadensersatzansprüche von Arbeitnehmern gegen Arbeitskameraden, MDR 1958, 400.
Änderung der Rechtsprechung des BGH zu § 899 RVO? MDR 1958, 828.
Gilt § 823 BGB unter Arbeitskameraden nicht mehr? VersR 1958, 437.
Neue Entscheidung des BGH zur Frage der Arbeitnehmerhaftung, MDR 1959, 985.
Zur Haftungsbeschränkung bei Gemeinschaften, NJW 1959, 1713.
Gesetzwidriger Haftungsausschluß unter Arbeitskollegen? VersR 1959, 882.
Benachteiligung unfallverletzter Arbeitnehmer? MDR 1959, 531.
Ansprüche aus dem Arbeitsunfall gegen den Arbeitskollegen, MDR 1960, 898.
- Bulla: Schadensausgleich im Arbeitsverhältnis, DAR 1942, 19 und 34.
Anm. zu BAG in AR-Blattei, D-Blätter: Haftung des Arbeitnehmers, Entsch. 8.
- Clauß: Haftungsbeschränkung zwischen Gemeinschaftsangehörigen im Arbeits-, Dienst- und Familien-

recht, NJW 1959, 1408.

Haftungsbeschränkung durch allgemeine Rechtsgedanken, VersR 1958, 746.

- Debus: Haftung der Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen, SozSich 1956, 334.
- Denecke: in RGR-Komm. zum BGB, 11. Aufl. 1959, Anm. zu § 611.
- Dersch: Festschrift für Friedrich Sitzler (1956): Sozialpolitik, Arbeits- und Sozialrecht. Arbeitnehmerhaftung bei gefahrgeneigter Arbeit, BB 1956, 501.
Die neuere Entwicklung der Unternehmerhaftung bei Arbeitsunfällen, BB 1958, 488.
Entwicklungstendenzen im Arbeitsrecht unter Abweichung vom BGB, RdA 1958, 441.
- Dietz: Entwicklung des deutschen Arbeitsrechts, ArbGeb 1951, 66.
Kommentar zum BetrVG, 3. Aufl.
Kommentar zum PersVG.
Anm. zu LAG Hannover AP 54 Nr. 28.
in Hueck-Nipperdey-Dietz, Komm. zum Gesetz der Ordnung der nationalen Arbeit, 4. Aufl. 1943.
- Dockhorn: Enthält § 898 RVO in seiner derzeit geltenden Fassung geltendes Recht? SozSich 1955, 19.
- Elleser: Zur Frage der Anwendung der §§ 898, 899 RVO bei Kraftfahrzeugführern, SozVers 1956, 86.
Der Rückgriffsanspruch der Sozialversicherungsträger, SozVers 1958, 158.
- Enneccerus-Lehmann: Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, Bd. II, Recht der Schuldverhältnisse, 14. Aufl. 1954.
- Enneccerus-Nipperdey: Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 15. Aufl., 1. Halbband 1959, 2. Halbband 1960.

- Erman: Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 2.Aufl. 1958.
- Esser: Schuldrecht, Lehrbuch, 2.Aufl. 1960.
- Frey: Die Beschränkung der Schadenersatzpflicht des Arbeitnehmers, ArbuR 1953, 7.
Die Gemeinschaft als anspruchsvernichtendes Element bei der Schadenshaftung von Arbeitnehmern untereinander, ArbuR 1959, 193 ff.
Die unzureichende Arbeitsleistung (Schlechtererfüllung) als Gegenstand der Schadenersatzpflicht des Arbeitnehmers, BB 1960, 411.
- Fröhlich: Schadenersatzpflicht der Arbeitnehmer untereinander, Die Quelle 1960, 484.
- Galperin: Haftung des Arbeitnehmers bei positiver Vertragsverletzung, insbesondere in Fällen schadensgeneigter Arbeit, in AR-Blattei, D-Blätter: Haftung des Arbeitnehmers III.
- Gaul: Die Arbeitsbewertung in ihrer rechtlichen Bedeutung, 2.Aufl. 1957.
Zur Haftung des Arbeitnehmers bei schadensgeneigter Arbeit, DB 1958, 1011.
Die Haftung des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers in Fällen schadensgeneigter Arbeit, Teil I, DB 1962, 166; Teil II, DB 1962, 202.
- Geigel: Der Haftpflichtprozeß, 10.Aufl. 1961.
- Gumpert: Wann muß der Arbeitgeber den Arbeitnehmer von Schadenersatzpflichten gegenüber Dritten freistellen, BB 1955, 480.
Die gefahrgeneigte Arbeit in der Rechtsprechung, BB 1958, 740.
Was ist eine gefahrgeneigte Arbeit? BB 1961, 372.
- Gunkel: Die Unternehmerhaftung, 1958.

- Haberkorn: Haftung für den fahrlässig verursachten Arbeitsunfall des Arbeitskameraden bei gefahrgeneigter Arbeit, BetrVerf 1958, 221 ff.
- Hafferburg: Der Begriff der Fahrlässigkeit im Zivilrecht, NJW 1959, 1398.
Haftungsbeschränkung bei Ansprüchen zwischen Arbeitnehmern des gleichen Betriebes, NJW 1959, 2194.
- Hauß: Anm. zu BGH in LM Nr. 13 zu § 823 (Ec) BGB.
- Herschel: Anm. zu BAG in JZ 1958, 257.
Schadensausgleich im Arbeitsrecht, SozPrax 1941, 617.
Der Schadensersatzanspruch des Unternehmers gegen den bei ihm beschäftigten Kraftfahrer, JW 1939, 454.
- Hessel: Das kollektive Element im Arbeitsverhältnis, DB 1958, 837.
- Hueck Alfred: Anm. zu BGH AP Nr. 1 zu § 611 BGB, Haftung des Arbeitnehmers.
Anm. zu BAG Nr. 8, 9 zu §§ 898, 899 RVO.
- Hueck Goetz: Der Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung im Privatrecht, 1958.
Anm. zu BAG, BGH AP Nr. 18, 19 zu §§ 898, 899 RVO.
- Hueck-Nipperdey: Lehrbuch des Arbeitsrechts, 6.Aufl. 1959.
- Isele: Der Einfluß des kollektiven Arbeitsrechts auf das Einzelarbeitsverhältnis, JR 1960, 289.
- Jarckow: Schadensersatzansprüche des Arbeitnehmers gegen den Unternehmer bei Arbeitsunfällen, NJW 1957, 448.
- Jorns: Das Betriebsrisiko: Abhandlungen zum Arbeits- und Wirtschaftsrecht, Bd.2, 1957.
- Kagerer: Die Haftung des einen Arbeitsunfall verursachenden Arbeiters nach § 823 BGB, SozVers 1955, 199.

- Kaskel-Dersch: Arbeitsrecht, Lehrbuch, 5.Aufl. 1957.
- Klein: Rechtsfortbildung und Billigkeitsrechtsprechung, JZ 1958, 585.
Lösungsbedürftige Probleme der Haftung des am Arbeitsunfall schuldigen Arbeitskollegen, JZ 1959, 748.
- Knoll: Sollen bei Arbeits- und Dienstunfällen Schmerzensgeldansprüche gegen den Arbeitgeber gewährt werden? JZ 1955, 318.
Die Rechtsfolgen des vom Mitarbeiter verschuldeten Arbeitsunfalles, JZ 1959, 137.
- Larenz: Lehrbuch des Schuldrechts, I 5.Aufl. 1962; II 4.Aufl. 1960.
- Lauterbach: Unfallversicherung, 2.Aufl.
- Lehmann H.: Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, Lehrbuch, 12.Aufl. 1960.
- Meinert: Zur Frage der Haftung bei schadensgeneigter Arbeit unter Berücksichtigung der Gefährdungshaftung, DB 1958, 1328.
- Möller: Schadensersatzrecht und Sozialversicherung, JUS 1961, 10.
- Möring: Kann die Berufsgenossenschaft einen Unternehmer als Kraftfahrer gemäß § 903 RVO in Anspruch nehmen? VersR 1956, 533.
Haftet der Unternehmer als Kfz-Führer seinem betriebsunfallgeschädigten Betriebsmitglied, VersR 1956, 608.
- Müller G.: Die dem Einzelarbeitsverhältnis vom Arbeitsverband her innewohnende Beeinflussung, Teil I, DB 1958, 713; Teil II, DB 1958, 740.
- Nikisch: Arbeitsrecht, Lehrbuch, 3.Aufl. 1961.
Individualismus und Kollektivismus im heutigen Arbeitsrecht, RdA 1953, 81.

- Nipperdey: Rechtswidrigkeit, Sozialadäquanz, Fahrlässigkeit, Schuld im Zivilrecht, NJW 1957, 1777.
- Nipperdey-Mohnen-Neumann: Der Dienstvertrag, Sonderausgabe aus Staudinger, 11.Aufl., II, Recht der Schuldverhältnisse, 3.Teil.
- Oehrman: Die Haftung des Arbeitnehmers gegenüber Mitarbeitern, BB 1956, 726.
- Ohr: Zum innerbetrieblichen Schadensausgleich, BB 1960, 489.
Haftungsbeschränkung für Arbeitnehmer, NJW 1960, 1593.
Haftungsbeschränkung für Arbeitnehmer, ArbuR 1960, 242.
Arbeitsbedingte Fahrlässigkeit, NJW 1960, 2174.
Die drei Erscheinungsformen des innerbetrieblichen Schadensausgleiches und ihr Anspruch auf lückenlose Geltung, VersR 1962, 205.
- Ordemann: Zur Haftung von Arbeitnehmern untereinander bei Arbeitsunfällen, BfStSozVersArbR 1958, 285.
- Palandt: Kurzkommentar zum BGB, 19.Aufl. 1960.
- Podzun: Der Unfallsachbearbeiter, 1960.
- Prangemeier: Ansprüche aus dem Arbeitsunfall gegen den Arbeitnehmer, MDR 1960, 896.
- Prölß: Schadensersatzpflicht des "Beteiligten", besonders Autoführers, DR 1939, 346.
- Reinhart-Schultz: Schadensersatzrecht und Sozialversicherung, JUS 1961, 2.
- RGR-Kommentar: Das Bürgerliche Gesetzbuch, Kommentar, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern, 11.Aufl. 1960.
- Rewolle: Verschulden im Arbeitsverhältnis, DB 1952, 166.
- Rietschel: Sind Schmerzensgeldansprüche bei Arbeits- und Dienstunfällen ausgeschlossen? JZ 1955, 35.

- Ruppert: Die Haftung des Arbeitnehmers bei schadensgeneigter Arbeit, 2.Aufl. 1961.
- RVO-Gesamtkommentar: Reichsversicherungsordnung, Kommentar, herausgegeben von Dersch, Knoll, Brockhoff, Schieke, Schroeter, Völker, 1961.
- Scheuerle: Der arbeitsrechtliche Fahrlässigkeitsbegriff und das Problem des innerbetrieblichen Schadensausgleichs, RdA 1958, 247.
- Schieke: Zur Frage der Haftung von Arbeitnehmern für Arbeitsunfälle, SozVers 1955, 317.
- Schmidt Reimer: Die Haftung für den Arbeitsunfall des Arbeitskollegen, MDR 1958, 193.
- Schnorr v. Carolsfeld: Arbeitsrecht, Lehrbuch, 2.Aufl. 1954.
- Schraft: Die gesetzliche Unfallversicherung als Schöpfung der Sozialpolitik und als Teil der sozialen Sicherheit, BG 1953, 122.
- Schultz: Die Rechtslage des durch Arbeitsunfall verletzten Arbeitnehmers, JR 1960, 361.
- Siebert: Festschrift für Nipperdey (1955).
- Sieg: Der Einfluß der Unfallversicherung auf Schadensersatzansprüche aus Anlaß eines Arbeitsunfalles, JZ 1960, 436.
- Soergel-Siebert: Bürgerliches Gesetzbuch, Kommentar, I, 9.Aufl. 1959.
- Staudinger: Kommentar zum BGB, 11.Aufl.
- Theese-Hagemann: Das Recht der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, 2.Aufl. 1958.
- Thiel: Erfasst die Haftungsbeschränkung des § 898 RVO auch den Sachschaden? VersR 1955, 332.
- Thiele: Kollektives Arbeitsrecht, ArbuR 1957, 289.
- Versen-Klein: Die Haftung gegenüber den bei Arbeitsunfällen Geschädigten nach dem Entwurf zum Unfallversi-

cherungs-Neuregelungsgesetz, BB 1959, 344.

- Weber: in Staudinger, Recht der Schuldverhältnisse, II.Teil, § 242 BGB.
- Weimar: Inwieweit schließt § 898 RVO Schadensersatzansprüche bei Dienst- und Arbeitsunfällen aus? BlfStSozVersArbR 1955, 281.
- Wieacker: Rechtswidrigkeit und Fahrlässigkeit im bürgerlichen Recht, JZ 1957, 535.
- v. Witzleben: Die Gründe der Schadenstragung im Arbeitsverhältnis am Beispiel der Haftung des Arbeitnehmers bei gefahrbehafteter Arbeit, Kölner Dissertation 1956.
- Wussow H.: Der Haftungsausschluß unter Arbeitskollegen bei gefahrgeneigter Arbeit, BG 1959, 30.
- Wussow: Die Unfallhaftpflichtversicherung, 6.Aufl. 1957.
- Zeitlmann: Haftung der Arbeitnehmer bei gefahrgeneigter Arbeit, MuA 1960, 57.

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
ähnl.	ähnlich
AllgTeil	Allgemeiner Teil
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AOG	Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
AR	Arbeitsrecht
ArbG	Arbeitgeber
ArbGeb	Arbeitgeber, Zeitschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
AR-Blattei	Arbeitsrecht-Blattei
ArbN	Arbeitnehmer
ArbuR	Arbeit und Recht
ARS	Arbeitsrechtliche Sammlungen
ARSt	Arbeitsrecht in Stichworten
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BArbBl	Bundesarbeitsgerichtsblatt
BB	Der Betriebsberater
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd	Band
BetrVerf	Betriebsverfassung, Zeitschrift
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BG	Die Berufsgenossenschaft, Zeitschrift für Un- fallversicherung und Betriebssicherheit
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bl.	Blatt
BlfStSozArbR	Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherungs- recht und Arbeitsrecht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
DAR	bis 1945: Deutsches Arbeitsrecht ab 1945: Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
Diss.	Dissertation
DR	Deutsches Recht
Entsch.	Entscheidung
Enneccerus- Lehmann	Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, Bd II, Recht der Schuldverhältnisse, 14. Aufl. 1954
Enneccerus- Nipperdey	Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, Allgemeiner Teil Bürgerlichen Rechts, 15. Aufl. 1. Halb- band 1959, 2. Halbband 1960
Erman	Kommentar zum BGB, 2. Aufl. 1958
Esser	Schuldrecht, Lehrbuch, 2. Aufl. 1960
F-Blatt	Fortsetzungs-Blatt
ff.	nächstfolgende Seiten
FN	Fußnote
GG	Grundgesetz
GS	Große Senat
HGB	Handelsgesetzbuch
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hueck-Nipperdey	Lehrbuch des Arbeitsrechts, zitiert I: Hueck, Lehrbuch 1. Bd - II: Nipperdey, Lehrbuch 2. Bd
i.S.	im Sinne
JheringsJ	Jahrbuch für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts
JR	Juristische Rundschau

JUS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristischenzeitung
Komm.	Kommentar
Larenz	Lehrbuch des Schuldrechts I 5. Aufl. 1962; II 4. Aufl. 1960
LG	Landgericht
LM	Lindermaier-Möhring, Nachschlagwerk des Bundesgerichtshofs
m.a.W.	mit anderen Worten
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
MuA	Mensch und Arbeit
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OLG	Oberlandesgericht
Palandt	Kommentar zum BGB, 19. Aufl. 1960
PersVG	Personalvertretungsgesetz
RABl	Reichsarbeitsblatt
RdA	Recht der Arbeit
RG	Reichsgericht
RGRK	Reichsgerichtsrätekomentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SozPrax	Sozialpraxis
SozSich	Soziale Sicherheit
SozVers	Soziale Versicherung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
U.	Urteil
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
v.	von, vom
VersR	Versicherungsrecht

vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen

V o r w o r t

Angesichts der zunehmenden Mechanisierung gewinnt die Frage nach der Schadenshaftung im betrieblichen Leben eine immer größere Bedeutung. Mit dem steigenden Arbeitstempo und den einem Arbeitnehmer anvertrauten komplizierten Maschinen wächst die Gefahr der Schadensverursachung insbesondere auch gegenüber einem Arbeitnehmer desselben Betriebes. Damit tauchen aber Zweifel auf, ob und gegebenenfalls in welchem Umfange ein Arbeitnehmer für diese Schäden innerhalb des Arbeitslebens einzustehen hat. Die allgemeinen Vorschriften, die bei jedem schuldhaft herbeigeführten Schaden eine volle Haftung vorsehen, müssen deshalb bei einer wertenden Gegenüberstellung der übertragenen Arbeit, der Schadensverursachung und des Schadensumfanges, des Betriebsrisikos sowie der Art und Höhe der Schadensersatzpflicht überprüft werden. Um hier den Boden der geltenden Rechtsordnung nicht zu verlassen, wird die Notwendigkeit einer Fortentwicklung der allgemeinen Zivilrechtslehre durch Rechtsprechung und Lehre im Arbeitsrecht besonders deutlich. In dieser Arbeit wird demgemäß in erster Linie versucht, die vom Reichsarbeitsgericht und der Arbeitsrechtslehre entwickelten Rechtsgrundsätze auswertend und auf den grundlegenden Entscheidungen des BAG und BGH aufbauend, Maßstäbe für die Haftungsbeschränkung bei schadensgeneigter Arbeit aufzuzeigen und daraus Folgerungen für die betriebliche Ordnung zu ziehen. Dabei sind den vor allem im Bereich des Versicherungsrechtes noch sehr im Fluß befindlichen Fragen bei der Haftung der Arbeitnehmer untereinander grundsätzlich Rechnung zu tragen.

1. K a p i t e l

DAS HAFTUNGSPROBLEM BEI EINEM SCHULDHAFT
VERURSACHTEN SCHADEN EINES ARBEITSKOLLEGEN

§ 1 Die Haftung nach Bürgerlichem Recht

I. Die unerlaubte Handlung

Fügt ein Arbeitnehmer (1) einem anderen Arbeitnehmer im Betriebe einen Schaden zu, so wird der Geschädigte vom Schädiger Ersatz verlangen. Durchsetzbar ist sein Ersatzanspruch jedoch nur insoweit, als ihm das Gesetz einen entsprechenden Anspruch gegen den Arbeitskollegen gewährt.

Da zwischen Arbeitnehmern im Betriebe in aller Regel kein Vertragsverhältnis besteht (2) und daher Ansprüche aus Vertrag ausscheiden, hat der geschädigte Arbeitnehmer gegen den schuldhaften Schädiger einen Anspruch auf Schadenersatz lediglich auf Grund der in den §§ 823 ff. BGB oder in Sondergesetzen (3) enthaltenen Vorschriften über unerlaubte Handlungen. Die Tatbestände der Vorschriften des BGB über unerlaubte Handlungen bilden die allgemeine Grundlage des Haftungsrechts. Die hier geregelten Tatbestände beschränken sich in ihrer rechtlichen Auswirkung weder auf bestimmte Personenkreise noch setzen sie bestimmte Rechtsbeziehungen zwischen Verletztem und Schädiger voraus. Sie knüpfen die Entstehung eines gesetzlichen Schuldverhältnisses vielmehr allein an die schuldhaft Herbeiführung des

-
- (1) Der Begriff des Arbeitnehmers umfaßt "Arbeiter" und "Angestellte". Über diesen Begriff vgl. Hueck-Nipperdey I S. 33 ff.; Kaskel-Dersch S. 21 ff.; Nikisch I S. 91 ff.; Schnorr von Carolsfeld S. 21 ff.; Dietz, BetrVG § 4 Anm. 4 ff.
 - (2) Hierbei sind von S o n d e r f ä l l e n wie die sich zu einer Kapelle zusammenschließenden Musiker u.ä. abzusehen; vgl. Nikisch I S. 237 ff.
 - (3) So z.B. § 18 StVG. Neben § 18 StVG gelten für die Haftung des Kraftfahrzeugführers auch die Bestimmungen des § 823 BGB; für die Haftung des Führers eines Luftfahrzeuges gelten nach § 34 letzter Satz LVG lediglich die Bestimmungen des BGB.

Schadens (4). Das BGB stellt in § 823 die beiden Erscheinungsformen des schuldhaften Handelns "Vorsatz" und "Fahrlässigkeit" bei der gesetzlichen Regelung der Voraussetzungen und Rechtswirkungen einer unerlaubten Handlung einander gleich. Danach verlangt "Vorsatz" das Bewußtsein des Erfolges und seine Billigung in Kenntnis der Rechtswidrigkeit (5), "Fahrlässigkeit" die Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (§ 276 Abs. I Satz 2)(6). Der Grad der anzuwendenden Sorgfalt bestimmt sich hiebei nach einem objektiven Maßstab (7), nämlich nach dem Maß an Sorgfalt, das von einem besonnenen und gewissenhaften Angehörigen dieses Personenkreises zu fordern ist (8). Grundsätzlich bleibt unbeachtlich, ob dem Handelnden selbst nach seinen individuellen Fähigkeiten und Kenntnissen die Anwendung dieser Sorgfalt möglich war (9).

-
- (4) Der § 823 Abs. 1 BGB verpflichtet zum Schadenersatz nur dann, wenn die schuldhaft Verletzung von Leben, Gesundheit oder Eigentum rechtswidrig ist und zwischen der betreffenden Handlung und dem in der Person des Verletzten entstandenen Schaden ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Vgl. Wussow, Das Unfallhaftpflichtrecht TZ 26; Enneccerus-Lehmann II S. 948 (949); Esser S. 840.
- (5) Palandt § 823 Anm. 2; Lehmann H., S. 328 ff.; Larenz II S. 347. Im Recht der unerlaubten Handlungen ist die Kenntnis des Täters erforderlich, daß überhaupt ein Schaden eintreten könne. RGZ 136, 4. (10) u. 148, 154 (165); BGH NJW 1951, 596.
- (6) In der Bestimmung des § 276 Abs. 1 S. 2 BGB wird von "erforderlicher", nicht "üblicher" Sorgfalt gesprochen, um auszudrücken, daß allein ein normaler, ordnungsgemäßer Verkehr den Maßstab bilde; vgl. RGZ 68, 422 (423); 119, 397 (400); 128, 44; 163, 314; BGHZ 5, 319; 8, 140; BGH NJW 1959, 2205.
- (7) RGZ 95, 16 (17); 152, 140; BGH NJW 1953, 257; Soergel-Siebert § 276 Anm. 14; Erman § 276 Anm. 46; Palandt § 276 Anm. 46; Lehmann H., S. 331.
- (8) Vgl. RGZ 119, 400; 126, 331; 163, 129 (134); BGH NJW 1953, 257.
- (9) H.L. vgl. die ständige Rechtsprechung des RG: "Die Einsicht und Erfahrung gerade des Handelnden, der Grad seiner Unerfahrenheit können in der Regel nicht zu seinen Gunsten maßgebend sein", RGZ 68, 422; 95, 16 (17); 152, 129 (140); Larenz II S. 361; Lehmann H., S. 331; Palandt § 276 Anm. 46; Blomeyer A., Allgemeines Schuldrecht, S. 135. Gegen den von der h.L. im Zivilrecht "objektiv" verstande-

Läßt also der Arbeitnehmer die von ihm jeweils zu erwartende Sorgfalt außer acht, obwohl er sie - objektiv - hätte beobachten müssen, dann handelt er fahrlässig. Im Einzelfall bleibt daher immer zu prüfen, welche Maßnahmen zur Vermeidung des Schadens notwendig waren und ob diese Vorkehrungen dem Handelnden zuzumuten waren (10).

Die nach § 823 BGB begründete Haftung des Arbeitnehmers gegenüber einem anderen Arbeitnehmer richtet sich gemäß § 249 ff. BGB primär auf die Herstellung des Zustandes, der bestehen würde, wenn der zum Schadenersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre, gegebenenfalls auf Entrichtung des dazu erforderlichen Geldbetrages. Diese allgemeinen Bestimmungen werden durch die Sondervorschriften der §§ 842 ff. BGB ergänzt (11).

II. Mitwirkendes Verschulden des geschädigten Arbeitnehmers

Steht an sich die Schadenersatzpflicht des schädigenden Arbeitnehmers fest, weil die Voraussetzungen des § 823 BGB über die unerlaubte Handlung vorliegen, so kann trotzdem dessen Verpflichtung zum Schadenersatz ganz oder teilweise aus dem Gesichtspunkt des mitwirkenden "Verschuldens" des geschädigten Arbeitnehmers nach § 254 Abs. 1 BGB entfallen (12).

nen Begriff der Fahrlässigkeit vertritt besonders Nipperdey (Enneccerus-Nipperdey § 209; NJW 1957, 1777) einen subjektiven Fahrlässigkeitsbegriff, der ein wirkliches Verschulden im Sinne einer persönlichen Vorwerfbarkeit - wie im Strafrecht - voraussetzt. Dieser Meinung ist jedoch der BGH (4.3.1957, NJW 1957, 735) nicht gefolgt, weil ein einheitlicher Fahrlässigkeitsbegriff im Zivilrecht und Strafrecht den wesensmäßigen Unterschieden dieser beiden Rechtsgebiete nicht Rechnung tragen könne. Ebenso Hafferburg NJW 1959, 1398; BGB-RGRK § 823 Anm. 6; Stoll JZ 1958, 137; Wieacker JZ 1957, 535; Bettermann NJW 1957, 986; Lehmann H., S. 329; May NJW 1958, 1262.

(10) Palandt § 823 Anm. 2.

(11) §§ 842-847 BGB (Personenschaden), §§ 848-851 BGB (Sachschaden); vgl. hierzu § 2 II 2.

(12) Vgl. auch §§ 9 StVG und 20 LVG.

Hiernach entscheidet, wenn bei der Entstehung des Schadens der geschädigte Arbeitnehmer mitgewirkt hat, der Richter auf Grund der Gesamtheit der Umstände des Einzelfalles, ob und inwieweit der schädigende Arbeitnehmer den Schaden zu ersetzen hat. Die Entscheidung hängt in erster Linie davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teile verursacht worden ist (§ 254 Abs. 1, letzter Satz BGB), zum anderen von dem Grade des beiderseitigen Verschuldens (13).

Eine Mitverantwortung des geschädigten Arbeitnehmers besteht auch dann, wenn er schuldhaft unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern (§ 254 Abs. 2 BGB). Die Pflicht, alles Mögliche und Zumutbare zu tun, um einen drohenden Schaden oder die drohende Vergrößerung des Schadens von sich abzuwenden und einen bereits eingetretenen Schaden zu mindern, ist eine dem Verletzten dem Ersatzpflichtigen gegenüber obliegende Verhaltenspflicht, die in "Treu und Glauben" begründet (14) und auch hiernach zu begrenzen ist (15).

-
- (13) Primär ist also von dem Maß der Verursachung des Schadens auszugehen, in dem die Beteiligten zur Entstehung des Schadens beigetragen haben, erst in zweiter Linie entscheidet das Verhältnis des gegenseitigen Verschuldens; vgl. BGH VersR 1954, 59; OLG Stuttgart VersR 1954, 231; OLG Köln JR 1956, 342.
Ein unbedeutender Umfang von Schuld und Verursachung des einen Teils kann gegenüber dem grobfahrlässigen Verhalten des anderen Teils soweit zurücktreten, daß der andere Teil die Schadensfolgen allein zu tragen hat: OLG Bamberg VersR 1954, 63.
- (14) Larenz I S. 169; Palandt § 254 Anm. 26; Siebert bei Soergel-Siebert § 242 Anm. 97; Lehmann H., Anm. zu BGH JZ 1959, 749 (750); BGHZ 16, 265 (275); BGH, VersR 1955, 38 (39); OLG Frankfurt NJW 1948, 426 (428). Vgl. aber auch Reimer Schmidt bei Soergel-Siebert § 254 Anm. 46.
- (15) Im Falle einer Körperverletzung oder Gesundheitsbeschädigung muß der Verletzte sich demgemäß zur Minderung des Schadens sachgemäßer ärztlicher Hilfe bedienen und auch sonst alles tun, um seine Erwerbsfähigkeit baldigst wieder herzustellen oder zu bessern. Vgl. hierzu Fußnote (14); Geigel, Der Haftpflichtprozeß, S. 117; RG 139, 134; BGHZ 10, 18; OLG Hamm VersR 60 S. 850 (852).

§ 2 Die Haftung nach Bürgerlichem Recht
im Verhältnis zum Sozialversicherungsrecht

I. Schadenersatz aus Sozialversicherung

Da nach § 537 RVO alle Arbeitnehmer gegen Arbeitsunfälle zwangsversichert sind (16), gibt im Rahmen dieser Versicherung jeder Fall einer Körperverletzung (17) eines Arbeitnehmers, unabhängig von einer zivilrechtlichen Verantwortlichkeit eines anderen Arbeitskollegen (18), einen Anspruch auf Schadensausgleich, falls die Körperverletzung mit dem Arbeitsverhältnis im Sinne der RVO in Zusammenhang steht. Der Geschädigte erhält damit einen Ersatz seines Schadens in der durch die RVO geregelten Art und Höhe, unabhängig davon, ob ihm nach anderen Gesetzen Schadenersatzansprüche gegen den schädigenden Arbeitskollegen zustehen. Die beiden verschiedenen Schadensausgleichssysteme treffen dann aufeinander, wenn sowohl die Sozialversicherung als auch die privatrechtlichen Haftungsnormen Ansprüche des geschädigten Arbeitnehmers wegen einer einzigen Körperverletzung auslösen. Hier ergibt sich notwendig die Frage, wie sich die beiden Schadensausgleichssysteme zueinander verhalten, die sich mit dem gleichen Tatbestand befassen und jeweils zu einer selbständigen Ersatzpflicht führen würden. § 1542 RVO bringt eine Lösung in der Weise, daß etwaige Schadenersatzansprüche des geschädigten Arbeitnehmers aus anderen Gesetzen auf den Sozialversicherungsträger übergehen.

(16) Vgl. Hueck-Nipperdey I S. 10; Lauterbach, Unfallversicherung, § 537 Anm. 9; Reinhart und Schultz JUS 1961 S. 2.

(17) § 555 RVO: Gegenstand der Versicherung ist der ... Ersatz des Schadens, der durch eine Körperverletzung, Tötung oder Beschädigung eines Körperersatzstückes entsteht.

(18) Grundsätzlich ist die Gewährung der Leistungen auch unabhängig von einem eigenen Verschulden. Bei vorsätzlicher Verursachung des Unfalles durch den versicherten Arbeitnehmer werden jedoch nach § 556 RVO k e i n e Leistungen gewährt.

II. Rückgriffsansprüche der Sozialversicherungsträger gegen den Schädiger gemäß § 1542 RVO

1. Der Übergang der Schadensersatzansprüche des Geschädigten auf den Versicherungsträger

Da der geschädigte Arbeitnehmer auf Grund der Vorschriften der unerlaubten Handlungen Ersatz seines Schadens vom Schädiger beanspruchen kann, so tritt nach § 1542 RVO kraft Gesetzes ein Anspruchsübergang ein. Ein Unterschied gegenüber § 67 VVG sowie den im bürgerlichen Recht bekannten Fällen eines gesetzlichen Forderungsüberganges besteht darin (19), daß der Rechtsübergang nicht erst mit der Leistung der Versicherungsträger, sondern allein auf Grund der Leistungspflicht sogleich beim Eintritt des Schadenfalles und damit zugleich mit dessen Entstehung erfolgt (20). Deshalb werden die Ansprüche des Geschädigten aus unerlaubter Handlung wegen des sofortigen Anspruchsüberganges nach § 1542 RVO nicht in der Höhe der geleisteten Entschädigung wirksam, d.h. die somit dem Geschädigten verbleibenden Ansprüche gehen nur auf Ersatz der Schäden, die durch die Leistungen aus der Sozialversicherung nicht gedeckt sind (21). Soweit dem Geschädigten auf Grund der RVO Leistungen zu erbringen sind, ist dem Grund des Forderungsüberganges nach § 1542 RVO Rechnung getragen, daß nämlich der Geschädigte nicht einen doppelten Ersatz erhalten und der Schädiger als Schadenersatzpflichtiger durch die Sozialversicherungsleistungen in dieser Höhe nicht entlastet werden soll (22).

(19) § 67 VVG bestimmt den Rechtsübergang mit den Worten: "Wenn dem Versicherungsnehmer - also dem Nehmer eines privaten Versicherungsvertrages - ein Anspruch auf Ersatz gegen einen Dritten zusteht, geht dieser Anspruch auf den Versicherer über, s o w e i t dieser dem Versicherungsnehmer den Schaden ersetzt." Vgl. auch Palandt §§ 407 Abs. 1, 774, 1134 Abs. 1 BGB.

(20) RGZ 124, 113; 156, 351; OLG Braunschweig VersR 1956, 592.

(21) Der übergegangene und der beim Geschädigten verbleibende Anspruchsteil stellen zwei selbständige Forderungen dar, insbesondere auch hinsichtlich ihrer Verjährung; vgl. dazu BGH VersR 1957, 231.

(22) Geigel, Der Haftpflichtprozeß, S. 501.

Nach § 1542 RVO findet ein Anspruchsübergang nur insoweit statt als der geschädigte Arbeitnehmer nach anderen gesetzlichen Vorschriften seinen Schadenersatzanspruch geltend machen kann. Besteht ein solcher Anspruch aber nicht, so wenn der Geschädigte seinen Schaden ausschließlich selbst verschuldet hat (§ 254 BGB), dann kann ein Anspruch auch nicht übergehen. Wenn der Geschädigte den Schaden mitverschuldet hat, so kann sein Schadenersatzanspruch gemäß § 1542 RVO auf den Sozialversicherungsträger nur bis zu dieser Höhe übergehen, weil ein weitergehender Schadenersatzanspruch des Geschädigten nicht besteht. Bleibt aber der Schadenersatzanspruch wegen des mitwirkenden Verschuldens des Geschädigten hinter dem wirklich entstandenen Schaden zurück, so ist nach h.M. der Anspruchsübergang auf den Sozialversicherungsträger nicht auf einen entsprechenden Teil des Ersatzanspruches beschränkt, sondern umfaßt vielmehr den dem Geschädigten zustehenden Teilanspruch bis zur Höhe der Versicherungsleistungen, und zwar mit Vorrang vor einem diesem etwa verbleibenden Restanspruch. Man nennt dies das *Quotenvorrecht* des Sozialversicherungsträgers (23).

2. Umfang des Rechtsüberganges

Welche Ersatzansprüche des geschädigten Arbeitnehmers auf den Versicherungsträger übergehen, ergibt sich aus der Reichweite des § 1542 RVO. Angesichts der Regelung des privatrechtlichen Schadensausgleiches, der weder der Art noch dem Ausmaß nach mit den gesetzlich festgelegten Sozialversicherungsleistungen übereinstimmt, bringt § 1542 den Grundsatz, daß die privatrechtlichen Ansprüche des geschädigten Arbeitnehmers gegen den Schädiger insoweit auf die Sozialversicherungsträger übergehen, als diese nach der RVO Leistungen zu gewähren haben (24). Damit geht

(23) Geigel, S. 508; BGB - RGRK § 843 Anm. 10; RVO-Gesamtkommentar V. Buch S. 77; Fischer NJW 1954, 1716; RGZ 67, 145 (148); BGH LM Nr. 1 § 11 StVO; BGH U.v.17.3.1954, NJW 1954, 1113; a.A. Reinicke NJW 1954, S. 1103

(24) Vgl. § 1542 RVO "... geht der Anspruch auf die Träger insoweit über, als sie ... nach diesem Gesetz Leistungen zu gewähren haben". Es kommt also nicht darauf an, ob sie die Leistungen bereits gewährt haben; RGZ 148, 19 (20).

nicht der gesamte Schadensersatzanspruch auf die Sozialversicherungsträger über, sondern nur auf jene Teile, die den Versicherungsleistungen "kongruent" sind (25).

Die Leistungen aus der Sozialversicherung beziehen sich nämlich nur auf den in den Vorschriften der RVO bestimmten Ersatz des durch Körperverletzung, Tötung oder Beschädigung eines Körperersatzstückes entstandenen Schadens (26). Es muß deshalb bei dem Schadensersatzanspruch des Geschädigten nach der Art der ihm erwachsenen Schäden unterschieden werden, ob und in welchem Umfange die Versicherungsleistungen die Deckung der einzelnen Schäden bezwecken (27). Unhaltbar ist daher die Meinung, daß gemäß § 1542 RVO der Anspruchsübergang in voller Höhe der Ersatzansprüche des Geschädigten einschließlich des Schmerzensgeldes stattfinde (28).

Da die Sozialversicherung keinen Ersatz für *Sachschäden* (29) und *Schmerzensgeld* zu leisten hat,

Gewährt der Sozialversicherer freiwillig Leistungen, so tritt insoweit der gesetzliche Übergang nicht ein. RGZ 91, 145.

- (25) Danach ist Voraussetzung also die *Gleichartigkeit* des dem geschädigten Arbeitnehmer erwachsenen Schadenersatzanspruches und der ihm gewährten Versicherungsleistungen. Der Grundsatz der Kongruenz ist von der Rechtsprechung entwickelt und heute allgemein anerkannt. Vgl. RGZ 148, 19 (22); 167, 207; OLG Kassel JW 1937, 2370; OLG Köln DR 1939, 1824; OLG Schleswig VersR 1950, 71; BGH U.v. 19.11.1955, VersR 1956, 22; vom 20.5.1958, VersR 1958, 454; vom 10.3.1959, VersR 1959, 633; vgl. dazu Geigel wie FN (15) S. 504; Wussow wie FN (4) TZ 1126; Lauterbach wie FN (16) § 1542 RVO Anm. 4c.
- (26) So § 555 RVO.
- (27) Vgl. BGH wie FN (26)
- (28) So Lehmann Komm. zur RVO 5/6 S. 78.
- (29) Ein Anspruch auf Ersatz von Sachschäden geht grundsätzlich nicht über. Nachdem aber jetzt unter der Voraussetzung des § 555 RVO seit dem Inkrafttreten des 5. Änd.Ges. zur RVO der Träger der Unfallversicherung auch Ersatz für gewisse Sachschäden (Beschädigung von Körperersatzstücken wie Kunstaugen, Gebisse) zu leisten hat, muß auch ein solcher Schadenersatzanspruch als übergangsfähig angesehen werden.

verbleiben entsprechende Ansprüche beim Geschädigten. Hier geht man davon aus, daß der Schmerzensgeldanspruch deswegen nicht übergehen könne, weil er gemäß § 847 Abs. 1, Satz 2 nicht übertragbar sei (30). Von entscheidender Bedeutung ist weiter, daß nach Sinn und Zweck der gesetzlichen Unfallversicherung diese Schäden nicht ersetzt werden sollen, wie bereits von der Rechtsprechung mehrfach betont wurde (31).

Übergangsfähig sind dagegen die Ansprüche auf die Kosten, die die Sozialversicherer für die Wiederherstellung von Körperschäden erbringen (Heilungskosten)(32), sowie auf K r a n k e n g e l d und R e n t e n wegen Erwerbsminderung (33).

Nach § 842 BGB umfaßt die Verpflichtung zum Schadenersatz alle die Nachteile, welche die Handlung "für den Erwerb und das Fortkommen des Verletzten" herbeigeführt hat. Das Krankengeld dient dem Ausgleich der Nachteile für den Erwerb des Verletzten innerhalb eines kürzeren Zeitraumes (34). Die Renten beruhen auf einer Aufhebung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit für einen darüber hinausgehenden Zeitraum (35). Die Nachteile für das Fortkommen

(30) Palandt § 847 Anm. 5; Geigel wie FN (15) S. 502; BGB - RGRK § 847 Anm. 12.

(31) Wussow wie FN (4) TZ 1103; Dersch, Festschrift für Friedrich Sitzler S. 203 (206); RVO Gesamtkommentar 5. Buch S. 70; RGZ 74, 27; BGHZ 3, 298 (303); 8, 330 (338); BAG Beschluß v. 25.9.1957, AP Nr. 4 zu §§ 898, 899 RVO.

(32) Siehe hierzu § 558 a - g RVO. Das sind die Kosten des Arztes, Aufwendungen für Arzneien und andere Heilmittel, für Beschaffung von Körperersatzstücken, orthopädischen Mitteln, sowie die Kosten wegen Vermehrung der Bedürfnisse, wie Aufwendungen für eine Pflegerin, für Kuraufenthalte oder bessere Kost. Vgl. dazu Lauterbach wie FN (16) 558 a - g mit Anm.; Geigel wie FN (15) S. 503.

(33) Wenn der Schadensfall den Tod des Verletzten zur Folge hat, so gewährt der Sozialversicherungsträger S t e r b e g e l d , das zunächst die Kosten der Bestattung decken soll. Das Sterbegeld geht bis zur Höhe der Bestattungskosten auf den Sozialversicherungsträger über.

(34) § 559 Abs. 2 RVO bestimmt ausdrücklich: "Ein Verletzter, dessen Erwerbsunfähigkeit die dreizehnte Woche nicht überdauert, erhält für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld aus der Unfallversicherung ..."

(35) Siehe FN (34).

des Verletzten werden dabei nicht berücksichtigt und verbleiben hiernach beim Geschädigten (36).

Ein Übergang der Ansprüche wegen vermehrter Bedürfnisse (§ 843 BGB) kommt immer dann in Betracht, wenn der Versicherungsträger gleichartige Leistungen erbringt. Das kann im Rahmen der Heilungsverfahren durchaus der Fall sein (37). Wenn es aber bei dem Schadenersatzanspruch wegen vermehrter Bedürfnisse an der erforderlichen Gleichartigkeit der dem Verletzten erwachsenen Ansprüche und der ihm vom Versicherungsträger gewährten Rentenleistungen fehlt, findet insoweit kein Übergang der Ansprüche nach § 1542 RVO statt (38).

Bei einem Anspruchsübergang stellt sich die Frage, ob die Ansprüche in voller Höhe übergehen, wenn der Schaden des geschädigten Arbeitnehmers höher ist als die Leistungen der Sozialversicherung. Falls die Sozialversicherungsträger dem Geschädigten weniger Leistungen gewähren, als dieser nach bürgerlichem Recht von dem schädigenden Arbeitnehmer zu beanspruchen hat (39), so bleibt in diesem Fall trotz § 1542 RVO der Geschädigte berechtigt, den Anspruch auf diesen Differenzbetrag selbständig gegen den Schädiger geltend zu machen.

(36) Möller JUS 1961, 11.

(37) Vgl. FN (32); § 558 c, d RVO.

(38) So BGH U.v. 19.11.1955 wie FN (25) = NJW 1956, 219 (220); U.v. 20.5.1958 wie FN (25) = LM § 1542 RVO Nr. 20.

(39) Der Sozialversicherer trägt bei einer Erwerbsminderung den Verdienstausschlag nicht in voller Höhe, sondern nur in einem bestimmten Prozentsatz des Arbeitsverdienstes, der sich nach dem jeweiligen Grad der Erwerbsminderung bestimmt. Nach dem bürgerlichen Recht wird dagegen die Höhe des Verdienstausschlags nicht abstrakt bemessen, sondern konkret in Höhe des wirklich entstandenen Ausfalls.

§ 3 Ausschluß der Schadenshaftung

I. Durch § 899 RVO

Ein Arbeitnehmer, der bei der Herbeiführung eines Arbeitsunfalles (40) eines anderen Arbeitskollegen mit Aufgaben des in § 899 RVO zitierten Personenkreises betraut ist, wird auf Grund der Vorschrift des § 899 RVO dem Arbeitgeber gleichgestellt; das bedeutet, daß Ersatzansprüche gegen ihn in gleicher Weise wie gegen den Arbeitgeber nach § 898 RVO ausgeschlossen sind, es sei denn, daß strafgerichtlich festgestellt worden ist, daß er den Unfall vorsätzlich verursacht hat. Praktisch kommt dies einem Ausschluß von Schadenersatzansprüchen auch gegen diese Personen gleich (41).

Die Ansprüche des verletzten Arbeitnehmers beschränken sich dann auf die Leistungen aus der Sozialversicherung.

(40) Vgl. §§ 542 - 543 RVO. Unter einem Arbeitsunfall i.S. der RVO ist ein plötzliches, durch eine Tätigkeit in längstens einer Arbeitsschicht verursachtes Ereignis zu verstehen, durch das ein Versicherter bei einer der in §§ 537 - 540 RVO genannten Tätigkeiten eine Körperverletzung oder eine Gesundheitsschädigung erleidet; vgl. Lauterbach wie FN(16) Anm. zu § 542 RVO; Podzun, Der Unfallsachbearbeiter S. 13.

(41) Die Haftung des Unternehmers ist nach § 898 RVO um dessen willen beschränkt, weil er die Lasten der Unfallversicherung allein zu tragen hat. Obwohl die genannten Personen keine Beiträge an die BG aufzubringen haben, findet der Haftungsausschluß nach § 899 RVO seine Rechtfertigung darin, daß der Unternehmer mit der Übertragung von Unternehmernaufgaben stets eine gewisse Verantwortlichkeit für die Tätigkeit seiner Beauftragten übernimmt. Diese Verantwortung soll ihm durch die Ausdehnung des Haftungsausschlusses auf seine Beauftragten erleichtert werden. Andererseits sollen diejenigen, die Unternehmernaufgaben mit höherer Verantwortung auf sich nehmen, nicht schlechter gestellt sein als der Unternehmer selbst. Dieser Gedanke ist auch vom sozialen Standpunkt aus gerechtfertigt, da ohne diese Regelung die im modernen Betrieb erforderliche Aufteilung von Unternehmernaufgaben gehemmt wäre; so im Anschluß an die amtliche Gesetzesbegründung RGZ 136, 345 ff. und ihm folgend LG Köln VersR 1957, 621. Vgl. auch Knoll JZ 1959, 137 (138).

Die nach § 899 RVO dem Arbeitgeber gleichgestellten Personen sind namentlich Bevollmächtigte, Repräsentanten, Betriebs- und Arbeiteraufseher. Mehr als Bevollmächtigten und Repräsentanten, die selbständig für den Unternehmer zu handeln befugt sind (42), kommt hier Betriebs- und Arbeiteraufsehern Bedeutung zu, denn als Aufseher kann nur ein **B e t r i e b s a n g e h ö r i g e r** angesehen werden (43). Der betreffende Arbeitnehmer muß aus dem Kreis der übrigen Betriebsangehörigen dadurch herausgenommen sein, daß er für das ordnungsgemäße Zusammenarbeiten mehrerer Betriebsangehöriger oder für das reibungslose Ineinandergreifen von Betriebseinrichtungen, also für das richtige Zusammenspiel persönlicher oder technischer Kräfte zu sorgen hat und dafür verantwortlich ist (44).

Eine Aufsichtstätigkeit liegt danach nur dann vor, wenn dem Arbeitnehmer ein Teil der Unternehmeraufgaben, nämlich die Leitung, Lenkung und Beaufsichtigung des Betriebes als **o r g a n i s a - t o r i s c h e E i n h e i t**, übertragen ist, mit anderen Worten, wenn er nicht nur ein einziges Betriebsmittel, sondern einen organisatorischen Teil des Betriebes zu betreuen hat (45). Typische Betriebs- und Arbeiteraufseher sind Werkmeister und Vorarbeiter sowie ihnen ähnliche Arbeitnehmer (46). Dem von einem

(42) Die Begriffe "Bevollmächtigter" und "Repräsentant" gehen ineinander über und lassen sich nicht scharf voneinander abgrenzen. Im allgemeinen wird man davon ausgehen müssen, daß der Repräsentant umfassendere Befugnisse hat als der Bevollmächtigte. So ist der Generalvertreter Repräsentant des Unternehmers. Vgl. Gunkel, Die Unternehmerhaftung S. 16; LG Landau U.v. 20.11.1952, VersR 1953, 168.

(43) Vgl. RGZ 167, 385; RGZ 170, 159 (161) und Lauterbach wie FN (16) Anm. 9 zu § 899 RVO.

(44) RG wie FN (43); BGH U.v. 23.11.1955 BB 1956, 80 (81).

(45) Hierbei ist nicht erforderlich, daß ihm eine andere Person dienstlich unterstellt ist; vgl. RAG 20, 196; BGH BG 1958, 509. Die rein mechanische Betätigung einer Maschine oder die Bedienung einer technischen Anlage genügt aber nicht; diese Tätigkeit mag zwar wichtig und verantwortlich sein und vielleicht sogar dazu dienen, ein wichtiges Betriebsmittel in Gang zu halten, sie hat aber mit dem Betrieb oder einem Teil davon als organisatorische Einheit nichts zu tun; vgl. RG wie FN (43); Gunkel wie FN (42).

(46) Vgl. RG wie FN (43); ein Einfahrtmeister ist dann nicht Aufseher, soweit er selbst Wagen einfährt; RG DR 1943, 648.

Unternehmer angestellten Kraftfahrer kann die Eigenschaft als Aufseher nicht zugesprochen werden, denn seine Aufgabe besteht lediglich darin, das Kraftfahrzeug zu pflegen, zu bedienen und Personen und Sachen zu befördern. Damit wird er aber nicht zur Aufsichtsperson (47). Nur dann, wenn etwa ein Arbeitnehmer den Auftrag erhält, nach einer Betriebsveranstaltung einen Kraftwagen mit Betriebsangehörigen nach Hause zu fahren und hierbei die Einteilung der Fahrt und das Verhalten der einzelnen Betriebsangehörigen zu überwachen und für eine reibungslose Beendigung der Veranstaltung Sorge zu tragen hat, übernimmt er damit eine Aufgabe, die ihn als Betriebsaufseher kennzeichnet (48). Daher wird ihm der Schutz des § 899 RVO zugebilligt.

Im einzelnen sind bereits Lokomotivführer, die in ungleich höherem Maße auf das Ineinandergreifen und Zusammenspiel technischer Betriebsvorgänge zu achten haben (49), Straßenbahnführer mit ähnlicher Verantwortung (50), Prüfer von Kraftfahrzeugen und Führern und Personen, die einen Fahrzeugpark zu unterhalten haben (51), als Betriebsaufseher angesehen worden.

(47) RGZ 170, 159 (162); OLG Naumburg U.v. 14.2.1939, JW 1939 S. 253; OLG Stuttgart U.v. 14.7.1953, VersR 1953, 324; KG 8.3.1954, VRS 6, 343; BGH wie FN (44); BAG wie FN (31): "Kraftwagenführer, die nur Kraftfahrzeuglenker sind, fallen jedoch nicht unter diesen Personenkreis." Vgl. auch Elleser Soz.Vers. 1956 S. 86. Ein Kraftfahrer ist auch dann nicht Aufseher, wenn ihm die Aufsicht über das Maß der Belastung eines Lastkraftwagens obliegt und ihm ein Beifahrer zugeordnet ist; vgl. RG U.v. 25.8.1942, DR 1942, 1710; Knoll wie FN (41), 139; Gunkel wie FN (42); aber auch LG Bayreuth U.v. 15.4.1954, VersR 1954, 514.

(48) So BGH wie FN (44). Ein im wesentlichen gleichberechtigter Mitarbeiter ohne sachliche Weisungsbefugnis gegenüber anderen Arbeitnehmern ist nicht schon deshalb Betriebsaufseher, weil bei ihm eine gewisse örtliche Leitung liegt und er auch für den Bürobedarf zu sorgen hat; BGH U.v. 14.1.1958, AP Nr. 17 zu §§ 898, 899 RVO mit Anm. von G. Hueck.

(49) RAG U.v. 9.11.1938, RAG 20, 196; LAG Stuttgart U.v. 26.1.1957, BB 1957, 584; BGH U.v. 18.10.1957, VRS 14, 168.

(50) OLG Stuttgart U.v. 19.1.1956, VersR 1957 S. 467.

(51) RG U.v. 16.12.1939, DR 1940, 400.

Zu beachten ist dabei aber stets, daß der Haftungsausschluß des § 899 RVO nur dann zu Gunsten des Arbeitnehmers wirkt, wenn er bei der Herbeiführung des Unfalles eine Tätigkeit ausgeübt hat, die die charakteristischen Wesensmerkmale einer leitenden Betriebstätigkeit aufzeigt (52).

II. Durch Art. 8 des Finanzvertrages vom 26.5.1952

Die in Deutschland stationierten alliierten Streitkräfte beschäftigen zahlreiche zivile Dienstgruppen. Die Arbeitnehmer dieser Gruppen unterliegen teilweise einem Sonderrecht, was insbesondere an der Schadenshaftung deutlich wird.

Die Geltendmachung von Schäden aus Handlungen oder Unterlassungen der Streitkräfte selbst richtet sich nach Art. 8 des sogenannten Finanzvertrages vom 26.5.1952 (53). Danach sind Ansprüche wegen Verlusten oder Schäden (54), die nach Inkrafttreten des Vertrages im Bundesgebiet infolge von Handlungen und Unterlassungen der Streitkräfte entstehen, gemäß den Vorschriften dieses Art. 8 zu behandeln und können damit nur gemäß diesen Vorschriften geltend gemacht werden (Art. 8 Abs. 1 Finanzvertrag). Als Handlungen und Unterlassungen der Streitkräfte sind auch Handlungen und Unterlassungen von Bediensteten der Streitkräfte oder von Personen, die bei den Streitkräften gemäß Art. 44 oder 45 des Truppenvertrages beschäftigt sind, "bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen" anzusehen (Art. 8 Abs. 2(a) Finanzvertrag). Derartige Ansprüche sind nach Art. 8 Abs. 7 bei der zuständigen deutschen Behörde geltend zu machen. Nimmt der Anspruchsberech-

(52) Vgl. KG wie FN (44); LG Bamberg, VersR 1957 S. 349; BGH U.v. 27.6.1956, VersR 1956, 589; Wussow wie FN (4) TZ 1194; Möhring VersR 1956, 333 und 608; Assanger Soz.Vers. 1956, 243.

(53) Abgedruckt in Nipperdey Arbeitsrecht, Textsammlung Nr. 3. Truppenvertrag § 44 FN (1) = BGBI 1955 II S. 381.

(54) Hierbei sind die Vorschriften des Art. 9 des Finanzvertrages zu beachten.

tigte den angebotenen Entschädigungsbetrag nicht an oder ist er mit der Abweisung seines Anspruches nicht einverstanden, so kann er gegen die Bundesrepublik Klage erheben (Art. 8 Abs. 10 des Finanzvertrages).

Hat ein Arbeitnehmer einer bei den Stationierungsmächten beschäftigten Dienstgruppe einem anderen Arbeitnehmer unter den angegebenen Voraussetzungen einen Schaden zugefügt, so ist hierfür die Bundesrepublik zum Schadenersatz verpflichtet. Der schädigende Arbeitnehmer kann nicht in Anspruch genommen werden. In der Entscheidung vom 24.1.1958 hat sich der Erste Senat des BAG mit einem Fall beschäftigt, in dem die Unfallbeteiligten als Dienstangehörige in einer Transporteinheit der britischen Stationierungsmacht tätig waren (nach Art. 44 Truppenvertrag)(55). Der Beklagte hatte den Unfall des Klägers "in Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen" schuldhaft verursacht.

Das BAG geht richtig davon aus, daß der Kläger entweder die Bundesrepublik oder aber seinen Arbeitskollegen, der den Unfall verschuldet hat, auf Ersatz des Schadens in Anspruch nehmen muß. Wenn es sich aber - wie im vorliegenden Fall - um eine Handlung eines Bediensteten der Streitkräfte handelt, der dabei in Erfüllung seiner dienstlichen Verpflichtungen gehandelt hat, so ist ein Anspruch **n u r** gegen die Bundesrepublik gegeben, nicht aber auch gegen den Schädiger persönlich. Die Bundesrepublik hat dabei für jeden Grad von Verschulden des unfallbeteiligten Angehörigen der Dienstgruppe einzustehen (56).

(55) BAG ArbuR 1959, 30 mit Anm. von Neumann-Duesberg. Dieser Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Kläger arbeitete an der hinteren Tür eines zu dieser Einheit gehörenden Sanitätskraftwagens, als der Beklagte einen anderen Kraftwagen der gleichen Einheit rückwärts fuhr. Dabei stieß der Beklagte mit dem von ihm geführten Fahrzeug gegen die Tür des Kraftwagens, an dem der Kläger arbeitete. Die Tür schlug zurück und verletzte den Kläger schwer. Wegen der Folgen dieses Unfalles nimmt der Kläger den Beklagten in Anspruch.

(56) Die Rechtslage hat das BAG zutreffend mit der Staatshaftung aus Art. 34 GG verglichen. Die Lage sei insoweit keine andere als sie es wäre, wenn im Gebiet der Bundesrepublik

Handelt es sich hingegen um eine Handlung, die außerhalb der Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen für die Streitkräfte steht, so hat der Geschädigte die normalen Rechtsbehelfe gegen den Schädiger, wie sich aus Art. 8 Abs. 16 des Finanzvertrages ergibt.

jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt. In einem solchen Fall treffe die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst der Schädiger stehe. Der Ausübung öffentlicher Gewalt in Art. 34 GG entspreche in Art. 8 Finanzvertrag "die Erfüllung dienstlicher Verpflichtungen". Vgl. auch Anm. von Neumann-Duesberg wie FN (55).

2. K a p i t e l

DIE HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG DER ARBEITNEHMER
UNTEREINANDER BEI SCHADENSGENEIGTER ARBEIT

1. Teil

ENTWICKLUNG UND VORAUSSETZUNGEN DER HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG

§ 1 Überblick und geschichtliche Entwicklung

I. Die Problematik der Haftungsbeschränkung

Die Regelung des Bürgerlichen Rechts, nach der ein Schuldner bei Erfüllung seiner Verpflichtungen Vorsatz und Fahrlässigkeit zu vertreten hat (§ 276 BGB), gilt grundsätzlich auch im Recht des Arbeitsverhältnisses (1). Beruhen die bei schlechter Arbeitsleistung verursachten Schäden auf einem Verschulden des Arbeitnehmers, so ist dieser dem Arbeitgeber gegenüber aus positiver Vertragsverletzung zum Schadenersatz verpflichtet (§§ 611, 276, 249 BGB)(2). Daneben gilt die Bestimmung, daß

(1) Das zwischen dem ArbN und ArbG bestehende Vertragsverhältnis qualifiziert sich rechtlich als ein Arbeitsvertrag. Dieser ist jedoch im BGB als Vertragstyp nicht ausdrücklich geregelt. Das Gesetz befaßt sich in den §§ 611 ff. BGB lediglich mit dem Dienstvertrag. Obwohl verschiedentlich die Auffassung vertreten worden ist, daß die Bestimmungen des BGB in Bezug auf die personenrechtliche Eigenart sowie die das Arbeitsverhältnis in starkem Maße beherrschende kollektive Tendenz überhaupt nicht oder zumindest nicht unmittelbar auf das Arbeitsverhältnis angewandt werden könnten, ist seit jeher jedoch die Meinung vorherrschend, die Pflicht zur Gesetzestreue verlange die unmittelbare Anwendung des BGB über den Dienstvertrag, jedenfalls solange, als es noch nicht Sondervorschriften über den Arbeitsvertrag gebe. Vgl. Hueck-Nipperdey I S. 32 u. 205; Hueck Anm. zu LAG Stuttgart AP § 611 BGB Nr. 2; Dietz, ArbGeb 1951, 66; Galperin, AR-Blattei, Haftung des ArbN's III.; Ruppert, Die Haftung des ArbN's bei schadensgeneigter Arbeit S.18; LAG Düsseldorf DB 1953, 996; LAG Frankfurt DB 1956, 355; BGH U.v. 10.1.1955 AP § 611 Nr. 1 Haftung des ArbN's. Vgl. aber auch LAG Stuttgart wie vor; Denecke, BGB - GRKR § 611 Vorbem. I, III, 2; Thiele, ArbUr 1957, 289.

(2) Hueck-Nipperdey I S. 208 (209); Staudinger-Nipperdey § 611 Anm. 147; Galperin wie FN (1).

der Arbeitnehmer, der einem anderen Arbeitnehmer an den in § 823 Abs. 1 BGB (Deliktshaftung) bezeichneten Rechtsgütern oder Rechten schuldhaft Schaden zufügt, diesem den Schaden zu ersetzen hat (§§ 823, 847 BGB).

Das Schadenersatzrecht des BGB, das auch für das Arbeitsrecht maßgebend ist, steht unter dem Grundsatz der "Ganz- oder Gar-nicht"-Haftung (3). Im Falle einer Haftung muß der Arbeitnehmer deshalb stets den gesamten Schaden ersetzen, wobei es auf den Grad seines Verschuldens, also Vorsatz oder Fahrlässigkeit, grobe oder leichte Fahrlässigkeit, ebensowenig ankommt wie auf die sozialen Verhältnisse der Beteiligten (4).

Seit der Schaffung des BGB haben sich jedoch auf dem Gebiete des Arbeits- und Wirtschaftslebens die tatsächlichen Verhältnisse wesentlich geändert. Die stets weiter technisierten Arbeitsvorgänge stellen ständig wachsende Anforderungen, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes immer komplizierterer und teurerer Maschinen und Arbeitsgeräte und verlangen dabei eine große Sorgfalt zur Verhütung eines möglichen Schadens (5). Der heutige sehr anstrengende und beschleunigte Ablauf der Arbeitsweise bringt die Wahrscheinlichkeit eines menschlichen Versagens mit sich mit der Folge, daß dadurch auch große Schäden eintreten können (6). Der Arbeitnehmer ist aber nicht imstande, diese drohende Schadensgefahr durch die eigene Wahl seines Arbeitsplatzes zu vermeiden oder die ihm aufgetragene Arbeit zu verweigern, allein deshalb, weil bei ihrer Ausführung die besondere Gefahr eines Schadenseintrittes besteht (7). Hätte der Arbeitnehmer nach den strengen Grundsätzen des BGB zu haf-ten, so hätte er bei jedem Verschulden, selbst bei leichtester

(3) Vgl. Bulla DAR 1942, 19 ff.; Herschel JW 1939, 454; Ruppert wie FN (1) S. 19.

(4) Von diesem Grundsatz gibt es nur wenige Ausnahmen wie §§ 254, 829 BGB.

(5) Bobrowski-Gaul, G. III, 2; Gumpert BB 1958, 740 (741).

(6) Vgl. RAG ARS 41, 55; Nikisch I S. 304; Frey BB 1960, 411.

(7) Galperin wie FN (1); Bulla, AR-Blattei, Haftung des ArbN's, Entsch. 2 Anm. 4a; LAG Hamburg U.v. 26.4.1947, AR-Blattei wie vor, Entsch. 1.

Fahrlässigkeit allein für derartige Schäden aufzukommen. Dies könnte im Ergebnis zu einer starken und lang andauernden Verschuldung des Arbeitnehmers führen, die sehr unbillig erscheint in Anbetracht der niedrigen Einkünfte des Arbeitnehmers und seiner Tätigkeit, die in besonderem Maße der Gefahr ausgesetzt ist, auch unverhältnismäßig hohe Schäden schon bei einer geringen und schwer vermeidbaren Unachtsamkeit herbeizuführen (8).

Diesen Interessenkonflikt hat der BGB-Gesetzgeber nicht erkannt, konnte ihn wohl auch im Zeitpunkt des Gesetzeserlasses nicht erkennen. Solange keine neue gesetzliche Regelung vorliegt, muß ihn heute die Rechtsprechung lösen. Sie hat dabei einerseits die durch die Rechtsordnung vorgegebenen positiven Grenzen zu beachten, andererseits aber demjenigen, der einer besonderen Gefahr ohne entsprechende Abwehrmöglichkeit ausgesetzt ist, einen Schutz angedeihen zu lassen, der die Haftung auf ein Maß abschwächt, das die Schadensgeneigntheit der dem Arbeitnehmer übertragenen Arbeit genügend in Rechnung stellt (9).

Früher als beim RAG hat sich in der Rechtsprechung der LAG (10) eine Linie abgezeichnet, die eine Haftung des Arbeitnehmers

-
- (8) Die bedingungslose Vollhaftung des ArbN's nach den Regeln des BGB hat seit längerer Zeit Widerspruch ausgelöst. Vgl. Bulla wie FN (3); Volkmar Anm. zu RAG, ARS 34, 357; Dersch RdA 1951, 80. Hueck (ARS 43, 116) bezeichnet es mit Recht als ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, in Fällen "besonders gefährlicher Arbeit" trotz Bejahung der Rechtswidrigkeit und des Verschuldens die Haftung des ArbN's angemessen zu begrenzen.
- (9) Ruppert wie FN (1) S. 21.
- (10) So das LAG Stuttgart bereits in seinem Urteil vom 11.9.1928 Jahrb. ArbR Bd. 9, 1928, 67: "Der ArbN haftet grundsätzlich dem ArbG ... für jede schuldhafte Beschädigung von Arbeitsgeräten oder sonstigen Gegenständen des Betriebes, sofern sich nicht etwa aus der "Natur des Arbeitsverhältnisses" Besonderheiten ergeben, die nach Treu und Glauben sowohl hinsichtlich der Sorgfaltspflicht des ArbN's als auch hinsichtlich des Umfanges seiner Haftpflicht die Anlegung eines im Verhältnis zu seiner Haftung gegenüber der Allgemeinheit oder Dritten abweichenden Maßstabes rechtfertigen, wie dies bei dem Dienstverhältnis eines Kraftfahrzeugführers der Fall ist." Ähnlich auch LAG Plauen U.v. 4.11.1936 ARS 29, 62.

für schuldhaft herbeigeführte Schäden beschränkt, wenn eine akute Haftungsgefahr für den Schädiger wegen der ihm übertragenen Arbeit besteht. Obwohl das RAG sich mit dem Problem erst spät auseinandergesetzt hat, begann sich aber mit dem Urteil vom 12.6.1937 (11) die Rechtsüberzeugung über die notwendige Beschränkung einer Haftung des Arbeitnehmers durchzusetzen. Erst das Urteil vom 18.12.1940 (12) kann aber als grundlegend und richtungweisend für die zukünftige Behandlung des Haftungsproblems angesprochen werden. Nunmehr verläßt das RAG seine bisherige einseitige kasuistische Ausrichtung allein auf die Behandlung der Schadensfälle, die sich beim Führen von Kraftfahrzeugen ereignet haben (13), und erkennt das Problem der "sogenannten schadensgeneigten Arbeiten" in seinem vollen Umfange. Das RAG beschränkt darin die Haftung des Arbeitnehmers, wenn "die Eigenart der zu leistenden Dienste es mit sich bringt, daß auch einem gewissenhaften Arbeitnehmer Fehlgriffe unterlaufen, die zwar für sich allein jedesmal vermeidbar sind, mit denen aber angesichts der menschlichen Unzulänglichkeit als mit einem typischen Abirren der Dienstleistung erfahrungsgemäß zu rechnen ist."

Man kommt durch eine rechtsschöpferische Entwicklung des starren Schadenersatzrechts des BGB an die besonderen Gegebenheiten des Arbeitslebens und ihre Problematik zu einer neuen Rechtsfigur, aus der sich auch für die erörterten neuartigen Erscheinungen des Rechtslebens eine gesicherte Entscheidungsgrundlage ableiten läßt. Diesen Weg hat seinerzeit das RAG beschritten und daraus die Lehre von der begrenzten Schadenersatzpflicht des Arbeitnehmers bei schadensgeneigter Arbeit und leichtem Versehen entwickelt (14). Der BGH (15) und das BAG (16) haben sich die-

(11) ARS 30, 4.

(12) ARS 41, 55.

(13) RAG U.v. 8.11.1938, ARS 34, 357; U.v. 23.11.1939, ARS 37,269.

(14) Vgl. dazu ARS 41, 55 und 259; 43, 100; 46, 136.

(15) BGH wie FN (1) AP Nr.1 § 611 Haftung des ArbN's = BB 1955 S. 163; U.v.14.5.1957, BB 1957,786; U.v.1.4.1958, BB 1958,629.

(16) BAG, GS, Beschluß vom 29.9.1957, AP Nr. 4 §§ 898, 899 RVO; BAG U.v. 14.2.1958, BB 1958, 520.

ser Lehre angeschlossen. Daraus hat sich ein ganzes System von Freistellungsansprüchen in Fällen entwickelt, die dem Sachverhalt nach sehr unterschiedlich gelagert sind.

II. Ausdehnung der Haftungsbeschränkung

Die Lehre von der beschränkten Haftung des Arbeitnehmers bei schadensgeneigter Arbeit wurde ursprünglich in den Fällen entwickelt, in denen der Arbeitnehmer bei Erfüllung seiner Dienstpflicht dem **A r b e i t g e b e r** fahrlässig einen Schaden zugefügt (17). Hierbei kommt besondere Bedeutung zwei Fällen zu:

- a) Der Arbeitnehmer verletzt bei Ausführung der ihm übertragenen Arbeit das Eigentum (z.B. durch Beschädigung einer von ihm bedienten Maschine, von Arbeitsgeräten oder sonstigen Gegenständen des Betriebes), den Körper oder das Leben seines Arbeitgebers.
- b) Der Arbeitnehmer verletzt das Eigentum, den Körper, die Gesundheit oder das Leben eines Dritten (typischer Fall: Verursachung eines Verkehrsunfalles), wobei der Arbeitgeber für den durch den Arbeitnehmer verursachten Schaden gemäß § 278 BGB (Erfüllungshilfe) oder nach § 16 StVG, § 831 BGB (Verrichtungshilfe) oder wegen der durch ihn herbeigeführten Betriebsgefahr (z.B. § 7 StVG) einstehen muß.

Im ersten Falle haftet der Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber gegenüber aus Vertrag (§§ 611, 276, 249 BGB) und aus unerlaubter Handlung (§ 823 BGB). Im zweiten Falle versucht der Arbeitgeber ihn wiederum wegen positiver Vertragsverletzung bzw. bei unerlaubter

(17) RAG, RAS 30, 4; 41, 259; BGH wie FN (1); ArbG Marburg U.v. 13.7.1954, BB 1955 S. 164; LAG Bremen U.v. 22.6.1949, RdA 1951, 77 mit Anm. von Dersch; LAG Hamm U.v. 27.6.1950, NJW 1951, 124; U.v. 10.6.1954, BB 1955, 477; LAG Stuttgart vom 17.9.1954, BB 1954, 1029; LAG Frankfurt a.M. vom 17.9.1952, BB 1952, 853; LAG Hamburg U.v. 26.4.1947, AR-Blattei, Haftung des ArbN's Ent. 1 mit Anm. von Bulla; LAG Düsseldorf U.v. 5.1.1956, BB 1956, 817.

Handlung nach § 840 Abs. 2 BGB *r e g r e ß p f l i c h t i g* zu machen. Die arbeitsrechtliche Rechtsprechung hat in diesen Fällen mehrfach ausgesprochen (18), daß der Arbeitgeber vom Arbeitnehmer bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen keinen (19) oder jedenfalls keinen vollen Ersatz verlangen kann (20).

Das Problem der Arbeitnehmerhaftung beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Schäden, die der Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar seinem Arbeitgeber zugefügt hat, sondern erstreckt sich auch auf die Fälle, in denen der Arbeitnehmer bei einer schadensge-
neigten Tätigkeit einen *D r i t t e n* leichtfahrlässig geschädigt hat und diesem gegenüber nach § 823 BGB bzw. § 18 StVG ersatzpflichtig geworden ist. Auch hier hat bereits das RAG entschieden, es dürfe keinen Unterschied machen, ob der Arbeitnehmer als Beklagter einem Regreßanspruch seines Dienstherrn gegenüberstehe oder als Kläger Befreiung von Ersatzansprüchen des Geschädigten verlange. In beiden Fällen müsse die Entscheidung gleichermaßen zu einem angemessenen Schadensausgleich kommen (21). Danach gewährt die Rechtsprechung dem Arbeitnehmer einen Anspruch gegen den Arbeitgeber auf gänzliche oder je nach den Umständen anteil-

(18) Vgl. FN (17)

(19) Bei leichter Fahrlässigkeit wollen die Haftung ganz ausschließen: LAG Hamburg wie FN (17); LAG Frankfurt U.v. 17.9.1952, 858.

(20) Bei der Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe der ArbN an der Wiedergutmachung des Schadens zu beteiligen ist, richtet sich nach folgenden Grundsätzen: Grad seines Verschuldens, Größe der in seiner Arbeit liegenden Gefahr, das vom ArbG einkalkulierte oder durch Versicherung abdeckbare Risiko, die Höhe des Lohnes, in der möglicherweise eine Risikoprämie enthalten ist, Stellung des ArbN's im Betriebe, schließlich auch die persönlichen Umstände des ArbN's wie sein Lebensalter, Dauer seiner Betriebszugehörigkeit und sein Verhalten. Vgl. ARS 41, 55; 46, 136; BGH wie FN (11); BAG, GS wie FN (16); Hueck-Nipperdey I S. 214; Nikisch I S. 304; Gaul DB 1962, 202 (203).

N i c h t berücksichtigt werden sollen hingegen die mit dem Arbeitsverhältnis nicht zusammenhängenden allgemeinen wirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten des ArbN's, vgl. aber hierzu RAG, ARS 41, 259; Herschel DR 1941, 1374.

(21) ARS 41, 55; 43, 108.

mäßige Freistellung von seiner Ersatzpflicht, die er gegenüber dem geschädigten Dritten hat, sowie Ersatz dessen, was er dem Dritten schon geleistet hat (22).

In der Entscheidung des BAG vom 25.9.1957 (23) wurde die Lehre von der Beschränkung der Haftung des Arbeitnehmers erstmals auch auf die Fälle ausgedehnt, in denen es sich beim Geschädigten um einen Arbeitnehmer desselben Betriebes handelt. Die bis dahin entschiedenen Fälle hatten sämtlich die Haftung des Arbeitnehmers gegenüber außerhalb des gemeinsamen Betriebes stehende Dritte, aber nicht gegenüber Betriebsangehörigen zum Gegenstand.

Der Entscheidung des BAG lag folgender Sachverhalt zugrunde: Mehrere Angestellte einer Dienststelle, einer davon als Führer eines Kraftwagens, sollten für ihren Arbeitgeber eine Maschine abholen. Unterwegs verunglückte der Wagen auf der vereisten Straße durch leichtes Verschulden des Fahrers. Bei diesem als Arbeitsunfall im Sinne der RVO anerkannten Unfall wurde einer der mitfahrenden Kollegen so schwer verletzt, daß er nicht mehr in seinem ursprünglichen Beruf als Drucker, sondern nur noch als Pförtner tätig sein konnte. Der Verletzte, der ein Arbeitnehmer desselben Betriebes war, erhielt die Leistungen aus der Sozialversicherung. Nunmehr klagte er auf Feststellung, daß der schädigende Arbeitnehmer ihm allen Schaden, einschließlich Schmerzensgeld zu ersetzen habe (§§ 823, 847 BGB). In einer zweiten Klage hat der Sozialversicherungsträger gemäß § 1542 RVO Erstattung seiner für den Geschädigten erbrachten Leistungen von dem Schädiger verlangt. Der Schädiger verkündete zunächst seiner Dienststelle den Streit und klagte später auf Feststellung, daß sie als Arbeitgeber verpflichtet sei, ihn von den gegen ihn erhobenen Ansprüchen freizustellen.

Der GS des BAG ist dabei zum Ergebnis gekommen, daß hier auch

(22) Hueck-Nipperdey I S. 213; Nikisch I S. 306; Gumpert wie FN (5); derselbe BB 1955 S. 480; Dersch BB 1956 S. 501.

(23) BAG GS wie FN (16) = BB 1958, 80 ff. = BAGE 5, 1 = JZ 1958, 254 ff. = DB 1958, 25 ff. = AR-Blattei, Haftung des ArbN's Entsch. 8 = VersR 1958, 54 ff. = NJW 1958, 235 ff.

die Haftung des Arbeitnehmers gegenüber seinem Arbeitskollegen nach den Grundsätzen über die begrenzte Haftung des Arbeitnehmers entschieden werden müsse, weil es sich bei der dem schädigenden Arbeitnehmer übertragenen Arbeit um eine schadensgeneigte Tätigkeit handle und ihm nur ein geringerer Schuldvorwurf zu machen sei (23a).

§ 2 Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung

Da eine Beschränkung der Haftung der Arbeitnehmer untereinander nur in Fällen schadensgeneigter Arbeit und leichter Fahrlässigkeit eintreten soll, ist zunächst an Hand der Rechtsprechung der Bereich der als schadensgeneigt bezeichneten Tätigkeiten aufzuzeigen. Im Anschluß daran soll der maßgebliche Verschuldungsgrad erörtert werden.

I. Die sogenannte schadensgeneigte Arbeit

Die Abgrenzung der sogenannten schadensgeneigten Arbeit von einer nicht schadensgeneigten Tätigkeit ist von zwei Seiten her notwendig: Einmal muß festgestellt werden, wann eine Tätigkeit nach ihren äußeren Merkmalen als schadensgeneigt bezeichnet wer-

(23a) Eine Weiterentwicklung dieser Lehre (- also über den hier vom GS des BAG entschiedenen Fall hinaus -) zeigt sich in der Entscheidung des BAG (U.v. 28.5.1960, DB 1960 S. 1043), in der es sich um einen E i g e n - s c h a d e n des Arbeitnehmers handelt, der ihm infolge der fehlerhaften Verrichtung schadensgeneigter Arbeit entstanden ist. Danach kann der Arbeitnehmer sich auf die Freistellungspflicht des Arbeitgebers berufen, und zwar insoweit, als er nicht hätte zu haften brauchen, wenn er den Schaden dem Arbeitgeber zugefügt hätte. Die jüngste Entscheidung des GS des BAG vom 10.11.1961 (DB 1962, 169) bestätigt diese Entscheidung des Zweiten Senats des BAG.

den kann, zum anderen ist eine Entscheidung darüber nötig, ob es auf die generelle Schadensneigung einer nach bestimmten Merkmalen festlegbaren Tätigkeit oder auf die konkreten Umstände des Einzelfalles ankommt.

1. Begriff und Wesen der schadensgeneigten Arbeit

Die heute allgemein als "schadensgeneigt" bezeichnete Arbeit erklärt sich aus der Eigenart der zu leistenden Dienste (24).

Es ist sehr schwierig, den Begriff der schadensgeneigten Arbeit generell zu ermitteln und zu formulieren. Für die Praxis war immer entscheidend, ob in der Natur der Übertragenen Arbeit eine besondere Schadensanfälligkeit lag. Ansatzpunkt in Rechtsprechung und Literatur bildete der Fall des Kraftfahrers (25), der angesichts der ständig zunehmenden Verkehrsdichte einer dauernden Schadensgefahr ausgesetzt ist. Von der Rechtsprechung und Rechtslehre wurden weiterhin als besonders schadensgeneigt anerkannt: die Tätigkeiten eines Maschinenwärters (26), eines Straßenbahnführers (27), eines Hauswarts (28), eines Kranführers (29), eines Kraftfahrzeugschlossers (30), eines Maschinenarbeiters (31),

(24) Im Anschluß an Bulla in DAR 1942, 19 spricht man heute meistens von "gefahren- oder schadensgeneigter" Arbeit. Daneben werden auch andere Bezeichnungen verwendet: Vgl. Dersch RdA 1951, 78; BB 1956, 501; BGH wie FN (1); U.v. 13.6.1961, BB 1961, 892; v. Witzleben, Kölner Diss. 1956 "gefahrbehaftet"; Denecke RdA 1952, 211 "gefahrtragend"; Frey BB 1960, 412 "gefahrbelastet". Der GS des BAG gebraucht in seinem Beschluß wie FN (23) die Begriffe "gefahr- oder schadensgeneigte" Arbeit. Hier soll allein der Ausdruck "schadensgeneigte Arbeit" gebraucht werden.

(25) LAG Stuttgart und Plauen wie FN (10); ARS 30, 4; 41, 55; BGH wie FN (1); BAG wie FN (23).

(26) ARS 41, 259.

(27) LAG Breslau ARS 42, 97.

(28) ARS 46, 136.

(29) LAG Düsseldorf BB 1956, 817; BGH DB 1961, 998.

(30) LAG Bremen AP 1953 Nr. 44.

(31) LAG Hamm AP 1951 Nr. 75.

eines Filialleiters, Kassen- oder Lagerverwalters (32) und eines Lokomotivführers (33).

Rechtsprechung und Literatur gehen hierbei davon aus, daß eine Gefährlichkeit der Arbeit im üblichen Sinne, d.h. ein besonders hoher Grad der Schadensneigung nicht erforderlich sei (34). Der BGH (35) hat bereits unter Hinweis auf die Entscheidung des RAG (36) erklärt, daß die Gefahr der Schadensneigung nicht "hoch" zu sein brauche. Er führt dabei aus, daß "die Tätigkeit eines Hausverwalters mit der Verpflichtung zum Streuen bei Eis- und Schneeglätte als schadensgeneigt anzusehen sei, obgleich eine solche Tätigkeit bei weitem nicht die Gefahr aufweise wie ... das Führen von Kraftfahrzeugen". Die Meinung, daß die einer bestimmten Arbeit immanente Gefahr "übernormal" groß sein müsse (37), ist wohl zu eng und in Anbetracht der allgemeinen Bedrohungen des heutigen Maschinenzeitalters abzulehnen (38).

Für das Begriffsmerkmal "schadensgeneigt" genügt auch nicht die bloße Möglichkeit eines hohen Schadens bei an sich normaler Tätigkeit (39). Die Meinung der LAG Stuttgart (40) und Hamburg (41), daß die Haftungsbeschränkung immer dann Platz greife, wenn der Arbeitnehmer bei seiner Tätigkeit der Gefahr eines sehr erheblichen Schadens ausgesetzt sei, ist unhaltbar, da dies eine Folge unglücklicher Zufälle sein kann (42). Der GS des BAG hat

(32) LAG Hamburg wie FN (19); LAG Bremen AP Nr. 3 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's mit Anm. von Larenz.

(33) BGH AP Nr. 25 zu §§ 898, 899 RVO.

(34) Vgl. Galperin wie FN (1) F-Blatt 4; Frey ArbuR 1953, 7 (8); LAG Hamm wie FN (31).

(35) BGH wie FN (1).

(36) ARS wie FN (28) mit Anm. von Hueck.

(37) Bobrowski-Gaul, G III 21; Gaul DB 1962, 167; Meinert DB 1959, 1329.

(38) Frey ArbuR 1959, 180; derselbe BB 1960, 411.

(39) Ruppert wie FN (1) S. 23; Frey wie FN (34).

(40) LAG Stuttgart AR-Blattei Haftung des ArbN's E 3/4.

(41) LAG Hamburg BB 1959, 321.

(42) Dadurch würde in zahlreichen Fällen schadensgeneigter Ar-

es daher mit Recht allein auf die Schadenshäufigkeit abgestellt, ohne den Umfang des drohenden Schadens zu berücksichtigen (43).

Für die besondere Schadensneigung kommt es darauf an, ob der dem Arbeitnehmer übertragenen Arbeit die Neigung zu einem Mißlingen anhaftet (44). Diese sich aus der Eigenart der Arbeit ergebende Mißlingungsgefahr kann von v e r s c h i e d e n e n U r s a c h e n abhängen (45) wie psychisch bedingter Schadensneigung bei der Führung von Kraftfahrzeugen, einer besonderen nervlichen Belastung, der Gefahr einer übermäßigen Ermüdung (46) bei an sich leichten und ungefährlichen, aber doch sehr eintönig und mechanisch ablaufenden Akkordarbeiten (47), der Art des zu verwendenden Materials (z.B. Tellerwaschen) oder dem technischen Arbeitsvorgang (z.B. bei der Bedienung einer komplizierten Maschine, gesteigertes Arbeitstempo)(48).

Sie kann sich aber auch erst aus von außen hinzutretenden Umständen ergeben wie der Beschäftigung eines Arbeitnehmers an einer Maschine eines anderen Systems u.ä.

Die kurze Aufzählung einzelner schadensgeneigter Tätigkeiten ergibt die Richtigkeit der Definition des RAG (49), der sich auch das BAG (50) angeschlossen hat, wonach es die Eigenart der vom Arbeitnehmer zu leistenden Dienste mit sich bringt, daß auch dem sorgfältigen Arbeitnehmer gelegentlich Fehler unterlaufen, die zwar für sich allein betrachtet jedesmal vermeidbar sind,

beit das Prinzip der Haftungsbeschränkung in Frage gestellt. Vgl. auch Bulla Anm. zur Entsch. des LAG Stuttgart wie FN (40).

(43) Galperin wie FN (1) F-Blatt 4; Frey wie FN (39); Ruppert wie FN (1) S. 23.

(44) BAG wie FN (26) Bl 823/hinten.

(45) Vgl. Frey BB 1960, 411 (412).

(46) Vgl. hierzu besonders Galperin wie FN (1) F-Blatt 4/hinten; Gaul wie FN (37).

(47) LAG Frankfurt BB 1956, 355.

(48) LAG Hamm wie FN (31).

(49) RAG, ARS 41, 55; 259.

(50) Vgl. § 1 I.

mit denen aber angesichts der menschlichen Unzulänglichkeit als typischem Abirren der Dienstleistung zu rechnen ist (50a).

2. Vorliegen einer schadensgeneigten Arbeit

Nach der Feststellung des Wesens der Schadensgeneigntheit ist jetzt zu untersuchen, ob bei der Frage, wann eine schadensgeneigte Arbeit vorliegt, auf die generelle Schadensneigung einer **a b s t r a k t e n T ä t i g k e i t (F u n k t i o n)** oder auf die **k o n k r e t e n U m s t ä n d e** des Einzelfalles abzustellen ist (51). Im letzteren Fall kommen zwei Alternativen in Frage, nämlich ob die Schadensneigung des konkreten Auftrages oder die Situation im Augenblick des Unfalls entscheidend ist (52).

Entgegen der Ansicht des ArbG Wilhelmshaven (53) läßt sich eine bestimmte Tätigkeit nicht von vorneherein abstrakt als schadensgeneigt bezeichnen. Es gibt sicher viele Tätigkeiten, die normalerweise schadensgeneigt sind, die daraus entstehenden Gefährdungen lassen sich aber durch Sicherungsmaßnahmen vielfach weitgehend entschärfen oder entfallen gar unter besonderen Umständen; insoweit besteht dann keine Notwendigkeit, die Haftung des Arbeitnehmers schlechthin zu beschränken (54).

Der zweite Senat des BAG hat bereits in seinem Urteil vom 8.12. 1958 (55) erklärt, es sei "darauf abzustellen, ob der konkrete

(50a) BAG wie FN (16), Bl. 822/hinten, 823/hinten.

(51) Frey wie FN (45) S. 412.

(52) Vgl. Gumpert BB 1961 S. 371.

(53) Das ArbG Wilhelmshaven, U.v. 24.7.1958, ARSt XX S. 609, erklärt, es müsse auf die Funktion ankommen, so daß ein nur gelegentlicher Fahrtauftrag die Haftung des Arbeitnehmers nicht beschränke. Kritisch auch Frey wie FN (45).

(54) In diesem Sinne Bulla wie FN (24); Herschel JW 1939 S. 454; Gaul, Arbeitsbewertung S. 73; Ruppert wie FN (1) S. 23.

(55) BAG, AP Nr. 1 zu § 276 BGB = BB 1959 S. 338. Ohne nähere Untersuchung der Umstände des Einzelfalles hatten das BAG (U.v. 14.2.1958, AP Nr. 18 zu §§ 898, 899 RVO) und

Sachverhalt, der zu einem Schaden geführt habe, schadensgeneigt sei". Aus dieser Formulierung ergibt sich lediglich, daß es nicht auf die Schadensneigung der Funktion an sich, sondern auf konkrete Merkmale ankommen soll. Hieraus läßt sich aber nicht entnehmen, ob das BAG auf den jeweiligen Arbeitsauftrag oder auf die konkrete Situation im Augenblick des Unfalles abstellt. Derselbe Senat hat in einem späteren Urteil vom 3.3.1960 (56) entschieden, daß die Tätigkeit eines Kraftfahrers nicht immer schadensgeneigt sei, nämlich dann nicht, wenn der Fahrer bei gutem Wetter auf einer verkehrsarmen, übersichtlichen Nebenstraße mit guter Fahrbahn fahre (57). Aber auch hier ist nicht völlig eindeutig, ob auf den konkreten Auftrag oder auf die augenblickliche Situation abgestellt werden soll. Nach dem Sachverhalt des Urteils wäre beides denkbar (58).

Bei der Bewertung einer Tätigkeit ist m.E. nicht darauf abzustellen, ob gerade im Augenblick der Schadensverursachung besondere gefahrerhöhende Momente vorlagen, denn wollte man auf die Schadensgefahr im Unfallzeitpunkt abstellen, so könnte die Abgrenzung zur "nicht schadensgeneigten Arbeit" verloren gehen, da in gewissen Augenblicken fast jede Tätigkeit einmal erhöht "schadensgeneigt" sein kann (59). Die Schadensgeneigtheit muß

BGH (U.v. 1.4.1958, AP Nr. 19 zu §§ 898, 899 RVO) in jeweils einer Entscheidung die Tätigkeit als schadensgeneigt angesehen. Allerdings mag auch der jeweilige Auftrag schadensgeneigt gewesen sein.

(56) BB 1961, 251 = AP Nr. 22 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's mit Anm. von G. Hueck.

(57) In anderen Entscheidungen hat der Zweite Senat aber betont, daß die Tätigkeit des Kraftfahrers "in aller Regel" eine schadensgeneigte Arbeit sei. Vgl. U.v. 19.3.1959, AP Nr. 8 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's; U.v. 21.11.1959, AP Nr. 14 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's; U.v. 12.5.1960, AP Nr. 16 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's. Im oben erwähnten Urteil vom 3.3.1960 hat der Zweite Senat jedoch ausgesprochen, daß es für die Frage, ob eine Arbeit schadensgeneigt sei, immer auf die Umstände des konkreten Falles ankomme. Dem hat sich der Erste Senat des BAG in dem Urteil vom 29.9.1961 (BB 1961 S. 1380) angeschlossen und dazu weiter ausgeführt: "Man könne nicht sagen, daß ein Kraftfahrer, nur weil er Kraftfahrer ist, stets schadensgeneigte Arbeit ausführe."

(58) Vgl. Gumpert wie FN (52). G.Hueck wie FN (56).

(59) Vgl. auch Ruppert wie FN (1) S. 24. G. Hueck, wie FN(56)

vielmehr nach der ganzen Art der dem Arbeitnehmer zugeteilten Arbeitsaufgabe gegeben sein, m.a.W. die nahe Möglichkeit eines Schadeneintrittes muß in dem k o n k r e t e n Arbeitsauftrag liegen, unabhängig davon, ob im Zeitpunkt der Schadensverursachung besondere gefahrerhöhende Momente vorliegen (59a).

II. Maßgeblicher Verschuldensgrad

Der GS des BAG ist in Übereinstimmung mit der überwiegenden Meinung in der Lehre der Ansicht, daß der schädigende Arbeitnehmer bei schadensgeneigter Arbeit grundsätzlich den ganzen Schaden zu ersetzen hat, wenn ihm selbst Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fallen (60). Der Haftungsausschluß greift danach in aller Regel nur bei leichter Fahrlässigkeit Platz. Der GS des BAG führt aber weiter aus, da das aus menschlicher Unzulänglichkeit erklärbare typische Abirren der Arbeitsleistung sich auch einmal als grober Fehler darstellen könne, habe er bewußt davon Abstand genommen, in diesem Zusammenhang zwischen leichter und grober Fahrlässigkeit zu unterscheiden, und spricht deshalb von "schwerer" und "nicht schwerer Schuld", ohne damit allerdings einen neuen Verschuldensbegriff prägen zu wollen (61). M.E. hält die Entscheidung des Zweiten Senats des BAG vom 19.3.1959 (62)

Bl. 996 führt zu Recht aus, es könne umgekehrt der Fall sein, daß das Vorliegen einer schadensgeneigten Arbeit nur deshalb abzulehnen sei, weil die momentane Situation ein geringeres Gefahrenmoment aufweise.

(59a) Frey wie FN (45) S. 312; Ruppert wie FN (59); Gaul wie FN (37) S. 167, derselbe wie FN (54) S. 73; G. Hueck wie FN (56).

(60) Vgl. wie FN (23); siehe bes. in AP Nr. 4 zu §§ 898, 899 RVO Bl. 825/hinten, 828/hinten. Vgl. dazu vor allem Hueck-Nipperdey I S. 213, 214; Nikisch I S. 304, 305.

(61) BAG wie oben, Bl. 828/hinten und 829/vorne.

(62) U.v. 19.3.1959, AP Nr. 8 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's mit Anm. von Hueck; vgl. auch Anm. von Larenz zu Entsch. des BAG, U.v. 12.5.1960, AP Nr. 16 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's; Gaul wie FN (37) S. 168.

zu Recht an den herkömmlichen, für das ganze Zivilrecht geltenden Begriffen leichte und grobe Fahrlässigkeit auch in diesem Zusammenhang fest. Da der Begriff einer "nicht schweren Schuld" dem bürgerlichen Recht fremd ist, würde eine klare Grenzziehung zwischen schwerer und nicht schwerer Schuld, die allein eine Beschränkung der Haftung begründen würde, kaum möglich sein, was in keiner Weise zur Förderung der Rechtssicherheit beitragen würde (63). Der Zweite Senat des BAG hat in der vorerwähnten Entscheidung versucht, eine gewisse Typisierung der Haftungsbeschränkung zu erreichen. Bei grober Fahrlässigkeit, nämlich bei einem groben Verstoß gegen die im Verkehr und im Arbeitsleben erforderliche Sorgfalt soll der Arbeitnehmer danach "in aller Regel" den Schaden selbst tragen (64). Durch diese Auffassung wird in ausreichender Weise klargestellt, welche Bedeutung die einzelnen herkömmlichen Verschuldensgrade haben, daneben sind diese Begriffe auch elastisch genug, um die vom GS des BAG gemeinten seltenen Ausnahmefälle auch mit zu umfassen (65). Eine Entscheidung, die auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Haftungsbeschränkung bejaht hätte, ist jedoch bisher noch nicht veröffentlicht worden.

(63) Vgl. Hueck wie FN (62). Auch der Begriff einer "arbeitsbedingten Fahrlässigkeit", den Ohr in NJW 1960 S. 2174 ff. für die Haftungsbeschränkung zur Voraussetzung machen will, ist dem Zivilrecht fremd. Nach Ohr muß bei jeder durch die Art der Arbeit oder ihrer Einleitung bedingter und weitgehend auf der menschlichen Unzulänglichkeit beruhender - in diesem Sinne arbeitsbedingter - Fahrlässigkeit die Beschränkung der Haftung Platz greifen, wenn dabei dem ArbN nach der herkömmlichen Lehre "grobe Fahrlässigkeit" zum Vorwurf zu machen ist. Dem ist nicht zu folgen, weil dadurch die Haftungsbeschränkung auch auf die Fälle grober Fahrlässigkeit ausgedehnt werden kann, ohne dabei scharf abgrenzen zu können zwischen einer arbeitsbedingten und nicht arbeitsbedingten Fahrlässigkeit.

(64) Vgl. auch BAG U.v. 10.3.1961, SAE 1961 S. 165.

(65) Hueck wie FN (62).

§ 3 Geltungsbereich der Haftungsbeschränkung

I. Persönlicher Geltungsbereich

Die höchstrichterliche Rechtsprechung beschränkt lediglich die Haftung des e i n f a c h e n (s c h l i c h t e n) Arbeitnehmers im Sinne von Arbeiter und Angestellten, der bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig einen ihm im Betrieb gleichgestellten Arbeitskollegen verletzt. Damit kommen solche Arbeitnehmer nicht in Frage, die eine arbeitgeberähnliche Stellung einnehmen (66).

Dabei spielt es keine Rolle, ob der Arbeitnehmer bei einem privaten oder einem öffentlich-rechtlichen Unternehmen tätig ist (67). Der BGH hat in einem kürzlich ergangenen Urteil (68) betont, es könne keinen Unterschied machen, ob der den Unfall verursachende Arbeitnehmer als Arbeiter, Angestellter oder Beamter - sei es auch in einer Gebietskörperschaft oder einem sonstigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen - tätig sei, es sei denn, daß er in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm obliegende Amtspflicht verletzt habe und daher vom Geschädigten wegen Art. 34 GG nicht persönlich in Anspruch genommen werden könne.

Die Ausdrucksweise des BGH: "der Arbeitnehmer, der den Unfall verschuldet habe, könne auch ein Beamter sein", ist irreführend, denn dieser vom BGH verwandte Arbeitnehmerbegriff scheint sowohl Arbeitnehmer im üblichen Sinne wie Beamte zu umfassen. Unter den herkömmlichen Begriffen Arbeitnehmer und Beamte versteht man jedoch Dienstverpflichtete, die in ganz verschiedenen Rechtsverhältnissen stehen. Die Beamten stehen nicht wie die Arbeitnehmer

(66) Vgl. § 3 I.

(67) In dem vom GS des BAG (wie FN (23)) behandelten Fall waren die Arbeitnehmer bei einem öffentlich-rechtlichen Unternehmer - Kraftfahrbundesamt - tätig; vgl. auch BAG, U.v. 14.2.1958, AP Nr. 18 zu §§ 898, 899 RVO.

(68) U.v. 12.5.1959, AP Nr. 25 zu §§ 898, 899 RVO.

in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis, sondern in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (69). Im Hinblick auf diesen Unterschied hat der GS des BAG zu Recht betont, daß getrennte Haftungsbestimmungen für Beamte einerseits und für Arbeitnehmer andererseits bestehen (70).

Die Entscheidung des BGH betrifft aber einen Sonderfall, in dem dem Schädiger zwar die Beamteneigenschaft zukommt, für den aber die persönliche Haftungsbeschränkung des Art. 34 GG nicht Platz greift, da er als Bundesbahnbeamter auf bürgerlichrechtlicher Ebene tätig war (71). Um diesen Personenkreis bei einer schadensgeneigten Tätigkeit nicht schlechter zu stellen als einen gewöhnlichen Arbeitnehmer, erscheint es angemessen, ihn insoweit den Arbeitnehmern gleichzustellen, denn wie der BGH zutreffend ausführt, kann ganz allgemein die Art, durch die der Arbeitnehmer rechtlich mit dem Unternehmer verknüpft ist, sei es arbeitsvertraglich oder durch Anstellung als Beamter, für diese Frage keine Bedeutung haben.

II. Räumlicher Geltungsbereich

Die Haftungsbeschränkung des Arbeitnehmers gegenüber einem anderen Arbeitnehmer greift bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nur dann Platz, wenn beide Arbeitnehmer demselben Betriebe angehören. Der räumliche Geltungsbereich der beschränkten Haftung der Arbeitnehmer untereinander beschränkt sich damit auf den Betrieb, in dem die Schadensbeteiligten tätig sind. Nach einer anderen Meinung soll die Haftungsbeschränkung unter Arbeitskollegen nicht nur im betrieblichen Bereich, sondern im Unternehmensbereich gelten (72). Dieser Auffassung, die nur vom Leitsatz

(69) Vgl. Dietz PerVG § 3 Anm. 2; Hueck-Nipperdey I S. 49, 60.

(70) Wie FN (23).

(71) BGH NJW 1952 S. 219.

(72) Klein JZ 1959 S. 748; Klein-Versen BB 1959 S. 344; Gumpert wie FN (5) S. 743.

des Beschlusses des GS ausgeht (73), kann nicht gefolgt werden. Der Leitsatz des Beschlusses lautet zwar wörtlich: "ein Arbeitnehmer, der fahrlässig den Arbeitsunfall eines anderen Arbeitnehmers desselben Betriebes oder Unternehmens verursacht hat". Dieser Beschluß beschränkt jedoch entgegen dem Wortlaut des Urteilstenors in den Urteilsgründen den Geltungsbereich eindeutig auf Arbeitnehmer desselben Betriebes, denn dort ist ausgeführt (74): "Da die bisher entschiedenen Fälle offenbar sämtlich außerhalb des gemeinsamen Betriebsorganismus stehende Dritte betreffen, haben Lehre und Rechtsprechung keine Unterscheidung dahin getroffen, daß der Arbeitgeber nur den einem Betriebsfremden zugefügten Schaden - ganz oder teilweise - zu übernehmen hätte, der Arbeitnehmer aber den einem Betriebsangehörigen bei schadensgeneigter Arbeit verursachten Schaden selbst tragen müßte. Diese Erwägungen schlossen es nicht aus, eine Haftungsbeschränkung auch für den Arbeitnehmer anzunehmen, den "sein Arbeitskamerad bei der Arbeit für denselben Betrieb geschädigt hat".

Darüber hinaus wird in den Urteilsgründen, insbesondere dort, wo vom arbeitsrechtlichen Gemeinschaftsverhältnis als rechtlicher Begründung der Haftungsbeschränkung die Rede ist, nur vom "Betrieb", vom "innerbetrieblichen Schadensausgleich", von der "Betriebsgemeinschaft", vom "Verhältnis der Arbeitnehmer desselben Betriebes" und von "der Betriebsverbundenheit" gesprochen (75).

Daraus ergibt sich, daß die Entscheidung des GS sowohl zur Rechtfertigung seiner rechtlichen Begründung als auch bei der Festlegung der Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Haftungsbeschränkung unter Arbeitnehmern nur auf den gemeinsamen Betriebsorganismus abzielt, was in gleicher Weise auch von der Lehre und der sonstigen Rechtsprechung betont wird (76). Soweit der GS im

(73) Vgl. Frey ArbUR 1959 S. 193; Ohr BB 1961 S. 53 und 54 FN 4.

(74) BAG wie FN (60), Bl. 824/hinten.

(75) BAG wie FN (60), Bl. 827/hinten, 828/vorne.

(76) Vgl. Herschel Anm. zur Entsch. des GS in JZ 1958 S. 257; Bulla ArbR Blatt Ent. 8; Dersch RdA 1958 S. 441 (443);

Leitsatz des Beschlusses vom "Unternehmer" spricht, ist wohl an das Unternehmen gedacht, das lediglich einen Betrieb umfaßt (77).

Elleser SozVers 1958 S. 158; Frey wie FN (73); Ohr BB 1960 S. 489; Hafferburg NJW 1959 S. 2194. Vgl. BAG wie FN (55) und (57) und BGH wie FN (55).

(77) Ohr wie FN (73).

2. Teil

RECHTSGRUNDLAGEN DER HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG

§ 1 Normenkonflikt und Lösungsmöglichkeiten

Im Verhältnis zwischen Arbeitnehmern desselben Betriebes ist die Haftungsbeschränkung bei schadensgeneigter Arbeit von einer besonderen Problematik, die sich aus dem Freistellungsanspruch des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber im Verhältnis zu Bestimmungen und Prinzipien des Sozialversicherungsrechts ergibt.

Das BAG hat sich hierbei mit einem Arbeitsunfall befaßt, den ein als Kraftfahrer angestellter Arbeitskollege des Verletzten verursacht hat (1). Gegen betriebsbedingte Arbeitsunfälle sind zwar alle Arbeitnehmer zwangsversichert, die Versicherung erstreckt sich jedoch lediglich auf die Schäden, die der Arbeitnehmer selbst erlitten hat (2), nicht dagegen befreit sie den Schädiger von der Haftpflicht für Schäden, die er Dritten, sei es außerhalb des Betriebes stehenden Personen oder seinen Arbeitskollegen zugefügt hat. Der verletzte Arbeitskollege erhält zwar die Leistungen aus der Sozialversicherung, damit ist aber der schädigende Arbeitnehmer ihm gegenüber nicht von der Haftung frei. Ist dieser nun nach allgemeinen Vorschriften ersatzpflichtig, so hat er sowohl die Ansprüche zu befriedigen, welche die Sozialversicherungsträger nach § 1542 RVO erstattet verlangen können, als auch die Forderungen, die der Verletzte selbst nach § 823 BGB oder nach dem in Betracht kommenden Sondergesetz für den durch die Leistungen aus der Sozialversicherung nicht ge-

(1) BAG GS AP Nr. 4 zu §§ 898, 899 RVO; vgl. auch 1. Teil § 1 II.

(2) Vgl. § 542 RVO.

deckten Personenschaden einschließlich Schmerzensgeld sowie Sachschaden geltend machen kann (3). Berufte sich der schädigende Arbeitnehmer dann auf die Freistellungspflicht des Arbeitgebers, da er den Arbeitskollegen bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig geschädigt habe, so tauchen neue Schwierigkeiten auf, denn der Arbeitgeber kann auf § 898 RVO verweisen. Nach dieser Vorschrift ist der Arbeitgeber von jeglicher Ersatzpflicht gegenüber seinem durch einen Arbeitsunfall verletzten Arbeitnehmer frei, und zwar auch dann, wenn ihn oder seine Hilfspersonen, für die er nach dem Bürgerlichen Recht aus den §§ 278, 618 oder 823, 831 BGB eintreten müßte, ein Verschulden trifft, es sei denn, daß strafgerichtlich festgestellt worden ist, daß er den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Wenn deshalb der Arbeitnehmer seinerseits den Arbeitgeber nicht in Anspruch nehmen kann, so haftet er im Ergebnis selbst bei schadensgeneigter Arbeit und leichter Fahrlässigkeit, unter Umständen sogar bei fehlender Schuld (4) auf vollen Ersatz.

Eine Lösung aus diesem Gegeneinander von Vorschriften der RVO, Regeln des Bürgerlichen- und des Arbeitsrechts kann auf folgende Weise erreicht werden (5):

- a) Dem durch einen Arbeitsunfall geschädigten Arbeitnehmer wird mit Rücksicht auf den ansonsten ausgelösten Freistellungsanspruch des Schädigers gegen den Arbeitgeber von vornherein kein Schadensersatzanspruch gegen den schädigenden Arbeitskollegen desselben Betriebes gewährt, was gegen § 823 BGB verstoßen würde.
- b) Dem geschädigten Arbeitnehmer wird gemäß § 823 BGB zwar ein Ersatzanspruch gegeben, dem schädigenden Arbeitnehmer dagegen mit Rücksicht auf § 898 RVO kein Freistellungsanspruch gegen den Arbeitgeber. Diese Lösung verkennt jedoch die Rechtsgrundsätze der Arbeitnehmerhaftung bei schadensgeneigter Arbeit.

(3) Vgl. 1. Kapitel § 2 I, II.

(4) Z.B. bei Gefährdungshaftung, wenn die in diesen Fällen allgemein bestehende Zwangshaftversicherung nicht ausreicht.

(5) Vgl. BAG, GS wie FN (1) Bl. 823.

- c) Sowohl dem geschädigten Arbeitnehmer wird aus § 823 BGB ein Ersatzanspruch als auch dem schädigenden Arbeitskollegen ein Freistellungsanspruch gegen den Arbeitgeber zugesprochen. Diese Lösung stellt aber einen Einbruch in das Gefüge der RVO dar.

§ 2 Lösung im Anschluß an den Beschluß des GS des BAG

Der GS des BAG (6) hat diesen Normenkonflikt mit einer sozial- bzw. arbeitsrechtlichen Begründung zu Lasten der bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen gelöst. Dabei stellt er den Grundsatz auf, ein Arbeitnehmer, der fahrlässig den Arbeitsunfall eines anderen Arbeitnehmers desselben Betriebes verursache, hafte dem Geschädigten nicht, wenn und soweit ihm eine Belastung mit solchen Schadenersatzansprüchen deshalb nicht zugemutet werden könne, weil seine Schuld im Hinblick auf die besondere Gefahr der ihm übertragenen Arbeit nach den Umständen des Falles nicht schwer sei. Das BAG hat im Wege einer Rechtsfortbildung von den oben vorgestellten Lösungsmöglichkeiten zu Recht die erste bejaht, weil sie der vorweggenommenen These, nämlich die als gerecht und billig erkannte Nichtbelastung des Arbeitnehmers mit Schadenersatzansprüchen in Fällen schadensgeneigter Arbeit bei gleichzeitigem Wegfall eines Freistellungsanspruches gegen den Arbeitgeber am besten Rechnung trägt (7).

Der Senat ist bemüht, wie sich aus der außerordentlich sorgfältigen Urteilsbegründung ergibt, eine wirklichkeitsnahe Synthese

(6) Wie FN (1)

(7) Zustimmend Steindorff JZ 1959, 2; Herschel JZ 1958, 257; zweifelnd OLG Karlsruhe, U.v. 26.3.1958, AP Nr. 22 zu §§ 898, 899 RVO.

zu finden zwischen den rechtlichen Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten, die auf dem Nebeneinander von bürgerlichem Recht, Arbeitsrecht und Sozialversicherungsrecht beruhen (8). Der Beschluß des GS wird dabei zu Recht als "revolutionär" bezeichnet, weil er nicht bloß das bisherige Recht schöpferisch fortbildet, sondern auch gleichzeitig Grundlagen unserer Privat- und Sozialrechtsordnung antastet (9).

I. Rechtspolitische Begründung

Bei der Frage, welche rechtliche Bedeutung der sich aus dem Sozialversicherungsrecht ergebenden Haftungsbefreiung des Arbeitgebers (§ 898 RVO) gegenüber einem Freistellungsanspruch des schädigenden Arbeitnehmers zukomme, weist der GS des BAG zu Recht darauf hin, daß der durch die RVO gegenüber dem früheren Rechtszustand begründete gesetzgeberische Fortschritt nicht gefährdet werden dürfe (10). Der Grund dieser den einzelnen Arbeitgeber begünstigenden Regelung liegt darin, daß die in der Berufsgenossenschaft zusammengeschlossenen Unternehmer in ihrer Gesamtheit als eine Gefahrengemeinschaft für die Folgen eines jeden Arbeitsunfalles haften. Darüber hinaus sollten aber im Interesse des Arbeitsfriedens Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wegen eines Arbeitsunfalles vermieden werden (11). Dieser Sinn und Zweck des § 898 RVO würde vereitelt, wenn der Arbeitgeber auf einem rechtlichen Umweg im Ergebnis doch für einen Arbeitsunfall

(8) Ordemann BlfStSozArbR 1958, 285; Wussow BG 1959, 30; Reimer Schmidt MDR 1958, 193; BGH U.v. 1.4.1958 AP Nr.19 zu §§ 898, 899 RVO, Bl.917/hinten.

(9) Herschel wie FN (7).

(10) Wie FN (1) Bl.824/hinten.

(11) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 5. Legislaturperiode, VI. Session, 1884, 3. Anlageband S. 65 ff. u. 89; Hueck-Nipperdey I S. 368; Dersch, Festschrift für Friedrich Sitzler S. 203 ff.; Debus SozSich 1956, 334 (335); Ellester SozVers 1956, 86; Lauterbach, Unfallversicherung, § 898 Anm. 1; Schieke SozVers 1955, 317; Schraft BG 1953, 122; Weimar BlfStSozArbR 1955, 281; RGZ 74, 27; BGHZ 3, 298 (303); 8, 330 (338); 19, 114 (121).

gegenüber seinen Arbeitnehmern haften müßte, andererseits aber seine Beiträge zur Berufsgenossenschaft leisten müßte. Das wäre der Fall, wenn der geschädigte Arbeitnehmer den Arbeitnehmer, der ihn verletzt hat, in Anspruch nehmen und dieser wieder seinen Arbeitgeber auf Haftungsbefreiung belangen könnte (12).

Der geschädigte Arbeitnehmer erleidet andererseits durch die Beschneidung seiner Schadenersatzansprüche gegen den Arbeitskollegen praktisch keinen bedeutsamen rechtlichen oder wirtschaftlichen Nachteil. Er erhält zwar statt des vollen Schadenersatzes einschließlich des Schmerzensgeldes lediglich die geringeren Leistungen - etwa eine Unfallrente - der Versicherung. Dafür tauscht er aber den Vorteil ein, daß er bei j e d e m Arbeitsunfall eine Entschädigung erhält, unabhängig von einem Verschulden des Arbeitgebers oder seiner Hilfspersonen, selbst dann, wenn ihn selbst ein Verschulden trifft.

Der Unterschied zwischen den Leistungen der Unfallversicherung und den gesetzlichen Schadenersatzansprüchen nach dem BGB gegen den Schädiger wird zudem, wie Knoll bemerkt, oft "maßlos überschätzt" (13). Die Unfallrente beträgt zwar höchstens zwei Drittel des Jahreseinkommens des Arbeitnehmers, aber dabei ist zu berücksichtigen, daß das Jahreseinkommen brutto, die Rente dagegen netto berechnet wird. Auf Grund dieser Brutto-Netto-Differenz beläuft sich der tatsächliche Unterschied zwischen der Unfallrente und dem

(12) Bulla (AR-Blattei, Haftung des ArbN's, Entsch. 8 Anm.) und Böhmer (MDR 1958, 400 ff.; 828 ff.; 1959, 531 ff., 985; VersR 1958, 437, 1959, 882) gehen jedoch von der unzutreffenden Voraussetzung aus, daß § 898 RVO die innerbetriebliche Ausgleichspflicht des Arbeitgebers nicht betreffe und der Arbeitgeber den Schädiger deshalb auch in diesen Fällen mit eigenen Mitteln freizustellen habe; ebenso Ohr NJW 1960, 1593 FN (16, 18); derselbe BB 1960, 489; Haberkorn BetrVerf 1958, 223 ff.; vgl. dazu unter § 3 I.

(13) Knoll JZ 1959, 137 (138). Nach neueren Untersuchungen betrafen in einem großen industriellen Gewerbebezirk 82 % der Verletztenrenten eine Minderung der Erwerbsfähigkeit bis 40 %, bei der die weitaus meisten Geschädigten überhaupt keine Minderung ihres Verdienstes haben; vgl. die Angaben bei Versen und Klein BB 1959, 344; aber auch Elleser SozVers 1958, 158 (159, 160).

jährlichen Arbeitseinkommen nur auf etwa 15 %, wobei außerdem noch die Mehraufwendungen des Arbeitnehmers zu berücksichtigen sind (14). Der unfallgeschädigte Arbeitnehmer stellt sich schon seit dem 40., bestimmt aber nach dem 65. Lebensjahr finanziell besser als sein nicht versehrter Arbeitskollege, denn er erhält zu der Invaliden- bzw. Angestelltenrente noch zusätzlich seine Unfallrente. Bei genauer Betrachtung aller Umstände bleibt im Ergebnis die Unfallversorgung aus der Berufsgenossenschaft nicht oder nicht weit hinter dem Ersatz des Vollschatens (15), sie kann sogar, was bei Teilschaden nicht selten ist, den konkreten Schaden des Verletzten übersteigen (16). Es fehlt im Grunde damit nur ein Ersatz des Schmerzensgeldes, hinsichtlich dessen es jedoch durchaus zweifelhaft sein könnte, ob es gerecht und billig ist, wenn ein Arbeitskamerad vom anderen bei schadensgeneigter Arbeit für einen Arbeitsunfall im Betrieb Schmerzensgeld fordert (17).

Dazu ist weiter zu bemerken, daß das, was der ersatzpflichtige Arbeitnehmer zu leisten imstande ist, in der Regel nicht dem geschädigten Arbeitnehmer, sondern in erster Linie der Berufsgenossenschaft zugute kommt, auf die der Ersatzanspruch in der Höhe der von ihr erbrachten Leistungen übergeht. Erst dann, wenn diese für ihre Aufwendungen befriedigt ist, kann überhaupt der Geschädigte zum Zuge kommen. Angesichts der Höhe der Leistungen wird dies kaum jemals der Fall sein.

Während damit die Zubilligung eines Ersatzanspruches dem geschädigten Arbeitnehmer kaum nennenswerte wirtschaftliche Vorteile bringt, würden etwa zu erbringende Ersatzleistungen den Schädiger stark und außer Verhältnis zu einem etwaigen Nutzen für den Geschädigten belasten (18), da sie ihn und seine Familie bis

(14) Vgl. BAG GS wie FN (1) Bl. 825/hinten.

(15) Knoll JZ 1955, 318 mit ausführlichen Hinweisen; Nikisch I S. 492.

(16) Vgl. hierzu Barasel, SozVers 1950, 240.

(17) Vgl. unten 3. Teil I.

(18) Schieke wie FN (11); Debus wie FN (11).

ans Lebensende zu einer starken Beschränkung ihrer Lebenshaltung zwingen könnten.

II. Rechtsdogmatische Begründung

Den vorher eingehend dargelegten Normenkonflikt hat der GS des BAG durch eine teilweise Ausschaltung des § 823 BGB und ähnlicher Vorschriften gelöst. Bis zur Lösung dieses Normenkonflikts durch den Gesetzgeber ist der GS gemäß § 137 GVG und § 45 Abs. 2 ArbGG zu einer solchen Entscheidung ermächtigt und verpflichtet (19). Dem Richter ist insoweit die Fortbildung des Rechts und die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung zur Aufgabe gemacht. Der Richter darf sich damit aber nicht willkürlich über geltende Gesetzesvorschriften hinwegsetzen, sondern "eine Fortbildung des Rechtes kann nur in Frage kommen bei Gesetzesbestimmungen, deren bisherige Anwendung auf später überholten Rechtsanschauungen beruht, mit den neuen Rechtsgrundsätzen nicht mehr vereinbar ist und zu nicht mehr zu rechtfertigenden Ergebnissen führt und die deshalb im Interesse der Rechtseinheit mit dem neuen Recht in Übereinstimmung zu bringen ist. Dabei kann unter Umständen von dem Wortlaut abgewichen, die Bestimmung also insoweit nicht mehr angewendet werden (20)". Diese Voraussetzungen für ein "Abweichen" vom § 823 BGB waren mit der heute im Prinzip allgemein anerkannten Entwicklung der arbeitsrechtlichen Lehre von der Beschränkung der Haftung des Arbeitnehmers bei schadensgeneigter Arbeit erfüllt (21).

1. Keine Gesetzesanalogie

Der GS des BAG hat es zu Recht abgelehnt, seine Entscheidung mit einer Analogie zu einzelnen positiven Gesetzesbestimmungen zu

(19) Vgl. BAG wie FN (1) Bl. 823/hinten.

(20) BAG 1, 279 (280); BGHZ 1, 90; 3, 89, 315; vgl. auch Siebert, Die Methode der Gesetzesauslegung, S. 14 FN (39), S. 44.

(21) Oben 1. Teil § 1 II.

begründen (22).

- a) Obwohl in dem vom GS zu entscheidenden Fall die betreffenden Arbeitnehmer bei einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft tätig waren, hat es der große Senat abgelehnt, die Haftung des schädigenden Arbeitnehmers durch eine entsprechende Anwendung der Vorschriften des Art. 34 GG oder sonstiger Vorschriften über die Haftung von Beamten einzuschränken (23). Gemäß Art. 34 GG kann ein Amtsträger, der in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes einen Dritten und damit auch einen Kollegen geschädigt hat, von diesem nicht in Anspruch genommen werden. Der Verletzte hat lediglich einen Anspruch gegen den Staat oder die betreffende öffentlich-rechtliche Körperschaft, die ihrerseits bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des im öffentlichen Dienst Tätigen diesen im Wege des Rückgriffs in Anspruch nehmen kann. Handelt es sich aber um eine Tätigkeit auf dem Gebiete des Privatrechts wie in dem der Entscheidung des GS zugrunde liegenden Fall (24), so greift Art. 34 GG nicht Platz. Der GS betont damit zu Recht, es sei unzulässig, "die Bestimmungen, die der Gesetzgeber für die Gruppe der Beamten und für Träger eines öffentlichen Amtes bei Ausübung öffentlicher Gewalt geschaffen hat, auf das allgemeine Arbeitsrecht zu übertragen" (25).
- b) In gleicher Weise lehnt es diese Entscheidung ab, den durch § 899 RVO einem bestimmten Personenkreis in leitender Position

(22) Wie FN (14) Bl. 826/vorne.

(23) Denecke (RdA 1952, 209; BGB - RGRK Vorbem. III, 4 vor § 611) und ihm folgend das LAG Stuttgart (AP Nr. 2 zu § 611 BGB, Haftung des ArbN's) wollten im Verhältnis von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer aus einer Analogie zu Art. 34 GG und einer Reihe weiterer Vorschriften die Folgerung ziehen, daß der Arbeitnehmer grundsätzlich nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit hafte. Dagegen hat Hueck (Anm. zu LAG Stuttgart wie oben) mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich bei Art. 34 GG um eine tatbestandlich eng begrenzte Ausnahmenvorschrift handelt, die sich allein aus der besonderen Stellung des Beamten sowie aus der historischen Entwicklung des Beamtentums erklären läßt. Vgl. auch BAG U.v. 19.3.1959, AP Nr. 8 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's mit Anm. von Hueck.

(24) Siehe 1. Teil § 1 II.

(25) Wie FN (1) Bl. 826/hinten.

gewährten Haftungsausschluß (26) auf alle Arbeitnehmer zu erstrecken. Man könnte daran denken, den in § 899 RVO den Betriebs- und Arbeiteraufsehern gewährten Schutz auch dem einfachen Arbeitnehmer zugute kommen zu lassen, der im Zuge einer immer stärker werdenden Automation bei der Überwachung von Maschinen vielfach eine diesen Personen ähnliche Funktion im Betriebe ausübt. Eine so weitgehende Ausdehnung des § 899 RVO hätte dabei zur Folge, daß auch der einfache Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen im Sinne der RVO immer dann in Anspruch genommen werden könnte, wenn die Voraussetzungen der §§ 903-905 verwirklicht sind.

Trotz dieser Gedankengänge hat das BAG eine entsprechende Anwendung bzw. eine ausdehnende Auslegung des § 899 RVO auf die Gesamtheit der Arbeitnehmer des Betriebes verneint, da dies zwar für die Praxis eine sehr einfache Lösung darstellen, aber auch eine völlige Umkehrung der Bestimmungen der RVO bedeuten würde. Diese Lösung würde nämlich nicht nur zu einer Änderung der §§ 898, 899 RVO, sondern zugleich des Geltungsbereiches der §§ 903-905 RVO führen. Im Sinne einer Fortentwicklung des Rechtes kann es aber nur liegen, in den in § 899 aufgezählten Personenkreis noch diese oder jene Gruppe von Arbeitnehmern einzubeziehen, es geht jedoch nicht an, das Enumerationsprinzip des § 899 RVO durch Richterspruch in einen jeden Arbeitnehmer umfassende Generalklausel umzuwandeln (27).

2. Betriebsrisiko als vorpositiver Zurechnungsgrund

Die Haftungsbeschränkung gegenüber dem Arbeitgeber und der Freistellungsanspruch gegen den Arbeitgeber wurden dem Arbeitnehmer eingeräumt, weil das Risiko, daß der Arbeitnehmer bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig einen Schaden anrichtet, in erster Linie von demjenigen getragen werden soll, dem der Arbeitserfolg zugute kommt. Der Arbeitgeber darf auf Grund seiner Für-

(26) Vgl. oben 1. Kapitel § 3 I.

(27) BAG GS wie FN (16) Bl. 827.

sorgepflicht den Arbeitnehmer nicht mit den Schäden belasten, die in seinen Bereich fallen und damit zum typischen Betriebsrisiko gehören (28). Daneben hat das RAG auch aus der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehenden Betriebsgemeinschaft gefolgert, daß der Arbeitgeber den Arbeitnehmer in Fällen schadensgeneigter Arbeit nicht in vollem Umfange verantwortlich machen darf (29).

Der Fürsorgepflichtgedanke, der unter Berücksichtigung des Betriebsrisikos zu einem "innerbetrieblichen Schadensausgleich" geführt hat, paßt aber nur für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und vermag daher auch nur die Beurteilung der Rechtsbeziehungen dieser Personen zueinander in bestimmter Weise zu beeinflussen. Für eine Übertragung dieser Gedanken auf die Beziehungen der Arbeitnehmer untereinander gibt es, wenn man diese Lehre im Auge behält, keine Rechtfertigung, denn der verletzte Arbeitnehmer hat weder an den dem Arbeitgeber zuzurechnenden Risiken Anteil, noch kommt eine Fürsorgepflicht gegenüber dem ihn schädigenden Arbeitskollegen in Betracht (30).

Der GS des BAG dehnte das Prinzip der Haftungsbefreiung oder Haftungseinschränkung im Sinne eines innerbetrieblichen Schadensausgleiches trotzdem auf Arbeitsunfälle aus, die der Arbeitskollege des Verletzten bei schadensgeneigter Arbeit fahrlässig herbeigeführt hat (31). Die Ansicht, die das Prinzip des innerbetrieblichen Schadensausgleichs hier nicht für anwendbar hält(32),

(28) Diese Ansicht entspricht der heute herrschenden Lehre, deren Vorläufer das RAG war: ARS 30, 4; 41, 55; 43, 108; BGH U.v. 10.1.1955 AP Nr. 1 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's; BAG GS wie FN (1), Bl. 824; Hueck-Nipperdey I S. 212; Nikisch I S. 304.

(29) ARS 41, 259 (264); vgl. auch Nikisch I S. 305; Galperin AR-Blattei, Haftung des ArbN's III.

(30) Vgl. Steindorff wie FN (7) S. 3; Schultz JR 1960, 361 (365); Ordemann wie FN (8); Frey ArbUr 1959, 193 (195); Bulla wie FN (12) Ziff. IV; dabei geht man richtigerweise davon aus, daß, weil zwischen Arbeitnehmern kein Arbeitsvertragsverhältnis besteht, diese Gedanken ausscheiden.

(31) Wie FN (1) Bl. 827/hinten.

(32) So Bulla wie oben; Haberkorn BetrVerf 221 (223, 224);

ist m.E. abzulehnen. Sie übersieht nämlich, wie Herschel (33) zu Recht betont, daß in dem Beschluß des GS der Kern dieser Lehre von ihrem ursprünglichen Entstehungsgrund abstrahiert ist und das Prinzip der beschränkten Arbeitnehmerhaftung über sein ursprüngliches Anwendungsgebiet hinaus ausgedehnt wird. Obwohl für diese Ausdehnung eine konkrete Begründung geboten wird, gewinnt das Prinzip bis zu einem gewissen Grade selbständige Bedeutung und wird zu einem allgemeinen Rechtsgrundsatz der betrieblichen Ordnung schlechthin (34).

Das BAG führt m.E. auch den Gedanken, daß das Risiko der bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig verursachten Schäden grundsätzlich von dem Arbeitgeber getragen werden müsse, konsequent zu Ende. Im Arbeitsleben hat grundsätzlich derjenige das Risiko zu tragen, dem nach der Wirtschaftsverfassung die wirtschaftliche Initiative und der daraus etwa folgende Gewinn zukommen (35). Aus der Betrachtung des vorpositiven Zurechnungsgrundes läßt sich daher die Haftungslast allein aus der Abwägung des jeweiligen Eigenrisikos begründen, ohne daß es daneben des Gesichtspunktes der Fürsorgepflicht bedürfte (36). Der Risikogedanke deckt auch den Haftungsausschluß im Verhältnis der Arbeitnehmer untereinander, wenn er auch mit den Gedanken der Betriebsverbundenheit begründet wird, denn auch hier wird der Schaden auf die durch Beiträge des Arbeitgebers ausgestattete Unfallversicherung abgewälzt und damit wirtschaftlich dem Arbeitgeber zugerechnet (36a).

Klein JZ 1958, 587 (591).

(33) Herschel wie FN (7), 257.

(34) In diesem Sinne Ohr BB 1960, 489 ff.; NJW 1960, 1593; ArbUR 1960, 137; VersR 1962, 205.

(35) Prölß, DR 1939, 348; Galperin RdA 1949, 8; Dietz bei Hueck-Nipperdey-Dietz, AOG Komm. § 2 Anm. 25; Jorns, Betriebsrisiko 112, 113; BAG U.v. 15.3.1960 AP Nr. 13 zu § 611 BGB Akkordlohn.

(36) Vgl. RAG 43, 108 (110); Ruppert wie FN (1) S. 98; Frey BB 1960, 411 (413); Larenz II S. 176; Steindorff wie FN (7), 3.

(36a) Vgl. BAG GS wie FN (1) Bl. 826/vorne; im Ergebnis auch Ohr in NJW 1960, 1593.

3. Betriebsverbundenheit der Arbeitnehmer

Nach dem Beschluß des GS des BAG erfordern die Grundsätze der Betriebsgemeinschaft, daß der Arbeitnehmer seinen Arbeitskameraden bei schadensgeneigter Arbeit nicht schärfer zur Haftung heranziehen kann, als dieser seinem Arbeitgeber gegenüber und - bei Inrechnungstellung des Freistellungsanspruches - im praktischen Ergebnis einem außenstehenden Dritten haftet (37). Obwohl diese Entscheidung zunächst allgemein auf den Gedanken der Betriebsgemeinschaft abstellt, ist sie aber im wesentlichen mit der Verbundenheit der Arbeitnehmer untereinander innerhalb einer Betriebsgemeinschaft begründet (38). Danach besteht zwischen den Arbeitnehmern desselben Betriebes in der Regel kein Vertragsverhältnis, wohl aber schafft die Arbeit im gleichen Betriebe eine mehr oder weniger enge Bindung und ein Gemeinschaftsverhältnis, woraus sich gewisse Rechtsfolgen ergeben. Wie das BAG weiter ausdrücklich betont, erschöpft sich die Rechtswirkung, die bei der Tätigkeit von mehreren Arbeitnehmern in einem Betriebe eintritt, nicht in den ohne innere Verbindung nebeneinander bestehenden Einzelarbeitsverträgen (39). Die Betriebsverbundenheit wirkt vielmehr unmittelbar auf die Rechtsstellung des ein-

(37) BAG GS wie FN (1) Bl. 827/hinten, 828/vorne.

(38) Hierbei sind Ruppert (die Haftung des ArbN's bei schadensgeneigter Arbeit S. 84) und Klein (JZ 1958, 585 (589)) der Ansicht, der GS des BAG scheine nunmehr der Betriebsgemeinschaft eine umfassendere Bedeutung zuerkennen zu wollen, als dies bisher der Fall war, und zwar sowohl im Verhältnis von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer als auch der Arbeitnehmer untereinander. Diese Ansicht ist unzutreffend. Das BAG verweist ausdrücklich auf die vom RG (RGZ 106, 272 (275) und 113, 87 (89)) aufgestellte Begriffsbestimmung der Betriebsgemeinschaft, wobei deren "Stufenbau" besonders klar herausgestellt wird: Der Arbeitnehmer tritt in die Arbeitnehmerschaft des Betriebes und damit in die gesamte Organisation des Betriebes ein, dessen Ergebnis in gemeinschaftlichem Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft gewonnen wird. Der Begriff der Betriebsgemeinschaft beinhaltet die Verbundenheit der Arbeitnehmer, wie das RG diese als logische Vorstufe zu einer umfassenden Verbundenheit ansieht. Ebenso Jorns, Betriebsrisiko S. 21.

(39) Vgl. BAG GS wie FN (1), Bl. 828/vorne; Nikisch I S.249.

zeln Arbeitnehmers ein (40). Diese Auswirkung beschränkt sich nicht auf positivrechtliche Vorschriften, insbesondere des BetrVG (41), die Praxis und vor allem die Rechtsprechung gelangten vielmehr im Laufe der Zeit auch auf anderen Gebieten zu bedeutsamen Folgerungen. Das RG hat zunächst bei einem Teilstreik den Verlust des Lohnanspruches des arbeitswilligen Arbeitnehmers auf die Verbundenheit der Arbeitnehmer untereinander gestützt (42). In der Folgezeit spielte der Gleichbehandlungsgrundsatz eine bedeutende Rolle, wonach allein die durch die Zugehörigkeit zu demselben Betrieb begründete Beziehung der Arbeitnehmer untereinander bei gleichliegenden Tatbeständen einen Anspruch erzeugen kann (43). In der Rechtsprechung des GS des BAG ist die betriebliche Verbundenheit nunmehr zu einer haftungsrechtlichen Beziehung weiter entwickelt worden, aus der sich Rechtsfolgen im Verhältnis der Arbeitnehmer untereinander ableiten lassen. Daneben müssen die Arbeitnehmer eines Betriebes aufeinander besondere Rücksicht nehmen; sie müssen aber bei schadensgeneigter Arbeit auch einmal mit einem leichten Versehen eines ihrer Arbeitskameraden rechnen. Auch sie wissen, daß ihnen einmal solche Versehen passieren können, und möchten in einem solchen Falle nicht haftbar gemacht werden (44). Mit dieser Ver-

(40) In der positivrechtlichen Ausgestaltung der Betriebsverfassung erfuhr die Verbundenheit der Arbeitnehmer eine besondere Prägung, wobei Dietz (Anm. zu LAG Hannover, U.v. 11.8.1953, AP 54 Nr. 28 S. 104) mit Recht betont, daß die Bedeutung der betrieblichen Verbundenheit durch die Grundtendenz des BetrVG eine neue Stärkung gewonnen habe. Das positive Recht erkennt die Belegschaft als eine rechtliche Einheit "Verband" an, wenn es die Wahl von Betriebsräten regelt, die als Vertretungen der Betriebsbelegschaften vor allem die den einzelnen Belegschaftsmitgliedern verliehenen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in betrieblichen Angelegenheiten auszuüben haben; vgl. Dietz, BetrVG § 1 Anm. 3, 4, 5 ff.

(41) Vgl. oben FN (40).

(42) RG wie FN (38); vgl. auch wie FN (38) S. 21; Dietz wie FN (40); Nikisch I S. 249.

(43) Vgl. G. Hueck, Der Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung im Privatrecht S. 64; Dietz bei Hueck-Nipperdey-Dietz § 2 Anm. 17a; Müller, DB 1958, 54 ff.; Hueck-Nipperdey I S. 384; BAG GS AP Nr. 1 zu Art. 9 GG = BAG 1, 291 (315).

(44) Vgl. oben wie FN (39).

bundenheit der Arbeitnehmer ist es nicht vereinbar, wenn der durch einen Arbeitsunfall verletzte Arbeitnehmer, der von der Berufsgenossenschaft eine ausreichende Unfallversorgung erhält, noch darüber hinaus Schadenersatzansprüche gegen seinen Arbeitskameraden stellen könnte, die - wie oben dargelegt (45) - ihm selbst gar nicht oder kaum zugute kommen, seinen Arbeitskameraden aber unter Umständen zeit lebens aufs empfindlichste in seiner Lebenshaltung beschneiden würden (46). Dabei handelt es sich nicht um einen einseitigen Verzicht auf eventuelle Ersatzansprüche, sondern um einen potentiell zugunsten jedes Arbeitnehmers desselben Betriebes wirkenden Haftungsausschluß (47).

Somit steht die Ersatzpflichtigkeit der Arbeitnehmer mit dem Gemeinschaftsgedanken in unmittelbarem Zusammenhang, wobei zu der Beschränkung des individualrechtlichen Anspruches ein kollektives Element hinzukommt, aus deren Synthese allein sich die Wirkung des Anspruchverlustes ergeben kann (48).

Die Gedanken der Haftungsbeschränkung zwischen den Arbeitnehmern finden also darin ihre tiefere Grundlage, daß der einzelne Arbeitnehmer und das Einzelarbeitsverhältnis nicht isoliert betrachtet werden können, sondern der Arbeitnehmer als Teil der Belegschaft in den Betrieb eingegliedert ist, woraus zwangsläufig kollektive Elemente die individualrechtliche Stellung des Einzelnen beeinflussen (49).

(45) Vgl. oben § 2 I.

(46) BAG GS oben wie FN (39); vgl. auch Nikisch I S. 492.

(47) Ähnlich Müller, DB 1958, 740, rechte Spalte.

(48) So Müller DB 1958, 712 (713, 714); Isele JR 1960, 289 (290); ferner Steindorff wie FN (7), 3 im Anschluß an Müller.

(49) Vgl. Müller wie FN (48); Isele wie FN (48); Siebert, Festschrift für Nipperdey S. 119 (145) FN (1); Hessel DB 1958, 837; Nikisch RdA 1953, 81.

§ 3 Die Rechtsprechung des BGH

Die rechtliche Beurteilung von Fragen, die gleichzeitig - wie oben dargestellt (50) - den Bereich verschiedener Rechtsgebiete berühren, ist vielfach problematisch, wie schon die teilweise gegensätzlichen Entscheidungen oberer Gerichte zeigen. Nach den Darlegungen des GS des BAG steht seine Entscheidung nicht im Widerspruch zu der Rechtsprechung anderer Bundesgerichte, insbesondere zu der Rechtsprechung des BGH (51).

Mit der Entscheidung vom 14.1.1956 (52) hat aber der BGH entgegen der Entscheidung des GS eine Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer verneint. Obwohl es sich in dem Urteil des BGH um denselben Sachverhalt wie bei der Entscheidung des GS gehandelt hatte, ist der BGH auf die vom GS angestellten Gedanken überhaupt nicht eingegangen (53). Der BGH hat in seiner Entscheidung ausgeführt, daß die Schadenersatzansprüche von Arbeitskollegen durch die §§ 898, 899 RVO nicht ausgeschlossen oder beschränkt worden seien. Die gegenteilige Ansicht ginge deshalb nicht an, weil ansonsten die Sonderregelung der Reichsversicherungsordnung über die zivilrechtliche Haftungsbeschränkung dahin ausgeweitet

(50) Vgl. 2. Teil § 1.

(51) BAG GS wie FN (1) Bl. 829/vorn. So hat auch der BGH (U.v. 12.3.1957, BB 1957, 510) eine Anwendung des § 899 RVO auf Arbeitskameraden abgelehnt. Ebenso steht die Entscheidung des BGH vom 9.7.1957 (AP Nr. 15 zu §§ 898, 899 RVO) dem Beschluß des GS nicht entgegen, da es sich bei dieser Entscheidung um zwei Arbeitnehmer handelt, die zwar auf dem gleichen Bau, aber für verschiedene Arbeitgeber (Baufirma und Elektrofirma) arbeiten. Auch das Urteil vom 4.7.1956 (AP Nr. 1 zu §§ 898, 899) behandelt keinen Fall einer Haftung der Arbeitnehmer untereinander, sondern die Inanspruchnahme eines Unternehmers durch einen in seinen Betrieb nicht eingegliederten Arbeitnehmer eines fremden Betriebes.

(52) BGH AP Nr. 17 zu §§ 898, 899 = BB 1958, 269 mit Anm. von Gumpert.

(53) Vgl. die Kritik von Gumpert wie FN (52); G. Hueck, gemeinsame Anm. zu AP Nr. 18 und Nr. 19 zu §§ 898, 899 RVO.

würde, daß den bei Arbeitsunfällen verletzten Personen Schadenersatzansprüche gegen alle irgendwie Beteiligte abgeschnitten würden.

Das hätte zu einer Gefährdung der Rechtseinheit geführt, wenn der BGH an dieser Rechtsprechung festgehalten hätte. Der BGH hat sich aber in der kurz danach ergangenen Entscheidung vom 1. 4. 1958 (54) den vom GS des BAG entwickelten Grundsätzen ausdrücklich angeschlossen und diese später dahingehend weitergeführt, daß ein Arbeitnehmer, der durch einen bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig verursachten Arbeitsunfall zu Schaden gekommen sei, gegen seinen Arbeitskollegen keine Schadenersatzansprüche stellen könne, soweit er eine ausreichende Unfallversorgung von der Berufsgenossenschaft erhalte. Die rechtliche Begründung für die Beschränkung der Haftpflicht des Arbeitnehmers findet der BGH dabei ebenso wie das BAG in der Verbundenheit der Arbeitnehmer innerhalb einer Betriebsgemeinschaft.

Die Auffassung des BGH setzt dabei zutreffenderweise die vom BAG vertretene Ansicht fort, daß Art. 34 GG nicht für alle Arbeitnehmer in Betracht gezogen werden könne, sondern nur für die Personen, die in Ausübung eines ihnen anvertrauten öffentlichen Amtes die ihnen obliegende Amtspflicht verletzt haben (55). Eine ausdehnende Anwendung des § 899 RVO ist auch nach der Ansicht des BGH nicht zulässig, da der in den Bestimmungen der §§ 898, 899 RVO festgelegte Haftungsausschluß dem Arbeitnehmer nur dann zugute kommen könne, wenn der einzelne Arbeitnehmer zu dem in § 899 RVO aufgezählten Personenkreis gehört (55a).

(54) AP Nr. 19 zu §§ 898, 899 RVO = BB 1958, 629; vgl. auch BVerwG, U.v. 29.6.1959, AP Nr. 26 zu §§ 898, 899 RVO.

(55) BGH U.v. 12.5.1959, AP Nr. 25 zu §§ 898, 899 RVO, Bl.117.

(55a) Vgl. wie FN (55).

§ 4 Gegenüberstellung und Kritik der
neueren Lösungsversuche

I. Leugnung der Problematik

Böhmer hat gegen die Lösung des GS des BAG eingewandt, der Beschluß sei eindeutig contra legem erfolgt, weil der Große Senat abweichend von den ausdrücklichen Bestimmungen (§§ 823, 847 BGB) des Haftungsrechts die Haftung der Arbeitnehmer untereinander bei schadensgeneigter Arbeit und nicht schwerer Schuld auszu-schließen versuche (56).

Daß ein Ersatzpflichtiger nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Rechts grundsätzlich bei jeder schuldhaften Handlung und zwar auch bei leichter Fahrlässigkeit zu haften hat, ist heute im Arbeitsrecht nicht mehr ausnahmslos durchgeführt (57). Wenn der GS des BAG die bereits von der Rechtsprechung entwickelten Rechtsgrundsätze über die Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung bei schadensgeneigter Arbeit auf das Verhältnis der Arbeitnehmer untereinander angewendet und dabei entschieden hat, daß dem durch Arbeitsunfall geschädigten Arbeitnehmer in gewissem Umfang und unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch gegen den Schädiger nicht zu gewähren ist, so ist diese zweckgetreue Fortentwicklung mit dem Sinn und Zweck der Gesamtregelung und dem Gebot der Gerechtigkeit durchaus vereinbar (58).

Böhmer und Neumann-Duesberg betonen außerdem, die Lösung des BAG sei unsozial, unbillig und ungerecht (59).

Dabei bezieht sich Böhmer in erster Linie darauf, daß nach der

(56) Böhmer wie FN (12), vgl. dazu MDR 1960, 898; 1961, 110; NJW 1959, 1813.

(57) Vgl. 1. Teil § 1 I, II.

(58) Vgl. 2. Teil § 2 II.

(59) Böhmer wie FN (56); Neumann-Duesberg ArbuR 1959, 31 (32) Anm. zu dem Urteil des BAG vom 24.1.1958.

Ansicht des GS der Schädiger von dem geschädigten Arbeitnehmer für seine aus den §§ 823, 847 BGB begründeten Schadenersatzansprüche nur deshalb nicht in Anspruch genommen werden könne, weil sonst der Arbeitgeber Gefahr laufe, daß der Schädiger vielleicht einen Befreiungsanspruch gegen ihn geltend machen könnte (60). Er ist damit wie Bulla (61) der Ansicht, § 898 RVO befreie den Arbeitgeber lediglich von seiner eigenen Schadenersatzpflicht gegenüber dem Verletzten, mit seiner innerbetrieblichen Ausgleichspflicht gegenüber dem Schädiger habe diese Regelung aber nichts zu tun. Diese Auffassung ist unzutreffend. Sinn und Zweck des § 898 RVO stehen jeder über die Beitragspflicht zur Berufsgenossenschaft hinausgehenden Leistungspflicht des Arbeitgebers entgegen, und zwar auch einer über sie hinausgehenden innerbetrieblichen Ausgleichspflicht, soweit es sich um eine aus einem Arbeitsunfall entstandene Ersatzpflicht gegenüber einem Arbeitnehmer des eigenen Betriebes handelt (62). Die Lösung des GS sichert demgemäß die Wohltat der Haftungsbefreiung des § 898 RVO gegen eine Aushöhlung von innen. Das allein schon macht den Beschluß sozialpolitisch bedeutsam (63).

Dabei traf der Beschluß auch eine für die unfallbeteiligten Arbeitnehmer wirtschaftlich und sozial billige Entscheidung. Als sozial bezeichnet man alle die Maßnahmen, die dem wirtschaftlich Schwachen in den Wechselfällen des Lebens eine angemessene Sicherung gewähren (64). Der geschädigte Arbeitnehmer ist gegen die wirtschaftlichen Folgen des Unfalles weitgehend gesichert, da er einen Ersatz seines Schadens in angemessener Höhe aus der Sozialversicherung immer erhalten wird (65). Die Ansicht von Neumann-

(60) Vgl. hierzu besonders Böhmer MDR 1958, 828.

(61) Bulla wie FN (12).

(62) Ebenso Ohr NJW 1960, 1593 (1594 FN 16, 18); Haberkorn BetrVerf 1958, 221 ff.; Reimer Schmidt wie FN (8); Wussow BG 1959, 30 ff.; Gaul DB 1962, 202 (206).

(63) So Herschel wie FN (7), 258.

(64) Prangermeier MDR 1960, 896; Lauterbach, Unfallversicherung, Geschichtl. Entw. Ergänzungsblatt 32 y, 32 z 6 ff.

(65) Vgl. 2. Teil § 2 I.; Ohr BB 1960, 489.

Duesberg, die den Arbeitnehmer gleichwohl in vollem Umfange für schadenersatzpflichtig hält (66), führt dagegen dazu, daß der Sozialversicherungsträger ihm gesetzlich zustehende Ansprüche (nach § 1542 RVO) und der Geschädigte selbst auf Grund der §§ 823, 847 BGB den vollen Schadenersatz gegen den Schädiger geltend machen können. Im Ergebnis hätte damit der sozial Schwächste für den Arbeitsunfall einzustehen (67). Das hätte unsoziale und unbillige Auswirkungen zur Folge, da die durch eine typische Abirrung bei einer ihrer Eigenart nach leicht zu Schädigungen führenden Arbeit einem anderen Schäden zufügen könnte, die außer Verhältnis zu dem Arbeitseinkommen des Arbeitnehmers stehen. Aus diesem Grunde hat auch Neumann-Duesberg zugegeben, daß dadurch Härten für den Arbeitnehmer eintreten können, dem eine besonders schadensgeneigte Arbeit übertragen ist (68).

II. Haftungsbeschränkung nach § 708 BGB

In der Literatur wird teilweise die Ansicht vertreten, daß auch nach den Vorschriften des BGB eine Haftungsbeschränkung bei leichter Fahrlässigkeit des Arbeitnehmers zu rechtfertigen sei. Dabei geht man von der Betriebsgemeinschaft aus und meint, in Anbetracht der betrieblichen Verbundenheit der Arbeitnehmer desselben Betriebes rechtfertige sich hinsichtlich des Haftungsmaßstabes die analoge Anwendung des § 708 BGB mit der Folge, daß die Arbeitnehmer desselben Betriebes einander nicht haften, wenn der Schaden mit der ihnen übertragenen Arbeit zusammenhänge und durch leichtes, typisches Abirren der Arbeitsleistung entstanden sei (69).

(66) Neumann-Duesberg wie FN (59) erkennt dabei, daß § 898 RVO eine über die Pflicht zur Zahlung der Berufsgenossenschaftsbeiträge hinausgehende Leistungspflicht des Arbeitgebers ausschließt.

(67) Vgl. BAG GS wie FN (1), Bl. 822/hinten.

(68) Neumann-Duesberg wie FN (59).

(69) Staudinger-Nipperdey-Mohnen, BGB Schuldverhältnisse Vorbem. 40 zu § 617 und § 618 Anm. 45; Gaul DB 1962, 202; anschei-

Der GS des BAG hat zwar unter dem Eindruck des Gemeinschaftsgedankens den § 708 BGB nur zum Vergleich herangezogen und ihm "ausdrücklich nur allegorischen Charakter" zuerkannt (70). Die entsprechende Anwendung des § 708 BGB auf die Verhältnisse untereinander ist aber selbst dann wenig überzeugend, wenn man Analogien im Tatbestand feststellt (71). Es scheint festzustehen, daß die alle im Betrieb Tätigen verbindende Betriebsgemeinschaft nicht als ein Gesellschaftsverhältnis i.S. der §§ 705 ff. BGB angesehen werden kann, da ihr schon ein Verbandscharakter fehlt (72). § 708 BGB findet seinen Grund in dem persönlichen Vertrauensverhältnis der Gesellschafter. Danach ist zwar im Gegensatz zu dem objektiven Fahrlässigkeitsbegriff des § 276 BGB der in § 708 BGB anzuwendende Sorgfaltsmaßstab nach einem subjektiven, nämlich der Individualität des Handelnden angepaßten Maßstab (73) zu bestimmen. Es läßt sich aber annehmen, daß jeder Gesellschafter beim Zustandekommen des Gesellschaftsvertrages die Individualität des anderen ins Auge faßt und daher nur verlangt, daß der andere in den gemeinschaftlichen Angelegenheiten dieselbe Sorgfalt wie bei seinen eigenen übt (74). Für eine analoge Anwendung des § 708 BGB auf Arbeitnehmer fehlt es jedoch an einem persönlichen Vertrauensverhältnis wie bei Gesell-

nend auch Ruppert wie FN (38); Clauß NJW 1959, 1408. Clauß geht hierzu weiter, die Haftungsbeschränkung zwischen Arbeitnehmern begründe sich auf den gleichen Rechtsgedanken, der den §§ 708, 1359, 1664 BGB zugrunde liege. Verlange der Sinn einer Gemeinschaft und ergebe sich aus der Tiefe des Verbundenheitsbewußtseins ihrer Glieder, daß diese ihre materiellen Ansprüche gegeneinander um des Ganzen willen zurückstecken, so ist die Haftung zwischen ihnen beschränkt. Mit Recht wendet sich Böhmer gegen Clauß, denn sowohl § 708 als auch § 1359 BGB passen hier nicht; vgl. Böhmer NJW 1959, 1713.

(70) Reimer Schmidt wie FN (8), 194.

(71) Vgl. Steindorff wie FN (7), 3.

(72) Galperin-Siebert, BetrVG § 1 Anm. 63. Zu Recht betont auch der GS des BAG (wie FN (1) Bl. 829/hinten), daß die Arbeitnehmer eines Betriebes keine Gesellschaft bilden.

(73) Sog. "diligentia quam in suis".

(74) RGZ 143, 212 (215); Larenz, Festschrift für Arthur Nikisch S. 282.

schaftern; deshalb wurde schon beim nicht rechtsfähigen Verein mit größerer Mitgliederzahl eine analoge Anwendung des § 708 BGB zu Recht abgelehnt (75).

III. Ausdehnung der §§ 898, 899 RVO

Nach einer verbreiteten Meinung ist die vom GS des BAG im Wege richterlicher Rechtsfortbildung gefundene Lösung nicht Überzeugend; sie stützt sich vor allem darauf, daß das erstrebte billige Ergebnis zutreffender auf dem Wege über eine Ausdehnung des § 899 RVO zu gewinnen sei (76), zumal nach der Ansicht des GS die Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer für schuldhaft verursachte Arbeitsunfälle nur bei schadensgeneigter Arbeit und einem nicht schweren Verschulden einträte, womit der wirtschaftlich Schwächste teilweise haftpflichtig bleibe, während der Arbeitgeber und die ihm gleichgestellten Personen nach §§ 898, 899 RVO bei jeder Arbeit sowie bei jedem nicht vorsätzlichen Verschulden haftfrei ausgingen (77). Die Vertreter dieser Meinung führen weiter aus, die Haftungsbefreiung des Arbeitgebers nach § 898 RVO würde auf die in § 899 RVO aufgezählten Personen erstreckt, weil für deren Verschulden in Ausübung des Direktionsrechts der Unternehmer als Träger dieses Rechtes hafte (78). Auf Grund der Fürsorgepflicht, der Betriebsgemeinschaft sowie der vom Arbeitgeber zu tragenden Betriebsgefahr seien nunmehr auch mit einer schadensgeneigten Arbeit beauftragte Betriebsangehörige in den Kreis der nach § 899 RVO Befreiten einzubeziehen. Beauftragte der Arbeitgeber nämlich den Arbeitnehmer mit einer schadensgeneigten

(75) RG wie FN (74); Palandt § 708 Anm. 2; Wussow wie FN (62).

(76) Klein JZ 1958, 585 ff.; Klein JZ 1959, 748 ff.; Versen - Klein BB 1959, 344 ff.; Gumpert BB 1958, 740 ff.; ferner Fröhlich, Quelle 1960, S. 486; Prangemeier wie FN (64). Vor dem Beschluß des GS wurde diese Ansicht von Oehmann (BB 1956, 725) und Schieke (SozVers 1955, 318) vorgebracht; anders Kagerer SozVers 1955, 199.

(77) Vgl. Klein JZ 1959, 748 (749).

(78) Knoll wie FN (13).

Arbeit, so übertrage er damit zugleich die Sorge für einen Teil seines Betriebsrisikos und damit seiner Unternehmerverantwortung. Der Beauftragte erlange zwar keine Befugnisse gegenüber anderen Arbeitnehmern, aber er habe für das rechte Ineinandergreifen von Betriebseinrichtungen zu sorgen und sich selbst in Ausübung seiner schadensgeneigten Arbeit die nötigen Anweisungen zu geben (79).

Klein führt dazu weiter aus, die gesetzliche Unfallversicherungspflicht sei deshalb eingeführt worden, weil im Grunde immer Unfallgefahr bestehe. Die Versicherungspflicht des Arbeitgebers sei nicht nur zur Sicherung des Arbeitnehmers gegen ein Unfallrisiko geschaffen, sie ergreife vielmehr auch die Pflicht, "das Risiko der Schadenersatzpflicht aus Arbeitsunfällen keinem Arbeitnehmer aufzubürden" (80). Soweit es sich bei der Lösung des GS um die schadensgeneigte Arbeit bei nicht schwerem Verschulden handle, könne nicht die "Ungerechtigkeit der gesetzlichen Haftungsverteilung" zwischen Unternehmer und den ihm gleichgestellten Personen einerseits und einfachen Arbeitnehmern andererseits beseitigt werden.

De lege lata kann diesen Lösungsversuchen nicht gefolgt werden, denn eine Gesetzesauslegung muß dort ihre Grenze haben, wo bei objektiver Betrachtung der Wortlaut des Gesetzes klar und eindeutig auf der Hand liegt (81). In § 899 RVO sind gerade aus der Masse der Arbeitnehmer bestimmte Personengruppen herausgehoben und privilegiert (82). Unabhängig davon, ob man diese Interessenabwägung bejaht oder nicht, ist die Entscheidung der Gesetzesnorm zu respektieren (83). Daher hat der GS mit Recht betont, daß die enumerative Aufzählung des § 899 RVO nicht im Wege der Rechtsprechung und der Rechtslehre abgeändert werden könne (84).

(79) Vgl. Knoll wie FN (13), 139.

(80) Klein wie FN (77).

(81) BAG 1, 279 (280); Böhmer MDR 1960, 898.

(82) Vgl. 1.Kapitel § 3 I.

(83) Nikisch I, S. 494.

(84) Vgl. 2.Kapitel, 2.Teil § 2 II 1.

Im übrigen ist es m.E. auch rechtspolitisch sehr bedenklich, eine gesetzliche Freistellung aller Arbeitnehmer von der Haftung sogar für jedes grob fahrlässige Verhalten vorzunehmen, ohne daß dafür wie bei § 899 RVO besondere Gründe angegeben werden können (85). Einem allgemeinen Hinweis auf das "Rechtsempfinden" (86) sind hierfür keine konkreten Argumente zu entnehmen, mit denen man sich im Sinne einer kritischen Prüfung ihrer Überzeugungskraft auseinandersetzen könnte (87).

IV. Billigkeitshaftung analog § 829 BGB

Nach Haberkorn kann der vom BAG entwickelten Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander nicht zugestimmt werden, da die Begründung hierfür sich weder aus dem Gedanken des innerbetrieblichen Schadensausgleiches noch aus dem Gemeinschaftsgedanken herleiten läßt (88). Der innerbetriebliche Schadensausgleich stehe in Widerspruch zu der Bestimmung des § 898 RVO, weil danach der Arbeitgeber beim Arbeitsunfall von der Ersatzpflicht freigestellt sei. Andererseits sei dem geschädigten Arbeitnehmer nicht ohne weiteres zuzumuten, auf seine Ansprüche gegenüber dem schädigenden Arbeitnehmer zu verzichten.

Haberkorn kommt bei seiner Untersuchung zu dem Schluß, daß die Lösung dieses Problems einer entsprechenden Anwendung der Vorschrift des § 829 BGB zu entnehmen sei. Er geht davon aus, daß in einem solchen Falle grundsätzlich eine Haftung des fahrlässig handelnden Arbeitnehmers nach § 823 BGB bestehe und hält es daher für richtig, die Bestimmung des § 829 BGB entsprechend anzuwenden,

(85) Ebenso Schultz JR 1960, 361 (363); Nikisch I 494.

(86) So Klein wie FN (77).

(87) Auf "das" Rechtsempfinden kann man sich genau so gut für das entgegengesetzte Ergebnis, die Forderung der Aufrechterhaltung der Haftung der Arbeitnehmer, berufen; vgl. z.B. Böhmer wie FN (59).

(88) Haberkorn BetrVerf 1958, 221 ff.

Wenn dadurch habe der gesetzlich haftende Arbeitnehmer dem bei schadensgeneigter Arbeit geschädigten Arbeitskollegen, sofern nur leichte Fahrlässigkeit vorliege, diejenigen Schäden zu ersetzen, die die Billigkeit nach den Umständen des Falles erforderliche (89).

Durch eine Anwendung des § 829 BGB auf den vorliegenden Fall läßt sich diese Frage jedoch nicht lösen. § 829 BGB legt eine Ersatzpflicht aus Billigkeitsgründen nur unter bestimmten engen Voraussetzungen fest, nämlich dann, wenn in einem der in den §§ 823 - 826 BGB bezeichneten Fällen der Ersatzpflichtige auf Grund der §§ 827, 828 nicht verantwortlich sein würde. Es handelt sich hier eindeutig um eine Ausnahmebestimmung von der allgemein geltenden Verschuldenshaftung des BGB (90). Obschon Haberkorn dies erkennt, vertritt er trotzdem eine analoge Anwendung des § 829 BGB über die gesetzlich beabsichtigte Reichweite hinaus. Hierzu führt er aus, daß zwar der schädigende Arbeitnehmer schuldhaft gehandelt habe, dieser befinde sich jedoch in einer Notlage, da er eine schadensgeneigte Arbeit ausübe. Für den Arbeitnehmer sei deshalb wie in § 829 BGB eine Situation gegeben, welche nach einer Billigkeitsentscheidung geradezu schreie. Der gesetzgeberische Grundgedanke, daß zwar jeder nur nach Billigkeit hafte, wenn er für den Schaden nicht verantwortlich sei, lasse bei der hier gegebenen Sachlage eine Ausdehnung auf solche Fälle zu, in denen nur ein geringes Verschulden bei einer schadensgeneigten Arbeit gegeben sei, die den Schädiger zu riskanten, auch Mitarbeiter gefährdenden Handlungen zwingt. Dies führe zu einer Einengung der Vorschriften der §§ 249, 251 BGB bezüglich des Umfanges der Schadenersatzansprüche unter Anwendung der Grundsätze des § 829 BGB.

Es scheint jedoch im vorliegenden Fall nicht zutreffend zu sein, mit § 829 BGB zu arbeiten, da die Bestimmung des § 829 BGB eine Ersatzpflicht aus Billigkeitsgründen regelt, die nicht unter neuen Voraussetzungen auf einen anderen Fall anwendbar ist. Es

(89) Vgl. wie oben FN (88), 226.

(90) Palandt § 829 Anm. 1.

entspricht sicher der Billigkeit, die Haftung des Arbeitnehmers für den fahrlässig bei schadensgeneigter Arbeit verursachten Arbeitsunfall eines Arbeitskollegen einzuschränken. Allein auf Grund solcher Billigkeitserwägungen hat Haberkorn § 829 BGB auch hier für anwendbar erklärt, obwohl es sich bei § 829 nach Tatbestand, Umfang und Art um eine gesetzlich eng begrenzte Schadensersatznorm handelt.

Die Schlußfolgerung von Haberkorn ist auch nicht unbedenklich, denn der Arbeitgeber ist danach v ö l l i g frei, obwohl die Schäden sich aus der besonderen Gefahr und Eigenart der dem Arbeitnehmer übertragenen Arbeit ergeben (91). Dagegen hat der geschädigte Arbeitnehmer besonders im Hinblick auf das Verhältnis der Beteiligten bei schadensgeneigter Arbeit die Schäden mitzutragen, welche dem schädigenden Arbeitnehmer nach den Umständen des Einzelfalles aus Billigkeitsgründen nicht auferlegt werden können. Die Lösung von Haberkorn ist damit auch vom Ergebnis her nicht zu billigen.

V. Abschluß einer privaten Haftpflichtversicherung

Im Schrifttum werden insbesondere von Frey Bedenken gegen die Ausführung des BAG über die Gemeinschaft geltend gemacht (92). Danach können die im Anschluß an die Gemeinschaft getroffenen Feststellungen eine Lösung des erstrebten Haftungsausgleiches zwischen Arbeitnehmern bei schadensgeneigter Arbeit nicht erleichtern, weil damit eine rechtliche Begründung für die Aberkennung von Ansprüchen des einzelnen Arbeitnehmers nicht gewonnen würde. In den Fällen, in denen der GS des BAG von einem Gemeinschaftsverhältnis der Arbeitnehmer ausgegangen sei, liege eine "echte Gemeinschaft" nur dann vor, wenn auf Grund des Gemeinschaftsverhältnisses die Gemeinschaft "zur Hilfe und zum Einstehen für Hilfsbedürftige und Hilfewürdige" in der Lage sei.

(91) Vgl. oben 2. Teil § 2 I 2.

(92) Frey ArbuR 1959, 193 ff.

Die Grundsätze zur "Vorsorgepflicht" und dem daraus sich ergebenden Sinngehalt etwaiger Schadensverpflichtungen müßten daher auch realisierbar sein. Als Vorsorge schlägt Frey eine private Haftpflichtversicherung vor (93). Auch Oehmann hat sich schon vor dem Beschluß des GS auf die Möglichkeit einer privaten Haftpflichtversicherung berufen (94).

Damit sind aber noch nicht alle Fragen gelöst. Vor allem ist unklar, wieviel Arbeitnehmer auf Grund solcher Haftungsfälle an eine Haftpflichtversicherung denken würden. Andererseits ist auch der Arbeitgeber nicht verpflichtet, für die Arbeitnehmer seines Betriebes solche private Versicherungen abzuschließen(95). Die Arbeitgeber, die für ihre Betriebsangehörigen eine private Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen haben (96), können nur als Beispiele empfohlen werden, ohne daß dadurch die anderen Arbeitgeber gezwungen wären, diesem Beispiel zu folgen (97).

Dabei wäre allerdings zu erwägen, ob solche privat abgeschlossenen Betriebshaftpflichtversicherungen bereits als "verkehrsüblich" betrachtet werden können. Bestünde eine solche Verkehrsüblichkeit, so könnte selbst dann nicht von allen Arbeitgebern verlangt werden, daß sie zugunsten der Arbeitnehmer, die eine schadensgeneigte Arbeit ausüben, eine Versicherung abschließen, da sie gegenüber diesen Arbeitnehmern keine Rechtspflicht zum Abschluß einer Versicherung haben (98).

(93) Frey ArbuR 1959, 200, 205.

(94) Oehmann BB 1956, 726 (729).

(95) Das RAG hatte es abgelehnt, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber verpflichtet sei, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen (ARS 41, 55). Dem wurde auch von der neueren Rechtsprechung gefolgt; vgl. LAG Stuttgart, U.v. 26.1.1951, AP 52 Nr. 7 mit Anm. von Dersch; LAG Hamm, U.v. 10.6.1954, BB 1955, 477; BGH U.v. 10. AP Nr. 1 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's.

(96) Vgl. z.B. BGH U.v. 4.12.1958, BB 1959, 14.

(97) Oehmann wie FN (94); Gumpert BB 1955, 483 ff.

(98) Hueck in Anm. zu BGH wie FN (95); auch Frey wie FN (92), 200 im Anschluß an die Entscheidung des BGH wie FN (96).

Darüber hinaus müssen auch diesem Lösungsversuch Bedenken begegnen, weil Frey mit Hilfe anteiliger Beitragsleistungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu einer Schadensregelung kommt (99). Nach ihm ist dabei anzunehmen, daß der Gedanke der Betriebsgemeinschaft zu einer solchen gemeinsamen Lastentragung führen könne. Um bei schadensgeneigter Arbeit eine Beschränkung der Haftung des Arbeitnehmers gegen einen Arbeitskollegen zu rechtfertigen, bedürfe es nämlich gerade der Darlegung, warum dieses vom Arbeitgeber zu tragende typische Betriebsrisiko auch von den Arbeitnehmern in Form von Beitragszahlungen mitgetragen werden soll.

VI. Arbeitsrechtliche Wertung des Fahrlässigkeitsbegriffes

Ein Teil der Lehre stimmt dem Ergebnis des GS des BAG zwar zu, glaubt jedoch, die Begründung für eine Haftungsbeschränkung auf dem Boden des Fahrlässigkeitsbegriffes zu finden.

Obwohl, ausgehend von der auch für das Arbeitsrecht geltenden Vorschrift des § 276 BGB, eine besondere Begriffsbestimmung der Fahrlässigkeit überwiegend abgelehnt wird (100), versucht Scheuerle (101) in Bezug auf die personenrechtliche Eigenart des Arbeitsverhältnisses einen besonderen arbeitsrechtlichen Fahrlässigkeitsbegriff zu prägen und allein dadurch die Haftung des Arbeitnehmers für unvermeidbare Fehler, selbst wenn sie einmal grobfahrlässig herbeigeführt werden, zu beschränken. Nach ihm enthält zwar § 276 II BGB einen ausgeprägten Begriff der Fahrlässigkeit, aber trotzdem sei "jeder Interpret - aller-

(99) Hier schließt sich Frey an die Ausführungen von Gumpert wie FN (97) an.

(100) Hueck-Nipperdey I S. 213; zustimmend Nikisch I S. 305; Dersch BB 1956, 501; BAG U.v. 8.12.1958 AP Nr. 1 zu § 276 BGB mit Anm. von Dersch; 19.3.1959 AP Nr. 8 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's mit Anm. von Hueck.

(101) RdA 1958, 248 (252).

dings nach umstrittener Ansicht - befugt, sich der objektiven Auslegungsmethode zu bedienen, also das ihm gegenüberstehende Gesetz ohne Rücksicht darauf auszulegen, was einst, aus dem Text heute nicht mehr erkennbar, vom historischen Verfertiger hineingedacht wurde". Dieser Standpunkt erscheint nicht zutreffend, denn nach dem klaren und eindeutigen Wortlaut des § 276 BGB fehlt für eine rechtfortbildende und ergänzende Auslegung dieser Bestimmung die erkennbare Lücke, so daß sich die Auslegung allein an dem im Gesetz zum Ausdruck gekommenen Willen des Gesetzgebers zu orientieren hat (102). § 276 BGB verlangt tatsächlich eine f e h l e r f r e i e S a c h g e s t a l t u n g. Was zur Vermeidung eines Schadens objektiv erforderlich ist, kann nicht allein aus einer personellen Wertung ermittelt werden. Nach der überwiegenden Lehre über die Haftungsbeschränkung bei schadensgeneigter Arbeit kann der Arbeitnehmer für eine fehlerhafte Handlung trotzdem nicht haftbar gemacht werden, wenn es sich dabei um eine leichte Fahrlässigkeit nach § 276 BGB handelt. Ein besonderer arbeitsrechtlicher Fahrlässigkeitsbegriff braucht deshalb auch nicht aufgestellt zu werden (103).

In gleicher Weise steht nach Steindorff (104) die Frage der Haftungsbefreiung des Arbeitnehmers bei schadensgeneigter Arbeit in Zusammenhang mit dem Problem der richtigen Deutung und Anwendung des Fahrlässigkeitsbegriffes. Steindorff kommt zu dem Ergebnis, daß der Haftungsmaßstab des § 276 II BGB bei Dauerrechtsverhältnissen der jeweiligen besonderen Situation angepaßt werden müsse und daß dieser sich daraus ergebende modifizierte Fahrlässigkeitsbegriff eine Haftung für solche Versehen ausschließe, die zwar im einzelnen jeweils vermeidbar seien, aber im Rahmen einer schadensgeneigten Arbeit auch jedem sorgfältigen Arbeitnehmer unterlaufen können.

Nach dem von Steindorff aufgestellten besonderen Fahrlässigkeitsbegriff muß die normative Bestimmung der erforderlichen Sorgfalt bei Dauerverhältnissen im Gegensatz zu Einzelhandlungen anerkennen, daß einzelne Fehlgriffe bei der gesamten Dauertätigkeit nicht

(102) Vgl. Siebert wie FN (20) S. 8 ff., 16 ff. mit Hinweisen.

(103) Bobrowski-Gaul, G III 9; Gaul DB 1962, 166 (168).

(104) JZ 1959, 1 ff. (4, 5).

unvermeidbar und deshalb nicht vorwerfbar seien.

Die Auffassung von Steindorff, daß der modifizierte Fahrlässigkeitsbegriff zu einer Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander führen könne, erscheint bedenklich (105). Steindorff führt selbst aus, daß dieser "dem Dauerrechtsverhältnis angepaßte Fahrlässigkeitsbegriff für das Arbeitsverhältnis berechtigt sei". Folgt man Steindorff, so würde seine Feststellung nur für das Verhältnis Arbeitnehmer und Arbeitgeber Bedeutung haben mit der Folge, daß ein Arbeitnehmer keine schuldhaft Pflichtverletzung gegenüber dem Arbeitgeber begeht, wenn er bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig einen Schaden herbeiführt. Über den allgemeinen Sorgfaltsmaßstab im Verhältnis zu Dritten ergibt sich jedoch daraus nichts. Steindorff folgert jedoch, für die Arbeitnehmer eines Betriebes untereinander, die in der Regel nicht durch Verträge verbunden seien, lasse sich auch im Tatbestand das Dauerrechtsverhältnis gemeinschaftlicher Tätigkeit bei einem Arbeitgeber von den typischen Deliktstatbeständen unterscheiden. M.E. ist es aber kaum vertretbar, aus jenen im Dauerverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber begründeten Erwägungen eine allgemeine, auch für Ansprüche von Arbeitskollegen gemäß § 823 BGB gültige Haftungsbeschränkung herzuleiten (106). Da jenes Dauerrechtsverhältnis nicht zwischen den einzelnen Arbeitnehmern untereinander besteht, kann die für das Arbeitsverhältnis vorgesehene Beschränkung für die Deliktshaftung der Arbeitnehmer untereinander keine Auswirkungen haben (107).

(105) Vgl. Dersch RdA 1958, 442; Böhmer MDR 1959, 531 (532); MDR 1960, 898. § 276 BGB bestimmt nun einmal die Fahrlässigkeit als das Außerachtlassen der "im Verkehr erforderlichen Sorgfalt". Diese Sorgfalt verlangt aber, daß auch der Arbeitnehmer sich so umsichtig und aufmerksam verhalten muß, daß er niemand durch fehlerhaftes Verhalten schädigt, mag es sich auch um Fehlleistungen handeln, die nicht immer vermeidbar sind. In der Praxis könnte, wenn man das Ergebnis Steindorffs billigt, mit größerer Berechtigung in der Weise geholfen werden, daß im einzelnen Falle nicht besonders hohe Anforderungen an die Umsicht und Aufmerksamkeit des Arbeitnehmers gestellt werden, so daß schon aus rein tatsächlichen Gründen eine Fahrlässigkeit verneint werden kann.

(106) Schultz wie FN (85), 365; Ohr RdA 1960, 242.

(107) Nach der heute nicht mehr bestrittenen Lehre gilt die für

VII. Die Treuepflicht des Arbeitnehmers

Schultz wendet sich gegen die Lösung des GS des BAG (108). Wenn der GS, um die mittelbare Belastung des Arbeitgebers zu umgehen, nach Gründen dafür suche, eine Haftpflicht des schädigenden Arbeitnehmers zu beseitigen, so gehe seine Bemühung am Kern des Problems vorbei. Nach ihm handelt es sich bei der ganzen Frage um die richtige Würdigung des § 898 RVO.

Seinen Ausführungen legt er die Regelung der sozialen Unfallversicherung zugrunde und führt weiter aus: An die Stelle eines Schadensausgleiches nach zivilrechtlichen Schadenersatznormen im Einzelfalle trete eine angemessene Risiko- und Lastenverteilung auf der breiteren Basis der Unfallversicherung, deren Regelung sich so als gesetzliche Konkretisierung im Arbeitsverhältnis wurzelnder Fürsorge- und Schutzobliegenheiten, aber auch diesen entsprechender Treu- und Rücksichtnahmepflichten darstelle. Nach ihm ist § 898 RVO Ausdruck und gesetzliche Ausprägung des Gedankens der Treuepflicht des Arbeitnehmers im Sinne einer billigen Rücksichtnahme auf die Belange des Arbeitgebers als Äquivalent für dessen umfassende Unfallfürsorge. Als eine gesetzliche Ausprägung der Treuepflicht erschöpfe sich die Wirkung der Bestimmung des § 898 RVO im Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Daher bestehe kein Anlaß, wie bei sonstigen, dieses Verhältnis betreffende Normen, die Maßgeblichkeit der allgemeinen Haftungsnormen in der Beziehung des Arbeitnehmers zu Dritten in Frage zu stellen. So hindere sie die Entstehung der Ersatzansprüche des verletzten Arbeitnehmers gegen Dritte (auch Arbeitskollegen) nicht.

Eine andere Frage sei aber, ob in diesem Fall der Arbeitnehmer nicht gegenüber dem Arbeitgeber verpflichtet sei, die Geltendmachung solcher Ansprüche zu unterlassen. Für die Beantwortung

einen Vertragstyp vorgesehene Beschränkung auf eine schwere Schuldart auch für die Deliktshaftung: RGZ 88, 317; Scheuff A 89, 329; Krückmann, JehringsJ 52 428; BGHZ 17, 217.

(108) Schultz JR 1960, 361 ff.; Reinhart-Schultz JUS 1961, 1 ff.

dieser Frage müßten in der Tat die in § 898 RVO zum Ausdruck gelangten Gedanken entscheidende Bedeutung gewinnen. Daraus folgert Schultz, daß der Arbeitnehmer auf Grund eines Arbeitsunfalles vom Arbeitskollegen, der ihn bei schadensgeneigter Arbeit verletzt hat, insoweit keinen Schadenersatzanspruch verlangen dürfe, als diesem ein Regreßanspruch gegen den Arbeitgeber erwachse und diesen mittelbar belasten würde, da der Arbeitnehmer sonst gegen seine Treuepflicht verstoße. Mache er trotzdem seine Ansprüche geltend, so müsse der Arbeitgeber den entstehenden Regreßanspruch befriedigen, er könne jedoch von dem pflichtwidrig handelnden verletzten Arbeitnehmer unter dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung das Geleistete zurückfordern (109).

Daß die in § 898 RVO enthaltene Haftungsbefreiung des Arbeitgebers eine **g e s e t z l i c h e** Ausprägung des Gedankens der Treuepflicht des Arbeitnehmers sein soll, erscheint als eine sehr gezwungene Konstruktion einer vertraglichen Pflicht. Aus der Entstehungsgeschichte der sozialen Unfallversicherung läßt sich kaum herleiten, daß der Gedanke der Treuepflicht des Arbeitnehmers in § 898 RVO seine gesetzliche Ausgestaltung erfahren habe (110). Die bisherige Begründung lag in der Bedeutung des § 898 RVO als einer Ausgleichsnorm zwischen den Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wobei die Lasten der Unfallversicherung allein von dem Arbeitgeber getragen werden, wofür er einen Ausgleich in der Ablösung seiner Haftpflicht gegenüber den Arbeitnehmern erhalten soll, während der verletzte Arbeitnehmer für den Verlust seines Schadenersatzanspruches gegen den Arbeitgeber einen sicheren, von einem eigenen und einem Verschulden des Arbeitgebers unabhängigen Anspruch gegen die Berufsgenossenschaft erhält (111).

Für die These von Schultz läßt sich die Feststellung treffen,

(109) Vgl. Schultz JR 1960, 361 (366, 367).

(110) Vgl. Möller JUS 1961, 10.

(111) Dersch Festschrift für Friedrich Sitzler S. 203 ff.; Nikisch I, S. 490; Hueck-Nipperdey I, S. 368; Lauterbach wie FN (64) § 898 Anm. 1; RGZ 74, 27; BGHZ 3, 298 (301); 8, 330 (336); BAG 5, 1 (10, 11); vgl. auch oben § 2 I.

daß der vom Arbeitgeber gegen Arbeitsunfälle sichergestellte Arbeitnehmer auf die Forderung eines etwa die Versicherungsleistungen übersteigenden Schadens verzichtet, wenn solche im Einzelfall einmal nach allgemeinen Haftpflichtregeln begründet wären (112). Daraus ergibt sich aber im Verhältnis des Arbeitnehmers zu Dritten nichts. Schultz gibt selbst zu, daß die Bestimmung des § 898 RVO als eine gesetzliche Ausgestaltung der Treuepflicht nur das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beeinflusse und daher die Entstehung der Ersatzansprüche des verletzten Arbeitnehmers gegen Dritte bzw. Arbeitskollegen nicht hindere; anschließend führt er aber inkonsequent weiter aus, daß es diese Regelung verbiete, etwa entstandene Ersatzansprüche geltend zu machen, falls durch Regreßansprüche des Dritten (Arbeitskollegen) der Arbeitgeber mittelbar belastet würde. § 898 RVO kann weder die Entstehung der Ersatzansprüche aus einem Arbeitsunfall gegen Dritte und damit auch Arbeitskollegen verhindern noch die Geltendmachung der dadurch entstandenen Schadenersatzansprüche (113). Die gesetzliche Regelung des § 898 RVO betrifft nur das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und bezieht sich daher nur auf die u n m i t t e l b a r e n A n s p r ü c h e des Verletzten gegen den Arbeitgeber (114).

Die angebliche Treuepflicht des Arbeitnehmers nach § 898 RVO könnte, wenn man Schultz folgt, den Arbeitnehmer daher in der Beziehung zu Dritten keineswegs hindern, seine Interessen mit den gesetzlich zulässigen Mitteln zu fördern, selbst letztlich auf Kosten des Arbeitgebers (115). Mit Recht weist Möller (116) darauf hin, daß auch die kühne Konstruktion eines stillschweigenden pactum de non petendo einen Arbeitnehmer nicht belasten dürfe, da der Abschluß eines Vertrages notwendigerweise wenigstens

(112) Wie FN (109).

(113) Vgl. 2. Teil § 1.

(114) Vgl. Lauterbach wie FN (64) § 898 Anm. 1; BGH U.v. 16.6.1959, BG 1959, 478 (479).

(115) Vgl. Hueck-Nipperdey I S. 222.

(116) Wie FN (110), 11.

eine stillschweigende Annahme voraussetze. Worin diese einem Verzicht gleichkommende Erklärung des Arbeitnehmers liegen soll, ist jedoch nicht ersichtlich.

VIII. Innerbetrieblicher Schadensausgleich im Rahmen der Bestimmungen der RVO

Ohr (117) geht davon aus, daß das Prinzip eines innerbetrieblichen Schadensausgleiches auch im Verhältnis der Arbeitnehmer untereinander angewandt werden könne, und zwar in gleicher Weise wie im Verhältnis von Arbeitgeber zu Arbeitnehmer (118). Der Arbeitnehmer, der die schadensgeneigte Arbeit ausgeführt und dabei mit arbeitsbedingter Fahrlässigkeit (119) einen Arbeitnehmer desselben Betriebes verletzt habe, müsse nicht deshalb von den finanziellen Folgen des Unfalls freigestellt werden, weil er und der Verletzte demselben Betriebe angehören, sondern weil die schadensgeneigte Arbeit dem Interesse des Arbeitgebers diene und weil dieser deshalb auch das wirtschaftliche Risiko der Arbeit tragen müsse. Der Schädiger dürfe nicht in der Weise von den Unfallfolgen freigestellt werden, daß seine Schadenersatzpflicht aus § 823 BGB oder aus verwandten Vorschriften aufgehoben werde, vielmehr geschehe es wie stets durch die Leistungen des Arbeitgebers. Hier wird aber nach Ohr der Schädiger nicht mit eigenen Mitteln des Arbeitgebers freigestellt, sondern durch die Leistungen aus der Berufsgenossenschaft. Der verletzte Arbeitskollege werde darüber hinaus gegen den Schädiger keine Ersatzansprüche geltend machen können, denn die Ansprüche des Verletzten gegen die Berufsgenossenschaft gelten nicht nur die Schadenersatzansprüche ab, die dem verletzten Arbeitnehmer gegen den Arbeitgeber zustehen, sondern auch diejenigen Ansprüche, die dem

(117) BB 1960, 489 ff.; NJW 1960, 1593 ff.; ArbUR 1960, 242 ff.

(118) Vgl. hierzu § 2 II 2.

(119) Über den "arbeitsbedingten Fahrlässigkeitsbegriff" nach Ohr vgl. 2. Kapitel, 1. Teil § 2 II FN (63).

Verletzten gegen den Schädiger zustehen, soweit diese durch einen innerbetrieblichen Ausgleichsanspruch des Schädigers gegen den Arbeitgeber gedeckt sind, und diesen Ausgleichsanspruch selbst. Rechtsdogmatisch ergebe sich dies aus dem Gedanken des § 898 RVO. Trotz des klaren Wortlautes der §§ 898, 899 RVO, daß der Unternehmer und die ihm Gleichgestellten nicht zum Schadenersatz "verpflichtet seien", zeigt nach Ohr der sachliche Zusammenhang der §§ 898, 899 RVO mit den §§ 537 ff. RVO, daß die Ersatzpflicht dieser Personen fortbesteht und lediglich durch eine besondere Art eines Vergleiches abgegolten wird. Die Parteien dieses Vergleiches seien auf der einen Seite die in der leistungspflichtigen Berufsgenossenschaft vereinigten Arbeitgeber, auf der anderen Seite die von ihnen gesetzlich gegen Unfall versicherten Arbeitnehmer; es handle sich also um eine überbetriebliche Risiko- und Schadensgemeinschaft, die eine vergleichsweise Abgeltung der Ansprüche des Verletzten gestatten würden. Ihre Rechtfertigung erhalte die vergleichsweise Abgeltung der Ansprüche des Verletzten jedoch nicht aus dieser überbetrieblichen Risiko- und Schadensgemeinschaft, sondern aus dem Erfordernis des innerbetrieblichen Arbeitsfriedens; nur soweit dieses reiche, könne den verletzten Arbeitnehmern eine vergleichsweise Abgeltung ihrer Ansprüche zugemutet werden.

§ 898 RVO, der den Arbeitgeber von den Verpflichtungen befreie, die über die Pflicht zur Zahlung der Berufsgenossenschaftsbeiträge hinausgehen, sei ein notwendiger Bestandteil dieser im Interesse des innerbetrieblichen Arbeitsfriedens vorgeschriebenen, vergleichweisen Abgeltung derjenigen Ansprüche des Verletzten, für die der Arbeitgeber unmittelbar oder wegen seiner innerbetrieblichen Ausgleichspflicht mittelbar einzustehen habe.

Die rechtskonstruktive Vorstellung Ohrs erscheint schon vom Ausgangspunkt her als unzutreffend. Wenn Ohr die Rechtfertigung des Prinzips des innerbetrieblichen Schadensausgleichs in dem Verhältnis des schädigenden Arbeitnehmers zum Arbeitgeber, also in dem zwischen diesen bestehenden Arbeitsverhältnis sieht, so ist der geschädigte Arbeitskollege aber auch ein "Dritter", der grundsätzlich den vollen Schadenersatz vom Schädiger verlangen

kann. Der Arbeitgeber sollte dann diesen von der Ersatzpflicht gegenüber dem Geschädigten freistellen. Es dürfte allein der Interessenlage entsprechen, dem Arbeitgeber als dem Unternehmer die besonderen Risiken des Arbeitsprozesses zuzurechnen, zumal der schädigende Arbeitnehmer eindeutig im Interesse des Arbeitgebers handelt, was Ohr selbst betont.

Die dem verletzten Arbeitskollegen gegen die Berufsgenossenschaft zustehenden Ansprüche beziehen sich schon dem Grunde nach auf die Institution des Sozialversicherungsrechtes. Im Rahmen einer Zwangsversicherung wird dem einzelnen für jeden Fall einer Körperverletzung, unabhängig von einer zivilrechtlichen Verantwortlichkeit eines Dritten, ein Anspruch auf einen angemessenen Schadensausgleich gegeben (120). Dem entspricht auch der Forderungsübergang des § 1542 Abs. 1 RVO: " s o w e i t die nach diesem Gesetz Versicherten ... nach anderen gesetzlichen Vorschriften Ersatz eines Schadens b e a n s p r u c h e n k ö n n e n , ... geht der Anspruch auf die Träger der Versicherung insoweit über". Die Berufsgenossenschaften gewähren hier dem Verletzten die Leistungen nicht deshalb, weil für den Arbeitgeber gegenüber dem schädigenden Arbeitnehmer eine Ausgleichspflicht besteht, wie Ohr meint, sondern aus dem Gedanken der sozialen Fürsorge, die im einzelnen den Berufsgenossenschaften als öffentlichrechtlichen Einrichtungen als Aufgabe obliegt (121). Es wäre daher unverständlich, dem verletzten Arbeitskollegen die nach allgemeinem Haftpflichtrecht vorgesehenen Ersatzansprüche gegen den Schädiger gerade für diese Leistungen zu nehmen. Ohr erkennt dabei, daß das zivile Schadenersatzrecht und das Sozialversicherungsrecht zwei verschiedenartige Institutionen sind.

Auch die Ansicht, daß nach § 898 RVO die Ersatzpflicht des Arbeitgebers nicht ausgeschlossen sei, sondern fortbestehe und lediglich in einer besonderen Art eines Vergleiches abgegolten werde, ist mit der h.L. abzulehnen (122). § 898 RVO enthält eine

(120) Vgl. 1. Kapitel § 2 I.

(121) Vgl. Reinhart-Schultz JUS 1961, 2; Lauterbach wie FN (64) Geschichtl. Entw. Ergänzungsblatt 32 z 7 ff.

(122) Vgl. vor allem RGZ 74, 27; BGHZ 3, 298; 8, 330; 19, 114.

der wesentlichsten Grundlagen der sozialen Unfallversicherung - nämlich die Ablösung der Unternehmerhaftung. An die Stelle der Haftpflicht des Unternehmers tritt der unmittelbare Anspruch des Verletzten gegen die Berufsgenossenschaft; § 898 RVO schließt bereits das Entstehen von zivilrechtlichen Ersatzansprüchen aus, soweit es sich um unmittelbare Ansprüche gegen den Arbeitgeber handelt.

Bei der Regelung des § 898 RVO hat zwar auch der Wunsch eine Rolle gespielt, im Interesse des innerbetrieblichen Arbeitsfriedens Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern wegen eines Unfalles soweit wie möglich von vornherein zu vermeiden. Für das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern ergibt sich aber daraus nichts, weil die Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen grundsätzlich berechtigt sind, untereinander Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Ebensowenig kann daher die Bedeutung des Arbeitsfriedens unter Berufung auf § 898 RVO die Abgeltung der Ersatzansprüche gegen den Schädiger herbeiführen, da sie unter Umständen eine Ausgleichspflicht des Arbeitgebers auslösen würden (123).

Hier ist damit zu Recht daran festzuhalten, daß in diesem Zusammenhang die Belastung des Arbeitgebers mit Freistellungsansprüchen aus Arbeitsunfällen auf eine Beseitigung des § 898 RVO hinauslaufen würde, aber § 898 RVO ist selbst rechtsdogmatisch nicht geeignet, dies zu verhindern.

(123) Zurückhaltend auch Ohr in VersR 1962, 205 (208).

§ 5 Ergebnis

Überschaut man kritisch die Versuche zur Lösung des Problems der Haftung der Arbeitnehmer untereinander in Fällen schadensgeneigter Arbeit, so muß man feststellen, daß trotz zahlreicher unterschiedlicher Stellungnahmen in der Literatur der Entscheidung des GS des BAG zu folgen ist. Die hiervon abweichenden Begründungsversuche, von denen die meisten das Problem mit den üblichen Mitteln der p o s i t i v - r e c h t l i c h e n D o g m a t i k an Hand der Vorschriften des BGB (124) oder der RVO (125) zu lösen suchen, zeigen, daß eine einwandfreie Lösung auf Grund der positiven Gesetzesbestimmungen nicht möglich ist, denn entweder verstoßen sie gegen geltende Rechtsnormen oder sind doch nicht geeignet, für diese Fälle eine folgerichtige und gerechte Lösung herbeizuführen (126).

Bei dieser Lösung handelt es sich um eine Ausnahmeregelung, die der GS des BAG bewußt ohne gesetzliche Stütze entwickelt hat. Wenn dabei bei schadensgeneigter Arbeit trotz eines Verschuldens eines Arbeitnehmers das Eintreten einer Schadenersatzpflicht seitens des schädigenden Arbeitskollegen überhaupt gezeugnet wird, dann ist dies nicht mehr gleichbedeutend mit einer arbeitsrechtlichen Interpretation des Fahrlässigkeitsbegriffes. Die Entscheidung des GS des BAG enthält vielmehr in dogmatischer Hinsicht eine D u r c h b r e c h u n g des § 823 BGB. Daß die bürgerlich-rechtlichen Haftungsvorschriften den sozialen Gegebenheiten des Arbeitslebens vielfach nicht gerecht werden, hat sich seit langem schon gezeigt (127). Die materialistisch-liberalistische Denkweise der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat den

(124) §§ 708, 829 und 276 BGB.

(125) §§ 898, 899 RVO.

(126) Z.B. Abschluß einer privaten Haftpflichtversicherung;
vgl. oben § 4 V.

(127) Vgl. 2. Kapitel § 1 I 1, 2.

durch die zunehmende Industrialisierung und die Wandlung des Gesellschaftsbildes hervorgerufenen sozialen Notwendigkeiten weichen müssen. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß gewisse gesetzliche Vorschriften nicht mehr dem heutigen Zeitgeist entsprechen (128) oder daß der damalige Gesetzgeber der sozialen Entwicklung nicht die Aufmerksamkeit hat angedeihen lassen, die sie eigentlich verdient hätte (129).

Das BGB (130) und mit ihm die Vorschriften des Haftungsrechts haben sich in ihrer Gesamtheit im Laufe der fortschreitenden Entwicklung gehalten und bilden auch heute die wesentliche Grundlage der Haftpflicht. Soweit der soziale Fortschritt es erfordert hat, wurde es jedoch teilweise durchbrochen (131). Von der vorpositiven Warte aus gesehen, kommt man zu dem Ergebnis, daß im Arbeitsleben das Unternehmerrisiko die Grundlage der Haftungsbeschränkung bleibt für Schäden, die letzten Endes auf die besondere Schadensneigung der Tätigkeit zurückzuführen sind (132). Eine Haftung des Arbeitnehmers - auch gegenüber einem anderen Arbeitskollegen - besteht in diesen Fällen nicht.

Solange es an einer positivrechtlichen Regelung fehlt, muß man sich mit Zumutbarkeitsregelungen zufriedengeben, die sich aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen und letzten Endes aus Treu und Glauben ergeben (133). Die Begründung für diese Regelung mit dem Gedanken der Betriebsverbundenheit ist im wesentlichen lediglich ein Rechtsbehelf, wodurch eine Vollhaftung des Arbeitnehmers

(128) So ist z.B. der Versuch der Sachbeschädigung unter Strafe gestellt (§ 303 Abs. 2 StGB), nicht aber der Versuch der Körperverletzung (§§ 223 ff. StGB).

(129) Vgl. Dietz ArbGeb 1951, 66.

(130) Die Vorschriften über den Dienstvertrag bilden auch die Grundlage des Einzelarbeitsvertrages. Sie wurden auch aus sozialen Gründen teils durchbrochen (z.B. bei der Lehre vom Betriebsrisiko die §§ 320 ff.) oder teils ergänzt (z.B. durch Urlaubsgesetze, Kündigungsschutz u.ä.)

(131) Vgl. wie FN (127).

(132) Vgl. oben § 2 II 2.

(133) Wussow BG 1959, 30; Weber in Staudinger II Teil 1b § 242 B 312.

a u s s o z i a l e n B i l l i g k e i t s g r ü n d e n
verhindert werden soll.

3. T e i l

INHALT UND UMFANG DES SCHADENSAUSGLEICHES BEI EINER HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG

§ 1 Ausgleichsansprüche

I. Ersatzleistung bei Personenschäden

Der GS des BAG begrenzt den Haftungsausschluß der Arbeitnehmer untereinander auf die bei schadensgeneigter Arbeit fahrlässig verursachten Arbeitsunfälle, wobei dem geschädigten Arbeitnehmer ein Anspruch öffentlich-rechtlicher Art auf Schadenersatz gegen die Sozialversicherungsträger zusteht. Die Unfallversicherung ist eine reine Personenversicherung, wobei die Sozialversicherer nur den in den Vorschriften der RVO bestimmten Ersatz des durch Körperverletzung entstandenen Schadens zu gewähren haben. Danach sind nur die materiellen Schäden an der Person des Verletzten weitgehend gedeckt, wie bereits eingehend dargelegt wurde (1).

Es ist deshalb notwendig, noch besonders auf den immateriellen Schadenersatz-(Schmerzensgeld-)anspruch einzugehen, zumal das Verhältnis zwischen Schmerzensgeldanspruch und den Bestimmungen

(1) Siehe 2. Teil § 2 I.

des Sozialversicherungsrechtes schon wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten geführt hat.

Entgegen der herrschenden Rechtsauffassung (2) wird teilweise die Ansicht vertreten, daß der Verletzte trotz § 898 RVO einen Schmerzensgeldanspruch gegen den Arbeitgeber geltend machen könne (3). Auf unseren Fall bezogen würde das bedeuten, daß ein Freistellungsanspruch des vom geschädigten Arbeitskollegen in Anspruch genommenen Schädigers nicht der Bestimmung des § 898 RVO entgegenstehen würde und damit auch dessen Haftung für Schmerzensgeld gegenüber dem geschädigten Arbeitskollegen nicht beschränkt wäre.

So ist Dockhorn (4) der Ansicht, die Versagung eines Schmerzensgeldes in den Fällen des § 898 RVO verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes. Dieser Einwand kann jedoch nicht anerkannt werden. Dockhorn bringt selbst vor, dieser Grundsatz verbiete es nicht, daß eine unterschiedliche Behandlung dort Platz greifen könne und stattfinden müsse, wo tatsächlich oder persönlich aner kennenswerte Gründe für eine solche unterschiedliche Behandlung gegeben seien. Solche Gründe liegen aber hier, wie die Rechtsprechung stets zutreffend ausgeführt hat, vor (5). Die Versagung des Anspruches auf Schmerzensgeld in den Fällen des § 898 RVO kann daher nicht gegen

-
- (2) Vgl. 2. Teil § 2 I; RGZ 74, 27; BGHZ 3, 298 (302); 8, 330 (338); 19, 114 (121); BAG AP Nr. 3 zu § 1 Ges. Schad. Ers. Anspr. Dienst- u. Arb.Unfall; BAG (GS) AP Nr. 4 zu §§ 898, 899 RVO; OLG München JZ 1955, 1686; LAG Hannover VersR 1956, 584; Nikisch I S. 489; Dersch, Festschrift für Friedrich Sitzler S. 203 ff.
- (3) Dockhorn SozSich 1955, 19; Rietschel JZ 1955, 35; Böhmer MDR 1961, 110; Sieg JZ 1960, 436; im Anschluß an Rietschel hat auch das LAG Berlin in einer Entscheidung v. 31.3.1956 - 6a 353/55 die gleichen Erwägungen angestellt. Das BAG hat jedoch diese Entscheidung aufgehoben und damit die bisherige Rechtsprechung aufrechterhalten; vgl. AP Nr. 10 zu § 898, 899 RVO.
- (4) Dockhorn wie FN (3).
- (5) Über diese Gründe vgl. die ausführlichen Darlegungen im 2. Teil § 2 I und die Rechtsprechung wie FN (2).

Art. 3 GG verstoßen (6).

Ebensowenig kann Rietschel (7) mit seinen Ausführungen über eine Bejahung des Schmerzensgeldanspruches gegenüber § 898 RVO durchdringen. Rietschel hat insbesondere unter Hinweis auf den Beschluß des BGH vom 25.10.1951 (8) gegen die Auslegung des § 898 RVO durch die h.L. eingewandt, dieses Ergebnis sei zwar nicht befriedigend, aber er führt selbst aus, daß es angesichts der eingehenden Regelung dieser Materie in der RVO de lege lata trotzdem hingenommen werden müsse. Nach seiner Ansicht müssen Bestimmungen der §§ 898 ff. RVO eng ausgelegt werden und können insbesondere nicht auf Ansprüche ausgedehnt werden, die in der RVO keine Regelung gefunden haben, was bei dem Schmerzensgeld der Fall sei. In dieser Richtung habe auch der BGH in einer neueren Entscheidung (9) Erwägungen angestellt, nämlich inwieweit Schmerzensgeldansprüche aus Amtshaftung durch §§ 9 BEG und 124 DBG ausgeschlossen werden könnten.

Dem Hinweis Rietschels auf das BEG und das DBG muß entgegengehalten werden, daß die Regelung der Entschädigung nach diesen Gesetzen von anderen Voraussetzungen ausgeht als die RVO, was auch Rietschel nicht verkennt (10). Daher kann auch die von Rietschel angeführte Rechtsprechung des BGH zu §9BEG und § 124 DBG auf den Fall des § 898 RVO nicht analog angewandt werden (11). Mit Recht hat Knoll außerdem darauf hingewiesen, daß, wenn man dem verletzten Arbeitnehmer zu den Leistungen der Unfallversicherung

(6) Ablehnend Jarckow NJW 1957, 449; Dersch wie FN (2), 207.

(7) Wie FN (3).

(8) BGHZ 3, 298.

(9) BGHZ 12, 279.

(10) Knoll JZ 1955, 318 führt zutreffend aus, daß es kaum angehen dürfte, eine Vorschrift wie die des § 898 RVO, deren Inhalt nach dem in der Entstehungsgeschichte klar zum Ausdruck gekommenen Willen des Gesetzgebers nach 70 Jahren einmütiger Auslegung jetzt aus Gründen anders auszulegen, die möglicherweise de lege ferenda geltend zu machen wären. Vgl. hierzu auch Dersch wie FN (2).

(11) BAG AP Nr. 3 zu § 1 Ges.Schad.Ers.Anspr. Dienst- und Arbeitsunfall, Bl. 180/hinten.

noch ein Schmerzensgeld gewähren wollte, es verkehrt wäre, dies auf dem Wege über einen Anspruch gegen den Unternehmer zu tun. Es wäre dann richtig, den Schmerzensgeldanspruch auch als eine Leistung der Unfallversicherung vorzusehen. Das würde aber eine Abänderung der Vorschriften über die Leistungen der Unfallversicherung bedeuten (12).

Es muß deshalb mit der h.L. daran festgehalten werden, daß der Haftungsausschluß nach § 898 RVO alle Schadenersatzansprüche umfaßt, gleichgültig welcher Rechtsgrund in Frage kommt (13). Die Ablösung der Unternehmerhaftung durch die Unfallversicherung bezieht sich nach dem Wortlaut des § 898 RVO: "nach anderen gesetzlichen Vorschriften zum Ersatz des Schadens, den ein Unfall ... verursacht hat" auf jede Ersatzpflicht (14).

Der Schmerzensgeldanspruch dient als Ausgleich einer ideellen Schädigung und ist mit dem Schadenersatzanspruch wegen Körperverletzung, d.h. dem materiellen Schaden an Leben, Körper und Gesundheit in seiner Entstehung untrennbar verbunden (15). Der umfassende Haftungsausschluß des § 898 RVO gilt damit auch für das Schmerzensgeld (16). Dieser Meinung hat sich auch der GS des BAG mit der Begründung angeschlossen, daß sonst der Freistellungsanspruch des Schädigers gegenüber dem gemeinsamen Arbeitgeber zu einer eklatanten Aushöhlung des § 898 RVO an einer empfindlichen Stelle führen würde (17).

(12) Knoll wie FN (10).

(13) Vgl. die Rechtsprechung wie FN (2); dazu Geigel, Haftpflichtprozeß S. 745.

(14) Lauterbach, Unfallversicherung § 898 Anm. 7; Möller JWS 1961, 11.

(15) Larenz II S. 395.

(16) Weimar, BfStSozVersArbR 1955, 281 (282).

(17) Vgl. BAG wie FN (2); oben 2. Teil § 2 I; Klein JZ 1958, 585 (587); Herschel JZ 1958, 257 (258).

II. Ersatzansprüche wegen Sachschadens

In der Rechtslehre ist bestritten, ob sich der Haftungsausschluß auch auf Sachschäden bezieht (18).

Einerseits wird die Meinung vertreten, daß die Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander nach dem Beschluß des GS des BAG auch für Sachschäden gelte (19). Klein wendet sich insoweit gegen das BAG, da ein Ausschluß der Sachschadenhaftung nicht geboten sei; der Arbeitgeber müsse vielmehr für Sachschäden haften, da eine ihm insoweit auferlegte Pflicht zur Freistellung des Arbeitnehmers von dessen Sachschadenhaftung — anders als bei Körperschäden — nicht den Haftungsausschluß des Arbeitgebers nach § 898 RVO illusorisch mache (20).

Herschel (21) gibt der Entscheidung des BAG zu Recht eine andere Auslegung, denn der GS des BAG hat in seiner Entscheidung ausdrücklich nur von einer "Körperverletzung" gesprochen und nicht zu Sachschäden Stellung genommen (22). Darüber hinaus ist auch die in dem Beschluß gegebene Begründung nur auf die Personenschäden betreffenden Vorschriften der RVO abgestellt. Wie Klein vorbringt, ist es aber zutreffend, daß hier ein unbilliges Ergebnis vorläge, wenn man unter Berufung auf den dem Arbeitgeber nach § 898 RVO zustehenden Haftungsausschluß dem schädigenden Arbeitnehmer einen Ausschluß der Sachschadenhaftung zubilligt, den der Arbeitgeber gar nicht genießt.

Ersatzansprüche wegen eines bei einem Arbeitsunfall erlittenen Sachschadens sind durch § 898 RVO nicht ausgeschlossen (23). Die

(18) Zweifelnd vgl. Frey ArbuR 1959, 193 (194).

(19) Klein JZ 1959, 748 (750); Klein-Versen BB 1959, 354 (359); Steindorff JZ 1959, 1 (2 FN 33); ArbG Berlin v. 5.2.1959; Berl. Entsch. Kal. Nr. 19/59, 35, 333.

(20) Klein wie FN (19).

(21) Herschel wie FN (17).

(22) BAG GS AP Nr. 4 zu §§ 898, 899 RVO Bl. 823/vorn = BAG 5, 6.

(23) Allgemeine Meinung: vgl. OLG Marienwerder Ent. OLG 22, 95; Dersch wie FN (2) 209; Lauterbach wie FN (14) § 898 Anm.7;

gegenteilige Ansicht der OLG Köln (24) und Koblenz (25) ist unhaltbar (26), denn der Haftungsausschluß des Arbeitgebers nach § 898 RVO gilt sinngemäß nur für solche Schäden, die die RVO überhaupt regelt (26a). Gemäß § 555 RVO ist alleiniger Gegenstand der Unfallversicherung "der Ersatz des Schadens, der durch Körperverletzung, Tötung oder Beschädigung eines Körperersatzstückes entsteht". Aus dem klaren Wortlaut des § 555 RVO ergibt sich zwingend, daß die Sachschadenhaftung keinen Gegenstand der Unfallversicherung darstellt, soweit es sich nicht um die Beschädigung eines Körperersatzstückes handelt. Körperersatzstücke bilden aber einen Sonderfall eines Sachschadens, dessen Entschädigung aus dem sonstigen Wirkungsbereich der Unfallversicherung herausfällt.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß der Sachschaden völlig außerhalb des Rahmens der Sozialversicherung liegt. Da insoweit bei einer Bejahung der Haftung eine Beseitigung des § 898 RVO nicht in Betracht kommt, wird die Haftung des Arbeitgebers wegen Sachschadens aus Arbeitsunfall und damit auch eine ihm insoweit auferlegte Freistellungspflicht des Arbeitnehmers nicht ausgeschlossen. Es kommen damit hier die allgemeinen Regeln des innerbetrieblichen Schadensausgleichs für die bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig verursachten Sachschäden eines Arbeitskollegen in Betracht (27). Der schädigende Arbeitnehmer haftet dafür zwar dem Geschädigten, der Arbeitgeber hat ihn aber von diesen Schadenersatzansprüchen freizustellen (28).

Weimar wie FN (16); Geigel wie FN (13), S. 746; OLG Karlsruhe VersR 1956, 352; OLG Düsseldorf VersR 1958, 99; BGH U.v. 10.11.1958 VersR 1959, 108; BAG U.v. 25.2.1960 BB 1960, 554 (555).

(24) OLG Köln U.v. 13.4.1954 ZfV 1954, 482.

(25) OLG Koblenz U.v. 11.3.1955 VersR 1955, 423.

(26) Vgl. dazu Knoll MDR 1956, 532; Thiel VersR 1955, 332.

(26a) BGH wie FN (23).

(27) Vgl. hierzu 2. Teil § 2 II 2; Herschel wie FN (17).

(28) Bereits in der Rechtsprechung des BAG ist für den vom Arbeitnehmer bei schadensgeneigter Arbeit erlittenen eigenen Sachschaden ein Ersatzanspruch gegenüber dem Arbeitgeber anerkannt worden; vgl. BAG wie FN (23); U.v. 19.5.1961 BB 1961, 826; (GS) Beschluß v. 10.11.1961 BB 1962, 169.

§ 2 Ersatzansprüche durch die Teilnahme am
allgemeinen Verkehr

Die Beschränkung der Haftung eines Arbeitnehmers, der den Arbeitsunfall eines Arbeitskollegen bei schadensgeneigter Arbeit leicht fahrlässig herbeigeführt hat, soll nach der Ansicht des GS des BAG auch dann gelten, wenn der Unfall sich "bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr" (29) ereignet hat. Der GS betont dabei, daß der Beschluß nicht etwa gegen Sinn und Zweck des Gesetzes über die erweiterte Zulassung von Schadenersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen v. 7.12.1943 verstoße. Die Vorteile dieses Gesetzes blieben auch nach der Entscheidung des GS dem Verletzten erhalten. Mag dieser auch den Anspruch gegen den Kraftwagenfahrer einbüßen, so behalte er doch gemäß der in diesem Gesetz von § 898 RVO gemachten Ausnahme bei einem im allgemeinen Verkehr erlittenen Arbeitsunfall Ersatzansprüche gegen seinen Arbeitgeber als den Halter des Kraftfahrzeuges, mit dem der Unfall verursacht wurde (30).

Die These des GS ist zwar soweit ausreichend, daß der in diesen Fällen verletzte Arbeitnehmer durch die Einschränkung der Ansprüche gegenüber dem Schädiger (Fahrer) nicht beeinträchtigt wird, weil er selbst weitgehende Ersatzansprüche gegen seinen Arbeitgeber - als Kraftfahrzeughalter - hat. Aber die Ansicht des GS, nach der dem Verletzten in diesen Fällen keine Schadenersatzansprüche gegen den Schädiger zustehen, erscheint von seinem sonstigen Standpunkt aus inkonsequent zu sein (31). Danach

(29) Zum Begriff der Teilnahme am allgemeinen Verkehr vgl. Klein Anm. zu OLG Stuttgart, Beschluß v. 12.7.1957 BB 1958, 343; Dersch BB 1958, 488 (491); Nikisch I S. 494; danach liegt eine Teilnahme am allgemeinen Verkehr noch vor, wenn lediglich eine lose Verbindung des Unfallgeschehens mit dem Betrieb bestand, während ein besonderer Zusammenhang mit dem Betrieb die Teilnahme am "allgemeinen" (außerbetrieblichen) Verkehr ausschließt.

(30) Vgl. BAG wie FN (22) unter IV B1. 829/hinten.

(31) Vgl. hierzu Klein wie FN (19); Ohr NJW 1960, 1593 (1595).

sollten die Ersatzansprüche des verletzten Arbeitskollegen gegen den Schädiger beschränkt sein, falls § 898 RVO einer Verpflichtung des Arbeitgebers, den Schädiger von seiner Schadenersatzpflicht freizustellen, entgegensteht. Da § 898 RVO jedoch für diejenigen Arbeitsunfälle, die bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr entstehen, kraft der ausdrücklichen Vorschrift des § 1 Abs. 2 des Haftpflichterweiterungsgesetzes vom 7.12.1943 unanwendbar ist, der Arbeitgeber für seine eigenen Verpflichtungen gegenüber dem Verletzten also in vollem Umfange einzustehen hat, kann der Rechtsgedanke des § 898 RVO in diesen Fällen einer Freistellungspflicht des Arbeitgebers gegenüber dem Schädiger - und damit auch einer Schadenersatzpflicht des Schädigers gegenüber dem Verletzten - nicht entgegenstehen.

4. T e i l

AUSSCHLUSS DER HAFTUNGSBESCHRÄNKUNG

Bei Verletzung eines Strafgefangenen oder eines nur vorübergehend Beschäftigten in einem Betrieb

Die vom GS des BAG entwickelten Grundsätze über die Haftungsbeschränkung von Arbeitnehmern untereinander finden dann keine Anwendung, wenn ein in einen Betrieb abkommandierter Strafgefangener durch einen Arbeitnehmer desselben Betriebes verletzt oder getötet wird (1). Das gleiche gilt, wenn der Geschädigte nur vorübergehend in einem anderen Betrieb wie ein auf Grund eines Arbeitsverhältnisses Beschäftigter tätig geworden ist (§ 537 Nr. 10 RVO)(2). Der BGH hat in beiden Fällen den Haftungsausschluß des schädigenden Arbeitnehmers gegenüber diesem Personenkreis grundsätzlich deshalb verneint, weil es hier an der durch die gemeinsame Zugehörigkeit zu einer Belegschaft begründeten Betriebsverbundenheit fehle.

Soweit aber die schädigenden Arbeitnehmer diesem Personenkreis gegenüber für die über die Leistungen aus der Sozialversicherung hinausgehenden Schäden, insbesondere Schmerzensgeld haften, werden sie auch von ihren Arbeitgebern nach den allgemeinen Grundsätzen der Haftungsbeschränkung bei schadensgeneigter Arbeit freigestellt. Weder § 23 des Gesetzes über die Fürsorge für Gefangene noch § 898 RVO stehen dieser Verpflichtung des Arbeitgebers entgegen (3). Es handelt sich hier um S o n d e r -

(1) BGH U.v. 13.6.1961 DB 1961, 982.

(2) BGH U.v. 26.9.1961 DB 1961, 1393.

(3) Vgl. das Gesetz über die Unfallfürsorge für Gefangene vom 30.6.1900, RG Bl. 536. Wenn ein Strafgefangener oder ein in einem Betrieb nur vorübergehend Beschäftigter selbst

f ä l l e , in denen zwar die geschädigten Personen im Betriebe tätig sind, aber trotzdem als außenstehende Dritte betrachtet werden, denn weder der Strafgefangene (4) noch der im Betrieb nur vorübergehend Beschäftigte sind "Arbeitnehmer" im Sinne des Arbeitsverhältnisses (5).

Die Gefangenen stellen ihre Arbeitskraft nicht in freier Selbstbestimmung in den Dienst eines Unternehmers, sondern werden von der Anstaltsleitung zu einer Arbeitsleistung in einem von ihr bestimmten Betrieb kommandiert. Ihre Beschäftigung ist immer Ausfluß öffentlich-rechtlicher Fürsorge. Dabei sind Strafgefangene bei ihrer Tätigkeit in gewissem Umfange in den Arbeitsprozeß des Betriebes eingegliedert. In ähnlicher Weise ist der nur vorübergehend Beschäftigte bei seiner Hilfeleistung nur für kurze Zeit in den Arbeitsprozeß des Betriebes freiwillig eingegliedert. Der BGH betont deshalb zu Recht, daß dadurch nicht jene betriebliche Verbundenheit geschaffen werde, die aber als Voraussetzung einer Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander anzusehen sei. Bei den Bedingungen, unter denen diese Personen in dem Betrieb arbeiten, fehlt es an einer Verbundenheit sowohl zu den Arbeitnehmern des Betriebes als auch zu dem Betrieb selbst. Sie stehen vielmehr außerhalb des Betriebsorganismus. Daher ist in diesen Fällen die Rechtslage nicht anders zu beurteilen, als wenn ein Arbeitnehmer (Schädiger) einen außenstehenden Dritten schädigt (6).

(3) Fortsetzung:

bei ihrer Tätigkeit einen Unfall erleiden, so erhalten sie die Leistungen aus der Unfallversicherung. Die Unternehmerhaftung gegenüber ihnen ist nach § 23 des Gesetzes über die Unfallfürsorge für Gefangene und nach § 898 RVO ausgeschlossen; vgl. dazu auch die Entscheidungen des BGH wie FN (1), (2).

(4) Vgl. Hueck-Nipperdey I S. 48; Dietz BetrVG § 4 Anm. 35.

(5) Frey ArbuR 1959, 193 (194).

(6) Ebenso Gaul vgl. DB 1962, 196; anscheinend auch Frey wie FN (5).

3. K a p i t e l

EINFLUSS EINER HAFTPFLICHTVERSICHERUNG AUF DIE HAFTUNG
DES ARBEITNEHMERS GEGENÜBER EINEM ARBEITSKOLLEGEN

§ 1 Die Problematik

Während der GS des BAG die Haftpflicht zwischen Arbeitskollegen in Fällen schadensgeneigter Arbeit verneint hat, hat er in seiner Stellungnahme zu der Frage nach dem Einfluß des Haftpflicht- und Haftpflichtversicherungsrechtes auf die Arbeitsunfallhaftung eines Arbeitskollegen erklärt, daß "sich das Haftpflicht- und Haftpflichtversicherungsrecht nach der Haftung des Arbeitnehmers richte und nicht umgekehrt" (1). Dabei hat er ganz am Schluß seiner Entscheidung ausgeführt: im übrigen sei die von ihm vertretene Auffassung, die es darauf abstelle, ob dem Arbeitnehmer die Belastung mit Schadenersatzansprüchen zuzumuten sei, elastisch genug, um eine gerechte Lösung auch in Sonderfällen zu finden, in denen angesichts einer eigens für Arbeitsunfälle der eingetretenen Art eingegangenen Versicherung der Wegfall der Haftung sinnwidrig erscheinen sollte. Obwohl der GS sich damit dahingehend geäußert hat, daß sich das Haftpflichtversicherungsrecht allein nach der Haftung des Arbeitnehmers richten müsse, läßt er in dem letzten Satz seines Beschlusses trotzdem die Möglichkeit offen, auch einmal umgekehrt zu verfahren und die sonst ausgeschlossene Haftung des Arbeitnehmers wieder herzustellen(2). Der GS hat damit in einer Entscheidung zwei konträre Prinzipien vertreten, die bereits zu entgegengesetzten Entscheidungen anderer Gerichte geführt haben, die alle für ihren Standpunkt den Beschluß des GS zu zitieren vermögen.

Der erste Senat des BAG (3) und der vierte Senat des BGH (4) haben unter Berufung auf den GS entschieden, daß, wenn für den

(1) GS des BAG U.v. 25.9.1957, AP Nr. 4 zu §§ 898, 899 RVO; vgl. unter IV.

(2) Vgl. Gumpert BB 1958 S. 740 (742); BB 1959 S. 231; Klein JZ 1958 S. 588 (591), BB 1959 S. 956 (959); Frey ArbUR 1959 S. 193 (194).

(3) BAG U.v. 14.2.1958, AP Nr. 18 zu §§ 898, 899 RVO; ebenso U.v. 19.5.1961, AP Nr. 25 zu § 611 BGB Haftung des ArbN's.

(4) BGH U.v. 1.4.1958 AP Nr. 19 zu §§ 898, 899 RVO.

schädigenden Arbeitnehmer eine Haftpflichtversicherung, insbesondere im Falle einer gesetzlich vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung, eintrete, seine Schadenersatzpflicht gegenüber dem verletzten Arbeitskollegen bestehen bleibe. Der gleichen Ansicht sind das OLG Karlsruhe (5) und das LAG München (6); das OLG Bamberg (7), das LAG Hamburg (8) und das ArbG Augsburg (9) haben dagegen die Haftung des Schädigers in gleich gelagerten Fällen verneint.

Im Schrifttum hat die Bejahung der Haftung bei Vorliegen einer Haftpflichtversicherung weitgehend Ablehnung erfahren (10).

. § 2 Die Rechtsprechung des BAG, des BGH
und anderer Gerichte

I. Haftungsbeeinflussender Umstand

An die Ausführungen des GS des BAG anknüpfend haben das BAG und der BGH (11) die Auffassung vertreten, daß in den Fällen, in denen ein haftpflichtversicherter Arbeitnehmer, insbesondere

-
- (5) OLG Karlsruhe U.v. 26.3.1958 AP Nr. 22 zu §§ 898, 899 RVO.
(6) LAG München U.v. 21.4.1959 BB 1959 S. 957.
(7) OLG Bamberg, Beschluß vom 22.3.1959 BB 1959 S. 957; die Entscheidung betrifft nur die freiwillige Haftpflichtversicherung.
(8) LAG Hamburg U.v. 18.3.1958 BB 1959 S. 231.
(9) ArbG Augsburg in einem nicht rechtskräftigen Urteil vom 24.3.1954 VersR 1958 S. 495.
(10) Gumpert wie FN (2); Klein wie FN (2); Versen-Klein BB 1959 S. 34 6 III 6; Steindorff JZ 1959 S. 2, FN (35); Knoll JZ 1959 S. 139; Schultz JR 1960 S. 361 (363).
(11) Vgl. hierzu oben FN (3), (4).

ein Kraftfahrer, der den Arbeitsunfall eines anderen Arbeitnehmers desselben Betriebes fahrlässig verursacht habe, auch dann dem geschädigten Arbeitnehmer hafte, wenn es sich dabei um einen Arbeitsunfall bei schadensgeneigter Arbeit handle. Da der Arbeitgeber für den Schädiger eine gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung abgeschlossen habe (12), könne dem Schädiger eine Schadenersatzpflicht gegenüber dem geschädigten Arbeitskollegen deshalb zugemutet werden, weil er selbst dadurch wirtschaftlich nicht belastet werde (13). Beide Gerichte betrachten es als sinnwidrig, wenn man das Wirksamwerden der Haftpflichtversicherung dadurch vereitle, daß man den schädigenden Arbeitnehmer auch im vorliegenden Fall von einer Schadenersatzpflicht freistelle und damit dem Geschädigten, dem die Pflichtversicherung zugute kommen soll, Schadenersatzansprüche gegen den Schädiger versage. Hier liege ein "Sonderfall" in der vom GS dargelegten Art (14) vor.

Nach der Ansicht des ersten Senates des BAG handelt es sich auch dann um einen Sonderfall, wenn zwar keine gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung, wohl aber eine auf dasselbe Ergebnis hinauslaufende rechtliche Regelung vorliege (15).

(12) In einer späteren Entscheidung vom 12.5.1959 in AP Nr. 25 zu §§ 898, 899 RVO hat sich derselbe Senat (VI) des BGH unter Hinweis auf die Entscheidung des LAG Hamburg (wie FN (7)) von neuem mit dieser Frage auseinandergesetzt und sich ausdrücklich dahin geäußert, daß sich nur die Zwangshaftpflichtversicherung nach dem Gesetz vom 7.11.1939 auf die Haftung des Arbeitnehmers auswirke; wenn dagegen eine freiwillig abgeschlossene Haftpflichtversicherung vorliege, solle der schädigende Arbeitnehmer nicht haften. Ebenso das OLG Bamberg (wie FN (9)), wonach der freiwillige Abschluß einer Haftpflichtversicherung die Haftung des Arbeitnehmers nicht beeinflussen kann.

(13) BAG und BGH wie FN (3) und (4); LAG München wie FN (6).

(14) Vgl. oben § 1.

(15) Der I. Senat hatte sich in diesem Fall zu entscheiden, ob eine Haftungsbeschränkung auch dann abzulehnen sei, wenn eine öffentlich-rechtliche Körperschaft den Kraftfahrer beschäftige, weil diese von der Zwangshaftpflichtversicherung befreit sei. Das BAG ist hier davon ausgegangen, daß

II. Die Begründung der Schadenersatzpflicht

Nach der Ansicht des BAG folgt aus einer analogen Anwendung des § 829 BGB die Zumutbarkeit einer Haftung des Arbeitnehmers (16). Gemäß § 829 BGB müsse der Schädiger trotz fehlenden Verschuldens den Schaden insoweit ersetzen als die Billigkeit nach den Umständen, insbesondere nach den Verhältnissen der Beteiligten eine Schadloshaltung gebiete. Auch der vorliegende Fall rechtfertige nicht, obwohl die vom GS aufgeführten Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung vorlägen, den Wegfall der Schadenersatzpflicht, weil nach dem Pflichtversicherungsgesetz dafür Vorsorge getroffen sei, daß für den auf Ersatzleistung in Anspruch genommenen Arbeitnehmer eine Pflichtversicherung oder ein Quasi-Versicherer einzustehen habe.

Der BGH legt dagegen die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers zugrunde, weil diese an sich erfordere, den Arbeitnehmer in den fraglichen Fällen von einer Schadenersatzpflicht freizustellen (17). Die Ersatzpflicht des Arbeitgebers aus Arbeitsunfällen liefe dann auf die Beseitigung des § 898 RVO hinaus. Diese Umgehung des § 898 RVO entfalle aber, wenn eine gesetzliche Sonderregelung vorliege (18). Mit dem Abschluß einer Haftpflichtver-

(15) Fortsetzung:

keine Versicherungspflicht der öffentlich-rechtlichen Körperschaften hinsichtlich ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit bestehe. Sie haben aber, wie das ReichsFinMin. durch Erlaß vom 9.12.1942 (Reichshaushaltsblatt und Besoldungsblatt) (1942, 56) und das BundesverkehrsMin. vom 15.12.1919 (Vk Bl. 1950, 4) bestimmt haben, für die durch ihre Kraftwagen verursachten Schäden einzustehen, wie wenn in diesen Fällen gemäß dem Gesetz vom 7.11.1939 eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen wäre. Dieser Grundsatz wurde später durch Gesetz vom 16.7.1957 (BGB I, 710) festgelegt. Daher hat das BAG auch die Haftung des Kraftfahrers bejaht. Diesem Urteil hat sich der erste Senat des BAG in seiner neuen Entscheidung v. 19.5.1961 angeschlossen; vgl. wie FN (3).

(16) Wie FN (3) Bl. 916/hinten.

(17) Wie FN (4) Bl. 918/vorn.

(18) Das BAG erklärte dazu, die Freistellungspflicht des Arbeitgebers stehe nicht in Widerspruch zu der Bestimmung

sicherung und der Prämienzahlung erfülle der Arbeitgeber zugleich seine arbeitsvertragliche Fürsorge gegenüber seinem pflichtversicherten Arbeitnehmer und stelle ihn damit von Schadenersatzpflichten frei (19).

Die beiden Gerichte sind damit zu dem übereinstimmenden Ergebnis gekommen, daß, wenn der Arbeitnehmer bei schadensgeneigter Arbeit durch die Ersatzansprüche des Arbeitskollegen nicht persönlich belastet werde, es damit an Gründen fehle, die die Schadenersatzpflicht des Schädigers, aus dem Gesichtspunkt der Betriebsverbundenheit der Arbeitnehmer betrachtet, als unzumutbar erscheinen lasse (20). Umgekehrt sei es mit Sinn und Zweck des Pflichtversicherungsgesetzes nicht vereinbar, einer Gruppe von Verkehrsopfern, nämlich den bei einem Arbeitsunfall verletzten Arbeitnehmern Schadenersatzansprüche gegen andere Arbeitskollegen (Kraftfahrer) abzusprechen und damit ein Wirksamwerden der dem Schutz aller Verkehrsopfer dienenden Haftpflichtversicherung auszuschließen (21).

III. Umfang der Schadenersatzpflicht

Die allein durch den Einfluß der Haftpflichtversicherung begründete Haftung der Arbeitnehmer untereinander beschränkt sich nach der Auffassung dieser Gerichte auf die entsprechenden Haftpflichtversicherungssummen (22). Da der Arbeitnehmer in Höhe der Versicherungssumme die Haftungsansprüche nicht persönlich zu tragen brauche, sei er daher verpflichtet, den Schaden in dem Umfange zu ersetzen, in dem ihm durch eine Versicherung

des § 898 RVO, denn der Schaden werde nicht von dem Arbeitgeber, sondern von der gesetzlich vorgesehenen Haftpflichtversicherung getragen; vgl. wie FN (16).

(19) Vgl. auch BAG U.v. 27.10.1960 AP Nr. 21 zu § 611 BGB, Haftung des ArbN's Bl. 142/hinten.

(20) Ebenso BVerwG U.v. 29.6.1959 AP Nr. 26 zu §§ 898, 899 RVO Bl. 537/vorn.

(21) Vgl. auch LAG Karlsruhe wie FN (5).

(22) BAG wie FN (3), BGH wie FN (4).

Schutz gewährt sei. Im Gegensatz dazu ist das OLG Karlsruhe, das im übrigen mit dem BAG und dem BGH übereinstimmt, der Ansicht, daß der Arbeitnehmer, falls er im Einzelfall persönlich für den Schaden einzustehen habe, nicht beschränkt auf die Haftpflichtversicherungssumme, sondern in voller Schadenshöhe hafte (23).

§ 3 Zustimmung in der Literatur

Die übereinstimmende Bejahung der Haftung des Arbeitnehmers gegenüber einem Arbeitskollegen im Falle einer gesetzlich vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung durch das BAG und den BGH wurde in der Literatur teilweise begrüßt (24). Danach erlangt diese Übereinstimmung dadurch eine ganz besondere Bedeutung, daß diese Rechtsprechung eine Ergänzung und Fortentwicklung der vom GS des BAG aufgestellten Grundsätze enthält. Da der Arbeitgeber auf Grund der Bestimmungen des Pflichtversicherungsgesetzes für eine bestimmte Tätigkeit eine Haftpflichtversicherung abzuschließen habe, so bestehe kein Anlaß mehr, die Haftung des Arbeitnehmers, für den eine Pflichtversicherung bestehe, im Hinblick auf die schadensgeneigte Eigenart dieser Tätigkeit zu beschränken. Seien durch die Haftpflichtversicherung gerade die Schäden gedeckt, die der als Kraftfahrer angestellte Arbeitnehmer bei seiner schadensgeneigten Tätigkeit herbeiführe, so gehe es nicht an, den vom Gesetz für erforderlich gehaltenen Schutz dadurch einzuschränken, daß man einer bestimmten Gruppe von Verkehrsopfern Schadenersatz-

(23) Wie FN (5).

(24) G. Hueck, gemeinsame Anm. zu AP Nr. 18 und Nr. 19 zu §§ 898, 899 RVO; Hauß, Anm. in LM Nr. 13 zu § 823 (Ec) BGB; Böhmer MDR 1959, 531 (532); anscheinend auch Neumann-Duesberg, ArbuR 1959, 32.

ansprüche entziehe. Nach ihnen ist es daher richtig, die vom GS des BAG ganz allgemein aufgestellten Grundsätze der Haftungsbeschränkung nicht auf derartige Sonderfälle anzuwenden. Die wegen des Bestehens einer Haftpflichtversicherung begründete Haftung des Arbeitnehmers ist danach wie in ihrer Begründung, so auch hinsichtlich ihres Umfanges von der entsprechenden Haftpflichtversicherung abhängig.

Im übrigen sei es auch zutreffend, daß es keinen Unterschied machen könne, wenn eine öffentliche Körperschaft als Arbeitgeber beteiligt sei. Soweit die öffentlich-rechtliche Körperschaft von der Pflichtversicherung befreit sei und diese Befreiung ausnutze, habe sie bei Inanspruchnahme des Arbeitnehmers wegen eines Kraftfahrzeugunfalles für den Kraftfahrer in gleicher Weise einzustehen wie eine Versicherung bei Bestehen der sonst vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung (25).

§ 4 Stellungnahme zu dieser Rechtsprechung

I. Der Zumutbarkeitsbegriff

Obwohl die Rechtsprechung von dem allgemein als billig anerkannten Ergebnis, nämlich der Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander bei leicht fahrlässig herbeigeführten Schäden in Ausübung schadensgeneigter Arbeit ausgeht, versucht sie dieses Ergebnis insbesondere im Falle einer gesetzlich vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung wieder zu beseitigen. Mit Recht wurde diese Rechtsprechung vom Schrifttum überwiegend abgelehnt (26). Veranlassung zu dieser Schlußfolgerung war der

(25) Vgl. hierzu die Ausführungen des BAG wie FN (5).

(26) Klein wie FN (2); Gumpert wie FN (2); Versen-Klein BB 1959,

letzte Satz des Beschlusses des GS des BAG. Der GS hatte wohl die Widersprüchlichkeit seiner Ausführungen nicht vorher erkannt, aber aus dieser **Z u s a t z e r w ä g u n g** der **Z u m u t - b a r k e i t** (27) ist in fast allen späteren Gerichtsentscheidungen die Ersatzpflicht des an sich nicht haftenden Arbeitnehmers abgeleitet worden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese zusätzlichen Zumutbarkeitserwägungen einen Faktor darstellen, der eine Ersatzpflicht des Arbeitnehmers begründen kann.

Liegt ein bei schadensgeneigter Arbeit fahrlässig verursachter Arbeitsunfall eines Arbeitnehmers vor, so richtet sich die Ersatzpflicht nach den Grundsätzen der Haftungsbeschränkung. Dem Schädiger kann im Verhältnis zu seinem Arbeitgeber eine eigene Teilnahme am Unfallrisiko des Betriebes nicht zugemutet werden, da Zumutbarkeitsgesichtspunkte zu dem Ergebnis zwingen, daß der Arbeitgeber den Arbeitnehmer mit derartigen Ersatzleistungen nicht belasten kann (28).

Ob der verletzte Arbeitnehmer von dem Arbeitgeber in vollem Umfange zu entschädigen ist, bestimmt sich danach, ob die Zumutbarkeit eine volle Ersatzpflicht im Verhältnis des Verletzten zum Arbeitgeber verlangt. Da die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Verletztem ein sozialrechtliches Verhältnis darstellen, beschränkt sich die Entschädigung des Verletzten auf die Ansprüche gegen die Sozialversicherung.

Für das Verhältnis des verletzten Arbeitnehmers zum Schädiger - das bürgerlich-rechtliche Verhältnis - hat der GS des BAG im Leitsatz seines Beschlusses darauf abgestellt, daß der Schädiger dem verletzten Arbeitskollegen dann nicht hafte, wenn und soweit ihm eine Belastung mit solchen Schadenersatzansprüchen deshalb nicht zugemutet werden könne, **w e i l** seine Schuld im Hinblick auf die besondere Gefahr der ihm übertragenen Ar-

344 (346); Steindorff JZ 1959, 2 FN (35); Knoll JZ 1959, 137 (139); Andresen BB 1960, 177 (178); Schultz JR 1960, 361 (364).

(27) Vgl. oben § 1.

(28) Siehe wie FN (1).

beit nach den Umständen des Falles nicht schwer sei (28a). Es steht deshalb mit dem Beschluß des GS kaum im Einklang, wenn nunmehr von der Rechtsprechung als Grund für die Haftung des Schädigers angegeben wird, daß beim Bestehen einer Haftpflichtversicherung dem Schädiger die Schadenersatzleistung zumutbar sei, weil sie ihn persönlich nicht treffe (29). Der vom GS aufgestellte Begriff der Zumutbarkeit bezieht sich nicht auf die finanzielle Leistungsfähigkeit, sondern ist unmißverständlich dahin präzisiert, daß dafür allein die Schwere der Schuld und die Art der übertragenen Arbeit maßgebend sein sollen.

Dem auf dieses Verhältnis bezogenen formellen Begriff der Zumutbarkeit fügte allerdings der erste Senat des BAG hinzu, daß Billigkeitserwägungen entsprechend § 829 BGB eine Ersatzpflicht des schädigenden Arbeitnehmers begründen, wenn zu dessen Gunsten eine Haftpflichtversicherung bestehe. Diese Analogie ist abzulehnen, denn es handelt sich in beiden Fällen um eine nach Voraussetzungen und Tatbestand ganz unterschiedliche Rechtslage (30); da das Verhältnis des Verletzten zum Schädiger bei der Auslegung des § 829 BGB ohne Bedeutung ist, kann daher dieser Gesichtspunkt nicht zu einer Haftung des schädigenden Arbeitskollegen führen (31).

Der Tatbestand einer gesetzlich vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung allein sollte auch im Verhältnis des Verletzten zum Schädiger entgegen dem BGH und dem ersten Senat des BAG für die Frage der Zumutbarkeit keine Beachtung finden. Die gegenteilige Annahme dürfte ihren Grund primär in den insoweit widerspruchsvollen Ausführungen des Beschlusses des GS haben. In ihm ist unmittelbar bevor die Möglichkeit eingeräumt wurde, die Haftung im Hinblick auf eine bestehende Haftpflichtversiche-

(28a) Vgl. wie FN (1).

(29) Vgl. oben § 2 I.

(30) Für die Haftung nach § 829 BGB, die auf Billigkeitserwägungen beruht, hat der BGH im Urteil vom 13.6.1958, BB 1958, 722 dem Bestehen einer gesetzlich vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung jeden Einfluß auf die Entstehung des Haftungsanspruches abgesprochen.

(31) Vgl. hierzu 2. Kapitel 2. Teil § 4 IV.

nung zu bejahen, mit Recht darauf hingewiesen worden, daß "sich das Haftpflichtversicherungsrecht nach der Haftung des Arbeitnehmers richte" (32). In dem Beschluß des GS des BAG ist sodann zu Recht weiter ausgeführt: "Wenn der Arbeitnehmer für den von ihm verursachten Arbeitsunfall seinem Arbeitskameraden keinen Schadenersatz schulde, so brauche auch keine Haftpflichtversicherung für ihn einzutreten." (33).

II. Auswirkungen einer Haftpflichtversicherung

Diese abweichend vom GS des BAG in der Rechtsprechung bejahte Haftung des Schädigers ist auch deshalb nicht haltbar, da diese Gerichtspraxis eine völlige Umkehrung der Haftpflichtversicherung bedeuten würde (34). Nach § 149 VVG ist der Haftpflichtversicherer verpflichtet, dem Versicherungsnehmer die Leistungen zu ersetzen, die dieser auf Grund seiner Verantwortlichkeit an einen Dritten zu bewirken hat. Der Eintritt der Haftpflichtversicherung setzt also voraus, daß der Versicherte auf Grund haftungsrechtlicher Normen schadenersatzpflichtig ist. Dieser rechtliche Gehalt des Versicherungsverhältnisses wird aber in sein Gegenteil verkehrt, wenn das Bestehen einer Haftpflichtversicherung zum Anlaß genommen wird, eine Verantwortlichkeit des Versicherungsnehmers, die sonst nicht bestünde, erst zu begründen. Das gilt für die Kraftfahrzeugpflichtversicherung genau so wie für die freiwillige Haftpflichtversicherung. Es bedeutet einen Fehlschluß, wenn unter Hinweis auf die Begründung für die Einführung und den Sinn der Kraftfahrzeugversicherungspflicht bisweilen das Gegenteil behauptet wird (35). Gewiß hat die Versicherungspflicht den Zweck, die Verkehrsoffer zu sichern, aber doch nur hinsichtlich der - ohne Versicherung unter Umstän-

(32) Vgl. den Beschluß des GS des BAG wie FN (1); LAG Hamburg wie FN (8) mit zustimmender Anm. von Gumpert; ArbG Augsburg wie FN (9); Prölß VVG § 149 Anm. 8; Klein wie FN(2).

(33) Wie FN (1).

(34) Vgl. Schultz wie FN (26).

(35) BGH wie FN (4); vgl. auch oben § 2 II; Hauß wie FN (24), Ziff. 3.

den fraglichen - Befriedigung ihrer berechtigten Ansprüche gegen den Kraftfahrzeughalter oder -führer (36). Aus der Versicherungspflicht eine Umwandlung der Haftpflichtversicherung in eine Versorgungs- oder Wohltätigkeitseinrichtung zu folgern, die ohne Rücksicht auf die nach allgemeinen Vorschriften zu beurteilende Ersatzpflicht des Versicherungsnehmers jedem Verkehrsoffer Unterstützung schuldet, ist nicht angängig (37).

Es trifft m.E. auch nicht zu, daß, wie die höchstichterliche Rechtsprechung behauptet, dem bei einem Arbeitsunfall verletzten Arbeitskollegen des Kraftfahrers der Schutz aller sonstigen Verkehrsoffer versagt würde, denn der Schaden des verletzten Arbeitnehmers wird durch die Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung weitgehend ersetzt. Hat nun der Sozialversicherungsträger für den Schaden aus dem haftungsauslösenden Ereignis aufzukommen, so ist der Zweck des Haftpflichtversicherungsgesetzes auch anderweitig erreicht (38).

Eine Differenzierung bei der Anwendung der Haftungsbeschränkung danach, ob für den Schädiger eine Haftpflichtversicherung besteht oder nicht, erscheint daher unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt vertretbar. Hält man die These des GS des BAG für richtig, dann kann man auch dem haftpflichtversicherten Arbeitnehmer die Haftungsbeschränkung nicht versagen.

(36) Vgl. BGH wie FN (30).

(37) In diesem Sinne Gumpert wie FN (32).

(38) Aus dem Zweck des Haftpflichtversicherungsgesetzes hat die Rechtsprechung bereits die gleichen Folgerungen gezogen: vgl. BGHZ 7, 244 (254); BGHZ 20, 373 (374); VersR 1957, 729 (730); VersR 1957, 731 (732); OLG Köln VersR 1955, 434; vgl. dazu Theese-Hagemann, Das Recht der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung S. 237 Anm. 4c zu § 158 VVG C Abs. 4.

4. K a p i t e l

DIE HAFTUNG DES ARBEITNEHMERS GEGENÜBER EINEM ARBEITSKOLLEGEN
NACH DEM ENTWURF ZUM UNFALLVERSICHERUNGS-NEUREGELUNGSGESETZ

§ 1 Überblick über den Entwurf dieses Gesetzes

Die mit dem Problem der Arbeitnehmerhaftung angesprochenen Fragen, besonders die Haftungsbeschränkung bei Arbeitsunfällen sind seit dem Beschluß des GS des BAG Gegenstand lebhafter Diskussion. Inzwischen ist auch der Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechtes der gesetzlichen Unfallversicherung vorgelegt worden (1), nach dem die Frage für die Zukunft - noch weit über die These des GS des BAG hinausgehend - kurzerhand im Sinne eines generellen Ausschlusses der Haftung des Arbeitskollegen geregelt wird.

Dieser Entwurf schlägt an Stelle des bisherigen §§ 898, 899 RVO folgende Bestimmungen vor:

§ 627: "(1) Der Unternehmer ist den in seinem Unternehmen tätigen Versicherten und deren Hinterbliebenen, auch wenn sie keinen Anspruch auf Rente haben, nach anderen gesetzlichen Vorschriften zum Ersatz des Schadens, den ein Arbeitsunfall verursacht hat, nur dann verpflichtet, wenn er den Arbeitsunfall vorsätzlich herbeigeführt hat. In diesem Falle beschränkt sich die Verbindlichkeit des Unternehmers auf den Betrag, um den sie die Leistungen aus der Unfallversicherung übersteigt.

(2)"

§ 628: "(1) § 627 gilt bei Arbeitsunfällen entsprechend für die Ersatzansprüche eines Versicherten und dessen Hinterbliebenen gegen einen in demselben Betriebe tätigen Betriebsangehörigen, wenn dieser den Arbeitsunfall durch eine betriebliche Tätigkeit verursacht.

(2)

(3)"

(1) Bundestagsdrucksache Nr. 758 vom 16.12.1958, Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz.

§ 2 Die Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander
nach dem Entwurf

I. Voraussetzungen der Haftungsbeschränkung

1. Betriebsangehörigkeit der Arbeitnehmer

§ 628 Abs. 1 des Entwurfs setzt für die Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer untereinander von vornherein voraus, daß Schädiger und Geschädigte demselben Betriebe angehören müssen. Der Entwurf stellt damit auch auf die Betriebsangehörigkeit der Unfallbeteiligten ab, wie sie die Rechtsprechung heute im Anschluß an den Beschluß des GS des BAG bei der Haftungsbeschränkung zwischen Arbeitnehmern für maßgeblich hält (2).

2. Verschuldensgrad des Arbeitnehmers

Nach dem Entwurf soll die Haftungsbefreiung der Arbeitnehmer (§ 628) entsprechend der des Arbeitgebers gemäß § 627 für jede Verletzung eines anderen Arbeitnehmers anläßlich eines Unfalles gelten, es sei denn, daß es sich um eine vorsätzliche Schädigung handelt. Der Entwurf will also künftig den Arbeitnehmer bei j e d e r Fahrlässigkeit von der Ersatzpflicht freistellen. Eine so weitgehende Enthaltung, die sogar grob fahrlässiges Verhalten einschließt, ist aber nicht unbedenklich (3). Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang die Entscheidung des BAG vom 19.3.1959 (4), in der ausgeführt ist: Ein schuldhaftes Verhalten des Arbeitnehmers muß grundsätzlich dort eine Grenze haben, wo die Bedeutung des Aufrechterhaltens einer allgemeinen

(2) Vgl. 2. Kapitel § 3 II; Ohr BB 1961, 53; aber auch Versen-Klein BB 1959, 344 (345).

(3) Ebenso Ohr wie FN (2), 54, und wohl auch Schultz JR 1960, 361 (363).

(4) BB 1959, 884; vgl. dazu 2. Kapitel § 2 II.

schadensfreien Ordnung im Interesse aller, die Abschreckung von einem "Sich-gehen-Lassen", der Bewahrung vor jedem vermeidbaren Schaden es verbieten, gegen die im Verkehr und Arbeitsleben erforderliche Sorgfalt grob zu verstoßen. Die Haftungsbeschränkung des Arbeitnehmers sollte man demgemäß nicht bei jeder Fahrlässigkeit des Schädigers anerkennen, sondern nur bei leichter Fahrlässigkeit, die infolge der Eigenart der Arbeit unvermeidbar ist. Dabei ergibt sich als Erfahrungstatsache, daß ein solches menschliches Versagen des Arbeitnehmers bei Ausführung einer schadensgeneigten Arbeit immer wieder auftritt (5). Eine Haftungsbeschränkung des Arbeitnehmers bleibt heute bei grober Fahrlässigkeit zu Recht "in aller Regel" ausgeschlossen (6). Dieses Ergebnis rechtfertigt sich aus der Erwägung, daß in diesen Fällen der Schadenseintritt nicht durch die besondere Schadensanfälligkeit der Tätigkeit, sondern in erster Linie durch ein besonders unachtsames Verhalten des Arbeitnehmers ausgelöst wurde.

Es ist zu hoffen, daß der Bundestag in dieser Hinsicht Zurückhaltung üben und damit auch den heute geltenden Grundsätzen der Haftungsbeschränkung der Arbeitnehmer Rechnung tragen wird.

(5) Beachtung verdient hier auch der von Lange auf dem 43. Deutschen Juristentag 1960 (Verhandlung Bd. I, 1. Teil; Leitsätze vgl. RdA 1960, 384) gemachte Vorstoß zu der das gesamte Haftungsrecht berührenden Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen de lege ferenda die Haftung für schuldhaft verursachte Schäden begrenzt werden soll. Lange (vgl. Verhandlung 16, 33, 36) weist auf schon seit langem bestehende starke Tendenzen auch hinsichtlich schadensgeneigter Arbeit zur Abkehr von den starren Regeln des BGB hin und verlangt vom Gesetzgeber eine Neuregelung im Sinne einer - allerdings bedingten - Abstufung des Ersatzes nach dem Grade des Verschuldens. Eine Haftungsbefreiung soll nur bei den durch leichte Fahrlässigkeit eingetretenen Schäden eintreten, mit deren Entstehen aber bei Arbeiten der vorliegenden Art unter gewöhnlichen Umständen und nach dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge zu rechnen war.

(6) Vgl. BAG Uv. 10.3.1961 SAE 1961, 165.

3. Schadensverursachung bei einer "betrieblichen Tätigkeit"

Für eine Haftungsbeschränkung gegenüber dem verletzten Arbeitskollegen macht § 628 Abs. 1 des Entwurfes schließlich zur Voraussetzung, daß der Unfall bei einer "betrieblichen Tätigkeit" verursacht worden ist. Gegenüber der gegenwärtigen Rechtsprechung würde sich nach dem Entwurf die Lage nunmehr insofern ändern, als der Entwurf die Haftungsbefreiung auf jede betriebliche Tätigkeit erstrecken will.

Die Begründung des Entwurfs meint, diese Ausdehnung der Haftungsbeschränkung müsse "im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens" angeordnet werden (7) und erscheine auch durch "die betriebliche Verbundenheit aller Betriebsangehörigen geboten" (8). "Die im bisherigen Recht vorgesehene Unterscheidung zwischen Betriebs- und Arbeiteraufseher einerseits und den sonst im Unternehmen mitarbeitenden andererseits ... könne schon im Hinblick auf die zur Frage der Haftung von Arbeitskollegen ergangene Rechtsprechung nicht aufrecht erhalten werden" (9).

Die von der Begründung des Entwurfs angeführte Rechtsprechung, besonders des BGH (10) über die Vollhaftung des Arbeitskollegen hat sich schon im Wege einer Fortentwicklung der Lehre von der Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung bei schadensgeneigter Arbeit geändert.

Die Auffassung, daß die Haftungsbefreiung aller Arbeitnehmer im Interesse des Betriebsfriedens für jede betriebliche Tätigkeit angeordnet werden müsse, ist m.E. nicht gerechtfertigt. Daß Prozesse, in denen ein Arbeitnehmer einen Arbeitskollegen desselben Betriebes wegen eines Arbeitsunfalles auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, aus betrieblichen Gründen unerfreulich sein können, ist nicht zu bestreiten; diese Unerfreulichkeiten allein recht-

(7) Bundestagsdrucksache Nr. 758, S. 60.

(8) Bundestagsdrucksache Nr. 758, S. 46.

(9) Wie FN (7).

(10) Vgl. U.v. 12.3.1957 AP Nr. 7 zu §§ 898, 899 RVO; 14.1.1958 AP Nr. 17 zu §§ 898, 899 RVO.

fertigen es jedoch nicht, die Ansprüche des Verletzten zu beschränken. Dazu kommen noch andere beachtliche Gründe gegen die vorgeschlagene Ausdehnung der Haftungsbefreiung (11). Der Schädiger, der weder eine besondere Organisations- oder Aufsichtsfunktion wahrzunehmen noch eine schadensgeneigte Arbeit zu verrichten hat, würde ohne sachlichen Grund von einer Haftung gegenüber dem verletzten Arbeitnehmer freigestellt; damit würde der von den Beiträgen der Unternehmerschaft getragenen Berufsgenossenschaft, die dem Verletzten die gesetzlichen Unfallversicherungsleistungen gewährt, ein Rückgriffsanspruch gegen den Schädiger nicht zustehen. Im Ergebnis würde dem Arbeitgeber eine Schadenslast aufgebürdet, die mit dem Betriebsrisiko nichts mehr zu tun hat. Dem verletzten Arbeitnehmer wäre außerdem kaum zuzumuten, seine Ersatzansprüche gegen den Schädiger auch bei einer grob fahrlässigen Verletzung zu verlieren, die weder mit der Tätigkeit des Schädigers etwas zu tun hat noch auf ein menschliches Versagen zurückzuführen ist (12). Es fällt auch schwer, sich vorzustellen, daß die "betriebliche Verbundenheit" hier noch zum Anlaß viel weiter reichender Konsequenzen genommen wird.

Die Versagung von Ersatzansprüchen des Verletzten scheint auch ungerecht, soweit nur den Sozialversicherungsträgern gegen den Schädiger nach § 632 Abs. 1 des Entwurfes bei dem durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführten Unfall ein Rückgriffsanspruch für sämtliche Aufwendungen zusteht (13), die den konkreten Schaden des Verletzten nicht unerheblich übersteigen können. Wenn

(11) Vgl. Ohr wie FN (2), 54.

(12) Vgl. Andrée, BB 1958, 1267 (1268): mit dem Entwurf steht offensichtlich die beabsichtigte Gleichstellung der Versicherten mit den Unternehmern als Mitglieder der Berufsgenossenschaften. Der Nutzen dieser Gleichstellung für die Versicherten ist nicht erkennbar ...

(13) § 632: "(1) Haben Personen, deren Ersatzpflicht durch § 627 oder § 628 beschränkt ist, den Arbeitsunfall vorsätzlich oder grobfahrlässig herbeigeführt, so haften sie für alles, was die Träger der Sozialversicherung und die Träger der öffentlichen Fürsorge nach Gesetz oder Satzung infolge des Arbeitsunfalles aufwenden müssen. Statt der Rente kann der Kapitalwert gefordert werden. /Fortsetzung S. 100

im Entwurf auch vorgesehen ist (§ 632 Abs. 3)(14), daß die Berechtigten bei grober Fahrlässigkeit auf den Regreßanspruch verzichten können, so ergeben sich für die in die Haftungsbeschränkung mit einbezogenen Arbeitskollegen unter Umständen doch beträchtliche finanzielle Auswirkungen.

Aus diesen Erwägungen heraus könnte man in die Fassung des § 628 des Entwurfs die Aufzählung des § 899 RVO aufnehmen und dabei der Situation des einfachen Arbeitnehmers dadurch Rechnung tragen, daß § 627 für sie entsprechend zur Anwendung kommt, "wenn sie den Arbeitsunfall infolge ihrer besonderen betrieblichen Aufgabe leicht fahrlässig herbeigeführt haben".

II. Die Haftung des Arbeitnehmers für Unfälle bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr

Der für Unternehmer und die ihnen gleichgestellten Personen dargelegte Haftungsausschluß wurde durch das Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadenersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen vom 7.12.1943 (15) eingeschränkt. Ist der Arbeitsunfall - in Betracht kommen hier vor allem Wegeunfälle im Sinne des § 543 RVO - bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten, so kann der Verletzte Schadenersatzansprüche gegen den Unternehmer oder die ihm nach § 899 RVO Gleichgestellten auch dann geltend machen, wenn die Ansprüche nach §§ 898, 899 RVO ausgeschlossen wären (16). Die Haftung des Unternehmers

Fortsetzung:

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Arbeitsunfall bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten ist.

(3) Ist der Arbeitsunfall grobfahrlässig verursacht, so können die Träger der Sozialversicherung und die Träger der öffentlichen Fürsorge auf den Ersatzanspruch verzichten."

(14) Siehe FN (13).

(15) RGBl I S. 674.

(16) Vgl. § 1 des Gesetzes; auch die amtliche Begründung des Gesetzes in DJ 1944, 21.

und der ihm gleichgestellten Personen ist dann auf den Betrag beschränkt, der über die Leistungen aus der Sozialversicherung hinausgeht (§ 3 des Gesetzes). Für den Verletzten wirkt sich das vor allem dahingehend aus, daß er gegen die von den §§ 898 und 899 RVO erfaßten Personen auch einen Schmerzensgeldanspruch geltend machen kann sowie einen Ersatzanspruch wegen des während seiner Arbeitsunfähigkeit durch die Sozialversicherungsleistungen nicht gedeckten Teiles seines Verdienstaufalles.

Auch nach dem Entwurf soll der grundsätzliche Haftungsausschluß für die freigestellten Personen entfallen, wenn sich der Unfall bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr ereignet hat, denn nach § 629 des Entwurfes finden die §§ 627 und 628 dann keine Anwendung, wenn der Arbeitsunfall bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten ist. Soweit also nach § 628 des Entwurfes die Haftung des Arbeitnehmers gegenüber den Arbeitskollegen wegen eines Arbeitsunfalles entsprechend der Arbeitgeberhaftung (§ 627 Abs. 1) ausgeschlossen ist, wird sie für den bei Teilnahme des Geschädigten am allgemeinen Verkehr fahrlässig verursachten Arbeitsunfall wiederhergestellt. Ein zusätzliches Erfordernis ist aber, daß der schädigende Arbeitnehmer den Unfall durch eine betriebliche Tätigkeit verursacht hat (§ 628 Abs. 1). Die dadurch wiederhergestellte volle Haftung des Arbeitnehmers ist auch hier auf die über die Leistungen aus der Sozialversicherung hinausgehenden Schäden beschränkt. § 632 Abs. 2 schließt daher konsequent den Rückgriffsanspruch des Sozialversicherungsträgers gegen den Schädiger aus, falls er bei vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Arbeitsunfällen eingetreten wäre (§ 632 Abs. 1)(17).

(17) Vgl. § 632 Abs. 1 und Abs. 2 in FN (13).

III. Der Einfluß einer Haftpflichtversicherung auf
die Haftung

Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat in ihren späteren Entscheidungen von dem Grundsatz, daß der Arbeitnehmer gegenüber seinem Arbeitskollegen nicht hafte, wenn er den Arbeitsunfall mit nicht schwerem Verschulden bei schadensgeneigter Arbeit herbeiführt, dann eine Ausnahme gemacht, wenn dem schädigenden Arbeitnehmer eine Haftpflichtversicherung zugute kommt. Diese Auffassung (18) hat, wie bereits dargelegt, wiederholt Kritik erfahren und dürfte in der Tat auch unhaltbar sein. Nach dem Entwurf zum Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz ist deshalb zu Recht entgegen der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung die Haftungsbeschränkung des schädigenden Arbeitnehmers von einer Haftpflichtversicherung unabhängig.

(18) Vgl. hierzu das 3. Kapitel, besonders § 4 I.

Z u s a m m e n f a s s u n g

Bei der Frage nach der Haftung der Arbeitnehmer untereinander wurde folgendes herausgestellt:

Ein Arbeitnehmer haftet nach den Regeln der unerlaubten Handlung (§§ 823 ff. BGB) gegenüber seinem Arbeitskollegen desselben Betriebes immer dann, wenn ihn bei der Schadensverursachung ein Verschulden trifft.

Eine Haftung der Arbeitnehmer untereinander für schuldhaft herbeigeführte Schäden besteht jedoch insoweit nicht, als der Schaden auf die besondere Schadensneigung der von ihnen ausgeübten Tätigkeit und leichte Fahrlässigkeit zurückzuführen ist.

Diese Haftungsbeschränkung des Arbeitskollegen gilt nur für Personenschaden, einschließlich Schmerzensgeld, nicht aber für Sachschäden. Ersatzansprüche wegen der bei Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetretenen Schäden bleiben uneingeschränkt bestehen. Auf die Frage der Haftungsbeschränkung kann das Bestehen einer Haftpflichtversicherung keinen Einfluß haben.

L e b e n s l a u f

Ich, Münir Ekonomi, bin als Sohn des Kapitäns Mehmet Ekonomi und seiner Frau Huriye Rana Samanci am 3. 7. 1933 in Izmir, Türkei, geboren.

Von 1940 bis 1945 besuchte ich die Grundschule in Izmir, von 1945 bis 1951 war ich Schüler des Karşıyaka (Izmir) Gymnasiums. Darauf studierte ich vier Jahre Rechtswissenschaft an der Universität Istanbul und machte im Jahre 1955 mein Diplom in Jura. Im Jahre 1956 habe ich am Lehrstuhl für Wirtschaftslehre und Arbeitsrecht an der technischen Universität Istanbul als Assistent begonnen. Während meiner Tätigkeit an der Technischen Universität von 1956 bis 1959 studierte ich auch Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Istanbul.

Seit Mai 1960 befinde ich mich als Doktorand an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

